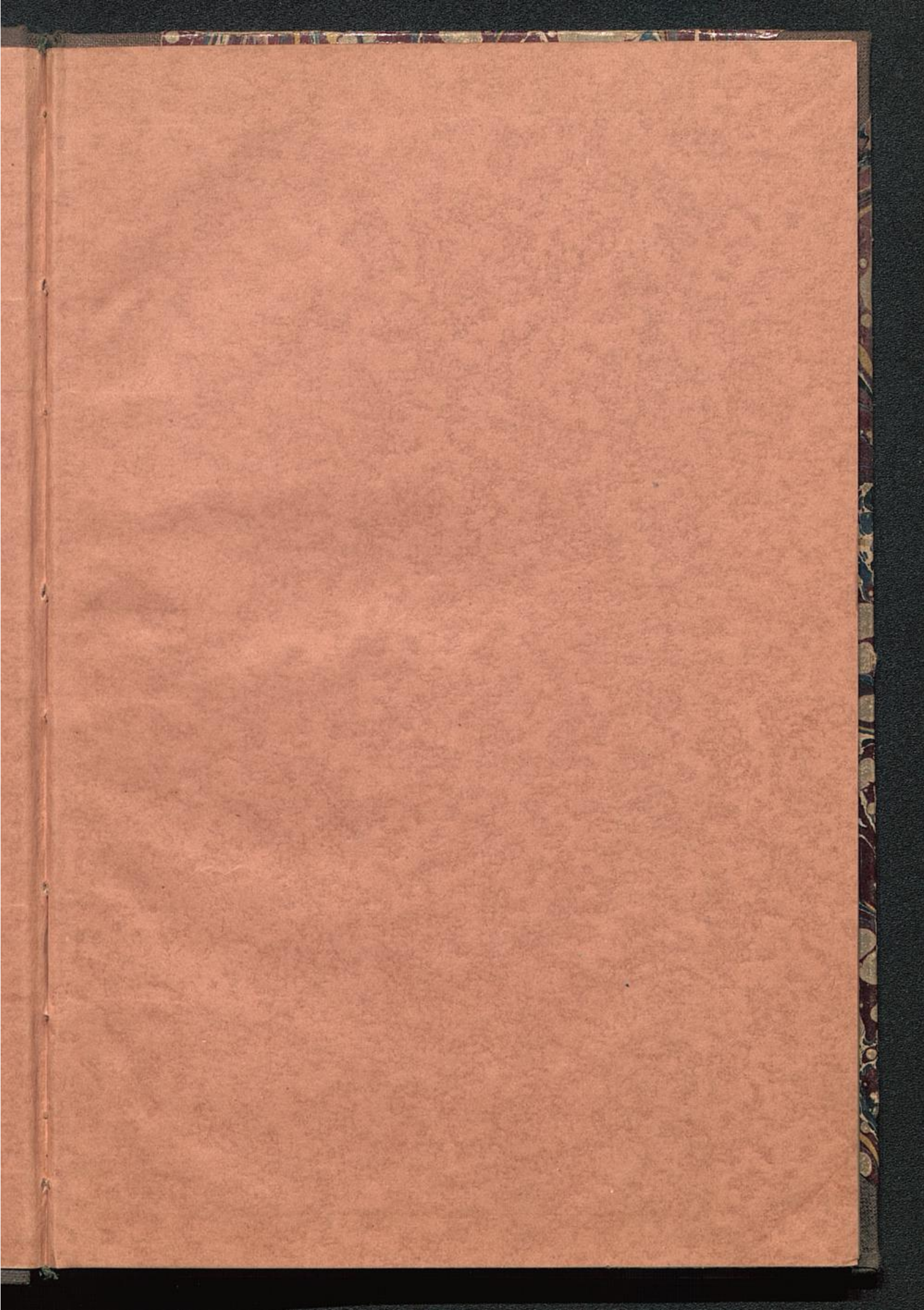


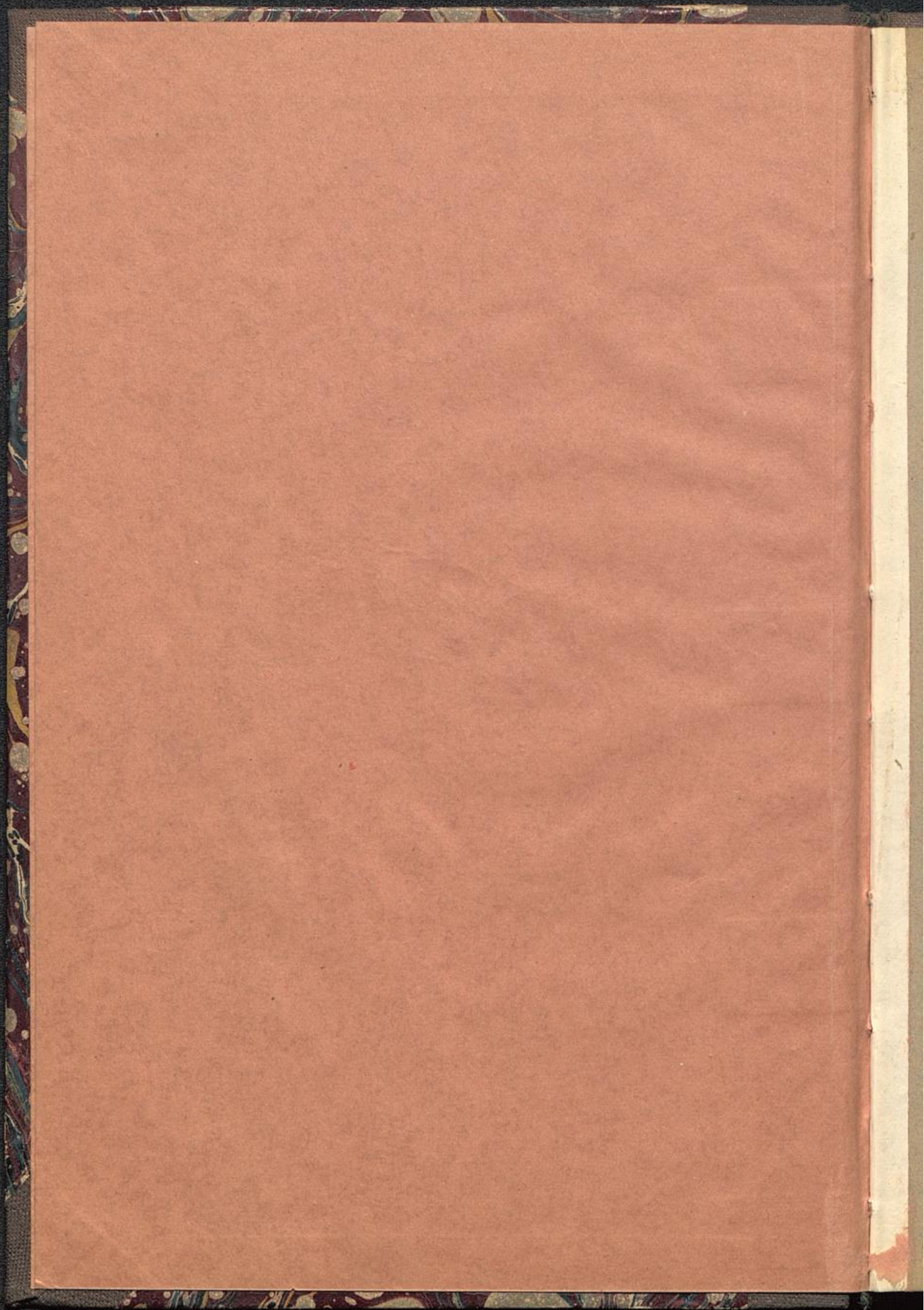
[Blank paper label on the spine]

[Blank paper label on the spine]



Wg 182
Gothlin





Georg Gothein

Der große Irrtum
der deutschen
Lohnpolitik



Otto Elsner Verlagsgesellschaft m. b. H. / Berlin

76

Blank page with faint red markings at the bottom.

Wp 182

Der große Irrtum
der deutschen
Lohnpolitik

Von
Georg Gothein



1929

Otto Elsner Verlagsgesellschaft m. b. H. / Berlin

AUSGESONDERT

HANDELS-
HOCHSCHULE
NÜRNBERG
BIBLIOTHEK

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Die Senkung der Produktions- und Verteilungskosten als Ursache von Deutschlands wirtschaftlichem Aufstieg vor dem Kriege..	3
Die vernichtende Wirkung des Krieges.....	7
Rationalisierung und Lohnerhöhungen in der Landwirtschaft...	12
Rationalisierung in der Industrie	19
Rationalisierung, Preise und Löhne in den Vereinigten Staaten von Amerika	21
Wirtschaftslage und Lohnentwicklung in Großbritannien	26
Die Entwicklung in Frankreich.....	30
Entwicklung in Belgien.....	34
Die Wirtschaftsentwicklung in der Tschechoslowakei.....	35
Die Wirtschaftslage Österreichs	36
Die Wirtschaftslage in Polen.....	37
Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Australiens	40
Die Lage der deutschen Industrie	45
Steinkohle	45
Braunkohle.....	46
Eisenindustrie	46
Eisenfertigwaren	53
Werkstoffindustrie	53
Binnenschifffahrt.....	54
Lokomotiv- und Waggonbau	55
Automobilindustrie	56
Maschinenindustrie	57
Elektrotechnik	59
Textilindustrie.....	60
Schuhwaren	63
Porzellan.....	64
Uhren	64
Tonwerkzeuge.....	64
Chemische Farben- und pharmazeut. Industrie	65
Die Auswirkung der falschen Lohn- und Steuerpolitik.....	65
Produktionskostenverteuerung durch Sozillasten	72
Opulente Ausgabenwirtschaft	74
Das steuerfähige Vermögen	76
Unzureichende Kapitalbildung, Auslandsverschuldung und Zinsfuß	77
Lurus	79
Hat sich die Lebenshaltung verschlechtert?.....	80
Raubbau an der deutschen Wirtschaft	83

Die Senkung der Produktions- und Verteilungskosten als Ursache von Deutschlands wirtschaftlichem Aufstieg vor dem Krieg.

In den mehr als 50 Jahren, seitdem ich selbständig und kritisch wirtschaftlich denke, in den 44 Jahren, seitdem ich zuerst wirtschaftspolitisch mich zu betätigen Gelegenheit hatte, habe ich mich stets aufs neue in der Ueberzeugung bestärkt gefunden, daß es nur einen Weg gibt, die Wirtschaft und die soziale Lage zu heben, den die Produktions- und Verteilungskosten und damit das Preisniveau zu senken, die Kaufkraft zu stärken, das Absatzgebiet zu erweitern; daß alle andern Wege, dieses Ziel zu erreichen, Holzwege sind. Alle Erfahrungen und Beobachtungen meines langen Lebens haben das bekräftigt. Schutzzölle, monopolistische oder sonstige Preisverteuerungen können wohl vorübergehend einzelnen oder einzelnen Wirtschaftszweigen Vorteile bringen, nie aber auf die Dauer der Gesamtheit. In meine letzten Studiensemester fiel Bismarcks Abkehr von der Freihandelspolitik, der Sieg der Schutzzollpolitik. Vergebens wartete man auf den davon prophezeiten wirtschaftlichen Aufstieg; er blieb aus. Der mengenmäßige Aufschwung der deutschen Eisenindustrie war nicht den Eisenzöllen, sondern der Entphosphorung des Roheisens in der Bessemerbirne zu danken. Erst, nachdem es den Fortschritten der deutschen Technik und des deutschen Arbeiters gelungen war, den Vorsprung der älteren Industriestaaten — vor allem Englands — einzuholen, brachte

die Krönung des Caprivischen Handelsvertragswerks durch den russischen Handelsvertrag den großen wirtschaftlichen Aufschwung. In langer mühevoller Arbeit hatten wir unsere Produktions- und Verteilungskosten wesentlich gesenkt, damit den Verbrauch im Innern angeregt, die Ausfuhr gesteigert.

Aus der Erkenntnis heraus, daß es in zahllosen Fällen eine Frachtfraße ist, wer das Geschäft macht, habe ich Mitte der 80er Jahre den Kampf für die Ermäßigung der Eisenbahngütertarife und für die Verbesserung der Wasserstraßen aufgenommen. Zuerst als Generalsekretär des Oberschlesischen berg- und hüttenmännischen Vereins für die Senkung der Kohlen-, Erz- und Eisenfrachten, deren ungesunde Höhe bei der großen Entfernung der dortigen Produktionsstätten von ihren wichtigsten Absatzgebieten die Rentabilität der Werke wie die Löhne der Arbeiter herabdrückte. Habe Anfang der 90er Jahre nachgewiesen, daß die Notlage der Weber des Eulengebirges, daß die ungenügende Entwicklung der dortigen Textilindustrie im wesentlichen ihre Ursache in den übertrieben hohen Frachten für Rohstoffe, für den Veredlungsverkehr und die Versendung ihrer Fabrikate habe. Mit deren daraufhin erfolgten beträchtlichen Senkung gelang es, diese Notstände erheblich zu mildern. Die bedauerliche allgemeine Erhöhung der Frachten durch die Reichsbahn ließ sie wieder aufleben. Ich konnte mithelfen, die Reichsbahn zu bewegen, die Frachten für diese so schwer unter der Verschlechterung ihrer Absatzlage leidende Industrie erneut, leider nicht genügend, zu senken. Die Produktionsgebiete, die bei dem Bezug ihrer Rohstoffe und Halbfabrikate, bei dem Absatz ihrer Erzeugnisse große Entfernungen zu überwinden haben, leiden naturgemäß am schwersten unter hohen Frachtsätzen, bleiben darüber in ihrer Entwicklung zurück. Das gilt in gleichem Maß für den internationalen Wettbewerb der Länder.

Während der zehn Jahre meiner Zugehörigkeit zum Preussischen Abgeordnetenhaus führte ich einen unablässigen Kampf für Verbilligung der Gütertarife. Und jeder durchgesetzte verbilligte Ausnahmetarif brachte nach wenigen Jahren eine solche

Steigerung des Verkehrs, daß er für die Eisenbahn zur Quelle reichen Gewinns wurde. Der Minister von Thielen, mit dem ich deshalb manchen Kampf geführt habe, hat mir bei seinem Scheiden aus dem Amt offen dafür gedankt, daß ich ihn ständig zu Tarifiermäßigungen gedrängt hatte.

Aus den gleichen Erwägungen habe ich mich stets für die Verbesserung und Erweiterung unseres Wasserstraßennetzes eingesetzt, da ein ehrlicher Wettbewerb zwischen Bahn und Wasserstraße der beste Anreiz zur Senkung der Frachten und damit zur wirtschaftlichen Förderung des Ganzen ist. Die Verkehrsanstalten haben nun einmal eine höhere Aufgabe als die, große Gewinnüberschüsse herauszuwirtschaften. Sie sollen der Gesamtwirtschaft dienen und müssen daher dem gesunden kaufmännischen Grundsatz huldigen: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen!“ Mit ihm hat der große Reformator des Postwesens, Stephan, für uns wie für die Welt die Riesenentwicklung des Post- und Telegraphenverkehrs in die Wege geleitet.

Gar oft ist mir — selbst aus Kreisen der Produzenten und des Handels — entgegengehalten worden, eine Belebung des Absatzes fände nicht bei sinkenden, sondern im Gegenteil bei steigenden Preisen statt. Daran ist richtig, daß der Weiterverarbeiter wie der Verkäufer mit dem Einkauf zurückhält, solange die Preise sinken, weil er hofft, später billiger anzukommen, und daß er aus Sorge, dann teurer kaufen zu müssen, sich eindeckt, wenn die Preise steigen. Aber die Aufwärtsbewegung nimmt ihr Ende, wenn der steigenden Produktion der Konsum nicht zu folgen vermag. Sie dann mit Hochhalten oder gar mit weiterer Erhöhung der Preise erhalten zu wollen, ist vergebliches Bemühen. Nur durch eine der verminderten Kaufkraft angepasste Preissenkung läßt sich der Absatz aufs neue beleben.

Niedrige Preise sind der Ansporn, die Produktions- und Verteilungskosten zu senken. Das mit Drücken der Löhne zu tun, erfordert wenig Aufwand an geistiger Arbeit. Die Verbesserung der technischen Arbeitsmethoden, wie die verfeinerte Organisation des Betriebes und des Absatzes sind zwar schwierigere, aber weit erfolgreichere Mittel dazu. Die innige Verbindung von

Wissenschaft und Technik, worin Deutschland auf den verschiedensten Gebieten der Chemie und Pharmazie, der Elektrotechnik und des Maschinenbaues, in der Optik wie im Bau von musikalischen und wissenschaftlichen Instrumenten, in der Pelzzurichterei wie in der Lederfabrikation u. a. m. führend wurde, hat in den Jahrzehnten vor dem Kriege für den Aufstieg der deutschen Industrie und für die Steigerung ihrer Ausfuhr unendlich viel mehr geleistet als das niedrige Lohnniveau einzelner Gewerbezweige. Unterstützt wurde die Ausfuhr durch die Gewandtheit, Sprachenkunde und Anpassungsfähigkeit der deutschen Handelsvertreter. Gute Organisation der Betriebe, wachsende Kapitalkraft mit billigem Zinsfuß, ein mustergültiges Bankwesen und verhältnismäßig niedrige Steuerbelastung trugen bei steigender Lebenshaltung der breiten Massen zur befriedigenden Rentabilität der Unternehmungen bei. Der stark zunehmende Verbrauch von Fleisch, Eiern, Fetten, Bier und Tabak, der Rückgang der Sterblichkeit, die Besserung der Wohnungsverhältnisse waren untrügliche Beweise dafür, daß von dem Aufstieg der deutschen Wirtschaft auch die Arbeiter wesentlichen Nutzen gezogen hatten.

Die Landwirtschaft profitierte ebenfalls davon: Mit der größeren Kaufkraft der breiten Massen wuchs deren Aufnahmefähigkeit für die höherwertigen Nahrungsmittel: Fleisch, Milch, Butter, Eier, Gemüse, Obst. Die dadurch bedingte stärkere Viehhaltung brachte den Feldern stärkere Stalldüngung, die im Verein mit der zunehmenden Verwendung künstlichen Düngers zu steigenden Ernteerträgen führte. Trotz der Ermäßigung der Brotgetreidezölle von 5 auf 3,50 Mark für 100 kg waren die Jahre nach Abschluß des russischen Handelsvertrages die des stärksten bis dahin dagewesenen Aufschwunges der deutschen Landwirtschaft. Viehhaltung, Maschinenverwendung, Kunstdüngerverbrauch, Hektar- und Stallerträge, Vermehrung von Klein- und Mittelbesitz erfuhren während der Dauer dieser Verträge eine überaus starke Zunahme. Durch eine Notlage der Landwirtschaft war die Erhöhung der Agrarzölle in den Bülowverträgen in keiner Weise

gerechtfertigt. Die damit herbeigeführte Verschlechterung unserer Handelsverträge vermochte indessen den weiteren Aufstieg unserer gesamtwirtschaftlichen Lage nicht mehr aufzuhalten.

Die vernichtende Wirkung des Krieges.

Jäh wurde er durch den K r i e g unterbrochen. Die ganze Wirtschaft mußte in den Dienst der Kriegführung gestellt werden. Die Einfuhr der meisten Rohstoffe, die Ausfuhr unserer Fabrikate war fast ganz abgeschnitten. Das deutsche Volksvermögen ging zum größten Teil verloren; alle unsere Handels- und Verkehrsbeziehungen waren für Jahre zerrissen. Es war klar, daß ein Wiederaufbau sich nur sehr schwer und langsam vollziehen würde. In der Mitte des Krieges führte ich in einer Reichstagsrede aus:

„Dieser Krieg wird, selbst wenn er — was wir alle hoffen — siegreich für uns ausgeht, eine derartige Verarmung in Deutschland zurücklassen, daß wir uns wie das alte Preußen nach den Freiheitskriegen wieder großhungern und großarbeiten müssen.“

Bewegt drückte mir Ebert die Hand und meinte: „Sie haben recht, nach dem Kriege werden es auch sehr schwere Zeiten für uns werden.“

Statt des erhofften Sieges ist der Krieg mit dem völligen Zusammenbruch Deutschlands und Oesterreichs-Ungarns ausgegangen. Unter Bruch des Waffenstillstandes von Compiègne, des eigentlichen Vorfriedensvertrages, wurde uns in Versailles ein Frieden von unsagbarer Härte und Grausamkeit mit untragbaren Lasten aufgezwungen. Aber weite Kreise der Arbeitnehmer erkannten nicht die furchtbare dem deutschen Volke zugefügte Schädigung. Sie glaubten vielmehr das hereingebrochene Unglück für sich nutzbar machen zu können. Ihnen rief ich am 28. Juli 1919 in der Nationalversammlung zu:

„Ohne den Arbeitswillen des gesamten deutschen Volkes kommen wir aus diesem Elend nicht heraus. Was der Bergarbeiterstreik, was der Eisenbahnerstreik dem ge-

samten deutschen Volke gekostet hat, das wird erst der kommende Winter in erschreckender Weise zeigen.

(Sehr richtig!)

Jeder Streik verschlechtert auch die Lage der Arbeitnehmer; er verschlechtert unsere Valuta, unsern Kredit; er verteuert die Lebensmittel und die Rohstoffe, die wir brauchen. Was nützt dem Arbeitnehmer die Lohnaufbesserung, was nützt ihm die kürzere Arbeitszeit, was nützt ihm selbst das Mitbestimmungsrecht, wenn die Kaufkraft unseres Geldes ständig so weiter fällt, wie es in den letzten Tagen und Wochen wieder geschehen ist! Wenn das Ausland uns weder Lebensmittel noch Rohstoffe gibt, wenn wir keine Kohlen für Hausbrand und für die Fabriken mehr haben, dann müssen wir elend zugrunde gehen. Wer den Arbeitern vorredet, daß sie ohne intensivste Arbeit ihre Lage verbessern könnten, der verführt sie, der ist ein Verbrecher am Volke.

(Lebhafte Zustimmung.)

Deutsch sein heißt arbeiten; heißt die Arbeit um ihrer selbst willen tun; heißt die Arbeit als Pflicht gegen sich, gegen die Familie, gegen die Gesamtheit empfinden. Nicht das Erstreben von Rechten, sondern das Gefühl der Pflicht, der kategorische Imperativ ist der Urgrund aller Sittlichkeit. Mit diesem Pflichtgefühl muß das deutsche Volk sich in allen seinen Kreisen wieder erfüllen.

(Erneute lebhafte Zustimmung.)

Wie der Krieg gewirkt hat, das haben wir schauernd erlebt. Wir müssen wieder ein moralisches Volk werden, das Achtung hat vor Gesetz und Recht; auch vor dem Recht der andern."

Wie bei meiner Rede von 1916 im Reichstag fanden auch diese Worte die Zustimmung der Sozialdemokraten. Aber die notwendigen Folgerungen haben weder sie, noch die meisten anderen Parteien daraus gezogen. Man kann zugeben, daß die

Verhältnisse das ungemein erschwerten. Bei den ungeheuren uns auferlegten Lasten, bei der Konfiskation unseres Auslandsvermögens wie unserer Handelsflotte, bei der Fortdauer der Blockade, bei der Unterbindung unserer Ausfuhr nach den Feindbundstaaten und der Verweigerung der Einreise der deutschen Handelsvertreter in sie, bei der Unmöglichkeit, langfristige Auslandsanleihen aufzunehmen, blieb uns kaum ein anderer Weg als der der *Notenpresse*, auf dem sich unsere Währung fortgesetzt verschlechtern mußte. Der Rubreinbruch tat dann das letzte, sie vollends zu vernichten. Es mag dahingestellt bleiben, ob eine klügere und weitsichtigere Außen-, Währungs- und Finanzpolitik das nicht bis zu einem gewissen Grade zu verhindern vermocht hätte. Jedenfalls machte die fortfortschreitende Geldentwertung es notwendig, ihr die Löhne und Gehälter ständig anzupassen. Auch nach der Schaffung der stabilen Rentenmark und der Neubildung der festen Reichsmark waren die Arbeitsentgelte im Verhältnis zu den Warenpreisen zunächst so niedrig, daß ihre Erhöhung unumgänglich wurde. Die mit der Einführung der Festmark einsetzende Steuerungsquelle war freilich zum guten Teil durch die mit den Steuernotverordnungen verursachte furchtbare Ueberlastung der Wirtschaft mit Steuern heraufbeschworen worden. Im Finanzausschuß des Reichstages habe ich das damals klipp und klar vorausgesagt, habe den Vertretern des Reichsfinanzministeriums warnend zugerufen, „daß sie die Tragfähigkeit der deutschen Wirtschaft ebenso überschätzten, wie sie das Erträgnis der neu eingeführten Steuern unterschätzten. Die letzteren würden Milliarden mehr erbringen, als veranschlagt sei. Das werde zu einer ungesunden Ausgabenwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden führen. Werde, da die Wirtschaft versuchen müßte, diese Steuern im Warenpreis auf den Verbraucher abzuwälzen, eine Steuerungsquelle heraufbeschwören, die wiederum Löhne und Gehälter, wie alle öffentlichen Ausgaben ungeheuer steigern werde. Von der so künstlich herbeigeführten Steuerungsquelle wieder herunterzukommen, werde aber unsagbar schwer fallen.“

Ironisch erwiderte mir der damalige Staatssekretär des Reichsfinanzministeriums, „man habe sich in ihm damit abgefunden, daß ich seine Vertreter für volkswirtschaftliche Idioten hielt. Sollten wirklich die Steuern höhere Erträge bringen als veranschlagt, was sehr unwahrscheinlich sei, so würden sie rechtzeitig herabgesetzt werden.“ Trotz zweimaliger Senkung brachten sie aber rund 2½ Milliarden mehr als veranschlagt. Und alle von mir vorausgesagten üblen Folgen sind restlos eingetreten.

Die Arbeitnehmerorganisationen gewöhnten sich in dieser Zeit daran, wegen der wachsenden Teuerung immer neue Lohnforderungen zu stellen. Sie ließen davon auch nicht ab, als die Preise keine beachtliche Steigerung mehr oder gar Rückgänge erfuhren. Während der deutsche Großhandelsindex von 141,8 im Durchschnitt des Jahres 1925 auf 134,4 in 1926 bzw. 137,6 in 1927 zurückging und 1928 mit rund 140 ebenfalls immer noch tiefer stand als 1925, betrug der durchschnittliche Index der Stundenlöhne gelernter Arbeiter aus 12 Kategorien 1925 130,8, stieg in 1926 auf 140,7, im letzten Vierteljahr 1927 auf 151,9, erreichte am 1. Oktober v. J. 163,1 und ist seitdem noch erheblich weiter gestiegen. Gleichzeitig erhöhte sich der Lebenshaltungskostenindex von 139,6 in 1925 auf 152,1, zum Teil durch die Erhöhung der Wohnungsmieten, zum andern, ungleich größeren, infolge der mit den Lohnerhöhungen gestiegenen Verteilungskosten. Ungleich stärker als die der gelernten Arbeiter haben sich die Löhne der ungelerten erhöht. Während die der ersteren allein in den Jahren 1927 und 1928 um 15,3 v. H. stiegen, so die der letzteren um 20,56 v. H. Diese Ziffern beziehen sich aber nur auf die tarifmäßigen Stundenlöhne, während die effektiv gezahlten wesentlich höher stehen. Bei der erheblich geringeren Kinderzahl, der vermehrten Beschäftigung weiterer Familienmitglieder und den höheren Sozialleistungen hat sich die Lage der arbeitenden Klassen gegen die Vorkriegszeit entschieden gebessert.

Die Unternehmer, die in der Inflation ihr Kapital weitgehend verloren hatten, suchten das für den Wiederaufbau oder die Fortführung ihrer Betriebe notwendige Kapital aus reichlichen Gewinnen, also hohen Preisen wieder zu beschaffen. So entstand ein Wettlauf zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Löhnen, Preisen und Geschäftserträgen, bei dem infolge der Unterstützung der Arbeitnehmer durch die Gesetzgebung wie durch die Schlichtertätigkeit des Reichsarbeitsministeriums der Lohnanteil am Ertrag auf Kosten der Rentabilität und der notwendigen Kapitalbildung immer mehr Raum gewann.

Um die Betriebe technisch auf zeitgemäße Höhe zu bringen und wettbewerbsfähig gegenüber dem Ausland zu erhalten, waren riesige Kapitalinvestitionen erforderlich, die bei der geringfügigen Kapitalbildung im Inland überwiegend durch Auslandskredite oder durch den Übergang deutscher Unternehmungen — Aktien, Hypotheken oder Grundbesitz — in ausländische Hand beschafft werden mußten. Allein in den vier Jahren von 1925 bis 1928 haben wir uns dem Ausland gegenüber mit 14,03 Milliarden Mark verschuldet. Insgesamt dürfte unser Auslandsschuldendienst heute per Saldo rund über eine Milliarde im Jahr erfordern, während wir vor dem Krieg aus unserm Auslandsbesitz und aus Dienstleistungen für das Ausland über zwei Milliarden Mark vereinnahmten. 1927 und 1928 nahmen wir im Ausland 3,61 Milliarden Anleihen und 5,29 Milliarden kurzfristige Kredite auf. Unser steuerfähiges Privatvermögen betrug nach der Vermögensveranlagung von 1926 nur noch 97,8 Milliarden; war aber in Wirklichkeit wesentlich niedriger, da durch die Doppelveranlagung desselben Vermögens bei den juristischen und bei den physischen Personen — bei den letzteren allerdings nur im halben Wertbetrage — das wirkliche Inlandsvermögen wesentlich geringer ist. Um so mehr, als sich ein sehr erheblicher Teil des hier veranlagten Vermögens in ausländischer Hand befindet. Das in obiger Zahl mit 26 Milliarden enthaltene landwirtschaftliche Vermögen hat inzwischen keine Vermehrung,

sondern nach den Erhebungen des Reichsernährungsministers eine Verminderung um 6 Milliarden erfahren.*) Daß ein solcher Vermögensrückgang für unsere Volkswirtschaft unsagbar nachteilig ist, daß die in seinem Gefolge auftretende Kapitalknappheit bei uns zu Zinsfäßen führt, die doppelt so hoch sind, als die anderer Industriestaaten, daß damit unsere Produktions- und Verteilungskosten überaus schwer belastet werden, ist einleuchtend. Unser Privatdiskont ist mit 7% Prozent mehr wie doppelt so hoch wie der französische von 3,37 Prozent. Das durchschnittliche Zinsniveau langfristiger Anleihen steht bei uns über 9, dort 5,31 Prozent. Sollzinsen der Banken betragen einschließlich Provision 11½ Prozent. Demgegenüber ist die durchschnittliche Rente unserer Aktien nur 5 v. H.

Rationalisierung und Lohnerhöhungen in der Landwirtschaft.

Am nachteiligsten haben sich Lohnerhöhungen und Betriebsrationalisierung bei der deutschen Landwirtschaft ausgewirkt. Die Verarmung und Verunkrautung der Böden, der starke Rückgang der Viehbestände nach Zahl und Güte, die Reparatur- und Erneuerungsbedürftigkeit der Gebäude wie des toten Inventars erforderten nach dem Krieg riesige Kapitalinvestitionen. Anfangs konnte man bei den hohen Preisen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse annehmen, daß sie sich durch die gesteigerten Erträge bezahlt machen würden. Aber deren Preise, die weitestgehend von den Weltmarktpreisen abhängig sind, gingen zurück, während **L ö h n e**, **S o z i a l l a s t e n**, **S t e u e r n** u n d **Z i n s e n** unaufhaltsam stiegen. Um an den beiden ersteren zu sparen, schaffte man in umfangreichem Maße Maschinen und Motoren an. Die damit bewirkte Ersparnis an menschlichen Arbeitskräften wurde aber bei Ablauf der alten Tarifverträge stets durch neue Lohnerhöhungen wie auch durch

*) Das steuerfähige Privatvermögen der physischen Personen betrug nur 64,3 Milliarden RM.

vermehrte Sozialabgaben illusorisch gemacht.*) Zu den unverminderten, wenn nicht noch vermehrten Lohn- und Sozialausgaben traten nunmehr noch die hohen Zinsen für das neu investierte Kapital, traten wachsende Reparatur- und Unterhaltungskosten der beschafften Maschinen und Geräte. Nicht nur die Steigerung der direkten Produktionskosten wurde für die deutsche Landwirtschaft verderblich, sondern auch das Mißverhältnis zwischen den Preisen, die sie für ihre Erzeugnisse bekam, und denen, die sie für ihre Bedürfnisse anlegen mußte. Der Großhandelsindex für Agrarstoffe sank von 137,8 im Anfang des Jahres 1925 bis auf 122,3 im Mai 1929, der für Produktionsmittel stieg gleichzeitig von 129,1 auf 138,2, für industrielle Fertigwaren-Konsumgüter von 151,3 auf 172,3, nachdem im Herbst 1928 ersterer bereits auf 138,6, letzterer auf 176,1 gestiegen war. Die Preisschere klafft immer weiter zu Ungunsten der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Dabei stehen die Erzeugerpreise, die der Landwirt bekommt, erheblich unter den für die großen Konsumplätze geltenden Großhandelspreisen, da Frachten und Verkaufsspesen immer weiter gestiegen sind. Umgekehrt sind die Preise, die der Landwirt für die von ihm benötigten Produktionsmittel und Konsumgüter anlegen muß, aus den gleichen Gründen wesentlich stärker gestiegen, als deren Großhandelsindex erkennen läßt. Nur künstliche Düngemittel machen eine Ausnahme. Eine schwere Mehrbelastung erwächst für die landwirtschaftlichen Betriebe auch aus dem schematischen Achtstundentag, indem der Reparaturarbeiter jede Ueberschreitung der Arbeitszeit ablehnt, auch wenn die Arbeit in einer Viertelstunde Mehrarbeitszeit erledigt werden könnte. Der Hin- und Rückweg von und zur Stadt am nächsten Tag geht natürlich auf Kosten des Auftraggebers.

*) Von 1925 bis 1929 schränkte ein landwirtschaftlicher Betrieb von 250 ha seinen Personalbestand von 39 auf 22 ein. Darlöhne und Soziallasten erfordern jetzt für das verringerte Personal mehr als 1925 für das fast doppelt so große.

Der heutige normale Hypothekenzinssfuß ist 10 v. H.; in Wirklichkeit noch weit höher, da der Schuldner nicht die volle Summe ausgezahlt erhält, sondern ihm für Provisionen und Spesen erhebliche Abzüge gemacht werden. Unfundierte Kredite stellen sich für die Landwirtschaft noch teurer; selbst die aus öffentlichen Mitteln über die Spar- und Darlehnskassen gewährten muß der letzte Kreditnehmer mit 14 v. H. verzinsen. Daß auch bei bester Betriebsführung noch nicht die Hälfte solcher Zinslasten herausgewirtschaftet werden kann, ist bekannt.

Die Ueberschuldung ist natürlich bei den Großbetrieben wesentlich stärker als bei den Kleinbetrieben und kleineren Mittelbetrieben. Wenn der selbst und mit seiner Familie arbeitende Bauer eher durchkommt als der seinen Betrieb leitende größere Landwirt, so wird von vielen daraus gefolgert, daß die landwirtschaftliche Krise mit großzügiger Aufteilung des Großbesitzes zu beheben sei. Aber mit Ausnahme besonders günstiger Absatzverhältnisse in der Nähe von Großstädten oder in dicht bevölkerten Industrierevieren, bei denen auch der Mittel- und Großbetrieb auf seine Rechnung kommt, beruht die Widerstandskraft der bäuerlichen Wirtschaft meist nur darauf, daß der Bauer seine und seiner Familienmitglieder Arbeit erheblich niedriger bewertet als die gelohnter Landarbeiter. Für Württemberg hat das Prof. Muenzinger-Hohenheim an einer Reihe typischer Beispiele nachgewiesen. Aus anderen Gegenden wird das gleiche berichtet. Die Erregung, welche weiteste Kreise der bäuerlichen Bevölkerung ergriffen hat, ist — wenn sie auch vielfach durch eine hemmungslose Agitation geschürt wird — unzweifelhaft aus der schweren wirtschaftlichen Notlage herausgewachsen. In Gegenden, die bei dem Absatz ihrer Erzeugnisse auf ungünstige Wegeverhältnisse und große Entfernungen angewiesen sind, wie beispielsweise weite Gebiete Ostpreußens, ist von der massenhaften Aufteilung von Großgrundbesitz zu Klein- und mittelbäuerlichen Siedlungen keine wirksame Behebung der Notlage zu erwarten. Gewiß führen wir noch gewaltige Mengen spezifisch bäuerlicher Erzeugnisse: Butter, Käse, Eier, Rinder

ein. Aber wir könnten mit einer viel geringeren Zahl von Kühen als heute vorhanden unsern ganzen Milch- und Butterbedarf decken, wenn mehr auf Milchergiebigkeit gezüchtet und gefüttert würde. Gerade darin ist der Kleinbetrieb jedoch weit rückständiger als der Großbetrieb. Er ist auch, wie der zitierte Prof. Muenzinger nachgewiesen hat, weitgehend darauf angewiesen, die Kuh zugleich als Zugtier zu verwenden, kann also nicht allein auf Milchergiebigkeit züchten. Zur Vermehrung der Eierproduktion bedarf es erst recht nicht einer umfangreichen Aufteilung von Großgrundbesitz. Zweifellos hat der Verbrauch an Fleisch, Milch, Molkereiprodukten und Eiern in den letzten Jahrzehnten bei uns eine große Zunahme erfahren, doch ist nicht zu erwarten, daß er in gleichem Maß weiter steigt. Bei dem starken Geburtenrückgang ist nicht mehr auf eine solche Bevölkerungszunahme zu rechnen wie vor dem Krieg, ja in der Mitte der dreißiger Jahre ist sogar ein Rückgang zu erwarten. Sodann kann ein Volk, das in völlig ungenügender Weise Kapital bildet und sich mehr und mehr dem Ausland verschuldet, nicht mit steigendem Wohlstand rechnen; der muß vielmehr zurückgehen. Dann aber läßt sich der Verbrauch der höherwertigen Nahrungsmittel, die speziell der landwirtschaftliche Kleinbetrieb hervorbringt, nicht heben. Damit entfallen die ihn begünstigenden Möglichkeiten gesteigerten Absatzes.

Der landwirtschaftlichen Notlage durch *E r h ö h u n g d e r A g r a r z ö l l e* zu begegnen, verspricht nur vorübergehenden Erfolg. Wenn es auch richtig sein mag, daß die Verteilungsspesen dem Konsumenten die Lebensmittel weit mehr verteuern, als es eine Erhöhung der Zölle tun würde, so würde doch die Verteuerung aller Lebensmittel durch Zölle oder durch monopolistische Einfuhr- und Absatzorganisationen, wie sie die Denkschrift der landwirtschaftlichen Spitzenverbände fordert, die Großhandelspreise und prozentual in ähnlicher Weise auch die Kleinhandelspreise erheblich verteuern. Das würde zu neuen Lohn- und Gehaltserhöhungsforderungen und damit zu einer weiteren Steigerung aller Selbst- und Verteilungskosten wie der Preise führen. Dadurch würde unsere Wettbewerbsfähigkeit anderen Staaten

gegenüber erheblich eingeschränkt, die Arbeitslosigkeit vermehrt, die innere Konsumkraft herabgedrückt werden. Die Verminderung des Einfuhrkontingents für gefrorenes Fleisch hat z. B. in dessen Hauptkonsumplatz Hamburg nicht zu einer Vermehrung des Verbrauchs heimischen Fleisches geführt, sondern ausschließlich den Fleischverbrauch der dortigen Bevölkerung herabgedrückt. Der Preis der Schweine richtet sich allein nach Angebot und Nachfrage des inneren Marktes. Die verlustbringenden Schweinepreise vom Herbst 1927 bis Juni 1928 beruhten ausschließlich auf dem Uebermaß von Zucht und Mast von Inlandsschweinen. Rein Zoll vermag dagegen zu helfen. In manchen anderen Erzeugnissen des landwirtschaftlichen Kleinbetriebes ist die Preisbildung so lokal, daß die Zollerhöhung nur an wenigen Stellen im Preis zum Ausdruck gebracht werden könnte.

Es ist eine Illusion zu glauben, man könne auf die Dauer die Getreidepreise unabhängig vom Ernteausschlag und von den Weltmarktpreisen festsetzen. In einem Staatswesen, in dem die Verbraucher eine so ungeheure Mehrheit bilden, wäre es auch für die Produzenten eine schwere Gefahr, die Preisgestaltung der Lebensmittel zum Streitobjekt der politischen Parteien zu machen. Das Beispiel Rußlands beweist, wie schlecht die landwirtschaftliche Bevölkerung daran ist, wenn die politisch Mächtigen die Preise der Agrarprodukte diktieren. Die Landwirtschaft wieder rentabel zu machen — und das ist eine zwingende Aufgabe —, ist eben nur auf dem Weg der Senkung ihrer Produktions- und Absatzkosten möglich. Dahin gehört u. a. die Standardisierung ihrer Produkte, die bessere Organisation der Verteilung, die Hebung der landwirtschaftlichen Technik. Gehört aber auch ganz wesentlich die Senkung der Preise all dessen, was der Landwirt an Produktionsmitteln und Konsumgütern wie an Leistungen gebraucht. Gehört eine Senkung der Zinsen, Steuern, Sozialschulden und Löhne, die eine solche der Reallöhne gar nicht zur Folge zu haben braucht.

Die Landarbeiterreallöhne sind keineswegs so niedrig wie sie scheinen. Wohnung, Heizung, Deputate werden in ihnen

zu Preisen berechnet, zu denen sich der Industriearbeiter nicht entfernt das gleiche beschaffen kann. Bei richtiger Berechnung stellen sie sich beispielsweise in der Provinz Brandenburg ganz wesentlich höher als die der Rottbusser Textilarbeiter. Aber die Stadt bietet mehr Annehmlichkeiten, vor allem mehr Vergnügungen. Deshalb die große Landflucht. Selbst die Bauernsöhne ziehen vielfach vor, in der Stadt Unterbeamte, Kleinhändler, Industriearbeiter zu werden, als den väterlichen Hof zu übernehmen und auf ihm trotz allen Sichabraderns schlechter daran zu sein, als der landwirtschaftliche Tagelöhner. Erst recht fehlt es dem größeren Landwirt an Arbeitskräften. Trotz aller Arbeitslosigkeit melden sich nur höchst wenige dazu. Auch wird meist übersehen, daß der ländliche Arbeiter ein gelernter Arbeiter sein muß, der mit Pferden und anderem Vieh umzugehen, der den Pflug zu führen weiß, der beim Hacken nicht statt des Unkrauts die Nutzpflanze weghackt. Mit Recht klagen in weiten Gegenden die Landwirte, daß ihre Belegschaft sich aus alten Leuten, Fürsorgezöglingen und Krüppeln zusammensetzt, sie aber wirklich leistungsfähige Leute nicht bekommen können. Höhere Löhne anzulegen hieße für sie aber — abgesehen von einigen bevorzugten Absatzgegenden — den Bankrott beschleunigen.

Nachdem die Intensivierung ihrer Betriebe ihnen nur Nachteile gebracht hat, macht sich daher in diesen Kreisen weitgehend das Bestreben geltend, den Betrieb tunlichst einzuschränken, minderwertige Böden aufzuforsten, auf den Ackerbau auf den vom Hof entfernter liegenden Fluren zu verzichten, sie als Weiden zu benutzen und den Frucht- und Futterbau auf die besten und dem Hof zunächst gelegenen Böden zu beschränken. Aus Mangel an Mitteln begnügt man sich bei den nicht mehr in Anbau genommenen Flächen vielfach sogar mit der Brachweide, statt sie umzubrechen und zu Wiesen anzusäen. Mit dieser Wirtschaftsweise spart man wesentlich an Arbeitskräften, damit an Löhnen, an Soziallasten, an Zugvieh, an Maschinen und Geräten, an deren Reparaturen; man braucht weniger Gebäude zu erhalten und zu erneuern, spart auch an Versicherungsprämien.

Freilich sinken dabei die Roherträge; aber was nützen große Roherträge, wenn sie nur mit Verlust erwirtschaftet werden können! Die volkswirtschaftlich recht bedenkliche Rehrseite sind die Mindererträge, die uns zwingen müßten, mehr Getreide, Kartoffeln, Vieh, Fleisch, tierische Erzeugnisse einzuführen. Unsere ohnehin so stark passive Handelsbilanz würde damit weiter verschlechtert; ebenso die Kapitalbildung, also müßten die Zinssätze weiter steigen. Wie lange aber noch borgt uns das Ausland? Doch nur so lange, wie wir noch ertragsfähige Pfandobjekte in eigenem Besitz haben. Das hohe Lohnniveau macht bei uns auch eine rationelle Obst-
kult u r unmöglich. Selbst der Kleinbetrieb kommt in der Zeit der Obsternte kaum ohne gegen Lohn beschäftigte Hilfskräfte aus. Die Löhne für Pflücken, Sortieren, Packen stellen sich aber in Deutschland so viel höher als in den wichtigsten Konkurrenzländern: Frankreich, Belgien, Tschechoslowakei, Italien, Oesterreich, daß bei uns auch in Qualitätsware dagegen kaum ankommen ist. Schlecht sortiertes und verpacktes Obst ist aber schwer abzusetzen und erzielt schlechte Preise. Ähnlich im G e m ü s e -
b a u : im Spargel, für dessen Anbau das deutsche Klima im allgemeinen günstig ist, deckt in ungünstigen Jahren wie 1928 der Ernteerlös kaum die laufenden Lohnkosten. Eine vorteilhafte Verwertung von Obst und Gemüse hat bei uns zudem nahe günstige Absatzgelegenheit zur Voraussetzung. Selbst da sind die Preise meist gedrückt; hoch sind sie für Frühobst und Frühgemüse, das aus klimatisch glücklicheren Ländern eingeführt wird.

Die Arbeitslosenunterstützung hat sich besonders nachteilig für die deutsche Forstwirtschaft ausgewirkt. Die landwirtschaftlichen Saisonarbeiter, aber auch solche, die als Hilfsarbeiter im Baugewerbe, im Straßenbau usw. tätig sind, suchten früher während des Winters als Holzfäller Arbeit. Jetzt ziehen sie, statt diese freilich nicht leichte Arbeit zu übernehmen, es vor, zu stempeln. Söhne und Töchter von Kleinbauern verdingen sich in der Erntezeit auf fremden Höfen gegen ver-

hältnismäßig hohe Löhne und beziehen hinterher entsprechend hohe Arbeitslosenunterstützung.

Rationalisierung in der Industrie.

Nicht ganz so nachteilig wie in der Landwirtschaft hat sich bisher die Rationalisierung in der Industrie ausgewirkt. Während des Krieges waren wir von der übrigen Welt abgeschnitten, war die ganze Wirtschaft auf die Bedürfnisse des Krieges eingestellt. Bei der Wiederrückstellung auf Friedensarbeit mußten wir erkennen, daß wir stehen geblieben waren, während die anderen Industriestaaten riesige Fortschritte gemacht hatten. Nicht nur in der Fabrikation von Automobilen, worin wir vorher führend gewesen waren, sondern nahezu in allem und jedem waren uns die andern voraus oder mindestens nachgekommen; z. B. dadurch, daß sie unsere Patente geraubt hatten, wie in Farben und chemischen Erzeugnissen. Die Theorie unserer Gegner, wir befänden uns — weil bei uns nichts durch kriegerische Handlungen zerstört worden sei — auf der Höhe technischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit, war grundverkehrt. Die Riesenleistungen während eines mehr als vierjährigen Krieges gegen eine Welt von Feinden hatten unsern ganzen Produktionsapparat, an dem wir Raubbau hatten treiben müssen, aufs fürchterlichste heruntergewirtschaftet. Und in dem Nötigsten zu seinem Wiederaufbau: Kohlen, Koks, Eisen, Lokomotiven, Waggons, Binnenschiffen, Düngemitteln, Chemikalien, Farben, Maschinen, Vieh usw. legte man uns ungeheure Ablieferungen auf, nachdem man uns wichtigste Eisen- und Kohlenreviere (Lothringen, Saar, Oberschlesien) und fast unsere ganze Handelsflotte weggenommen hatte. In überhasteter, nicht durchweg technisch richtiger Weise wurde Ersatz geschaffen, um neben den aufgezwungenen Sachlieferungen noch das Nötigste für den heimischen Bedarf zu erzeugen. Diejenigen Siegerstaaten, die durch die Kriegereignisse weitgehende Zerstörungen von Betriebsstätten erlitten hatten und deren Wieder- und Erweiterungsaufbau mit überreichen, ihnen

zur Verfügung gestellten Geldmitteln ohne Ueberhaftung in modernster Form vornehmen konnten, haben letzten Endes durch die Kriegszerstörungen gewaltige wirtschaftliche Vorteile erhalten. Frankreich wie Belgien sind in ihren früher nicht selten technisch recht rückständigen Eisen- und Textilfabriken heute der englischen Konkurrenz meist weit überlegen. Wem eine alte rückständige Fabrik abbrennt, ist, wenn er mit der Versicherungssumme eine neue, technisch auf der Höhe stehende errichten kann, eben in glänzender Lage.

Deutschland war kalt abgebrannt, erhielt keine Versicherungssumme, sondern soll den andern noch für allen im Krieg erlittenen Schaden auskommen. Die notwendige Rationalisierung wurde für uns um so schwieriger, als wir durch den Krieg verarmt, unserer Auslandsguthaben beraubt, riesige Sachleistungen und Zahlungen abführen mußten und uns zunächst jeder Auslandskredit abgeschnitten war. Bis Ende 1923 haben wir den Wiederaufbau im wesentlichen aus der Inflation bestritten. Aber, wenn uns dabei in falscher Beurteilung ihres Verlaufes auch das Ausland durch Annahme von Marknoten bis zu einem gewissen Grad behilflich war, so brachte doch die Inflation einen furchtbaren Schleuderausverkauf deutscher Vermögenswerte mit sich. Und selbst den größten Inflationsgewinnern wie Stinnes zerrann hinterher meist das Gewonnene. Eine geordnete Kapitalinvestition war erst nach der Marktstabilisierung wieder möglich; mangels eigener Kapitalbildung mußte sie ganz überwiegend mit teuren ausländischen Krediten bewirkt werden.

Nunmehr zeigte sich, daß ein erheblicher Teil der Inflationsgründungen bei fester Währung nicht lebensfähig war; daß dies selbst auf viele in der Vorkriegszeit durchaus rentablen Unternehmungen zutraf. Es fehlte ihnen an Betriebskapital; die früheren Absatzgebiete waren entfremdet; Steuern, Gebühren und Lasten verteuerten die Produktionskosten so stark, daß der Warenerlös die Herstellungskosten nicht mehr deckte. Und je mehr die Löhne, Sozialausgaben, Frachten und Steuern stiegen, um so mehr konnten sich die Unternehmungen nur durch Rationali-

fierung ihrer Betriebe lebensfähig erhalten, die ihnen ermöglichen, an allen diesen Unkosten zu sparen. Rationalisieren bedeutet, mit einem Mindestmaß von Aufwendungen das Höchstmaß an Leistung und Ertrag zu erreichen. Eine Rationalisierung, die lediglich eine Mehrproduktion erzielt, ohne die Möglichkeit, sie nutzbringend abzusetzen, ist keine; sie ist eine Fehlinvestition.

Auch frühere Zeiten haben große Rationalisierungen gehabt. In der Textilindustrie stellten die Erfindung der Spinnmaschine wie die des mechanischen Webstuhls, in der Eisenindustrie der Ersatz des Puddelofens durch die Flußeisenprozesse die größten dar. Jeder dieser Rationalisierungsprozesse hat zunächst Massen von Arbeitskräften ausgeschaltet, hat zuerst schweres Elend unter den brotlos Gewordenen hervorgerufen. Aber die Warenverbilligung, die sie nach sich zogen, belebten den Verbrauch derart, daß in kurzer Zeit nicht nur die vorübergehend ausgeschalteten, sondern weit mehr Kräfte als vorher beschäftigt wurden. Der Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt wurde damit ein ungleich größerer, die Lebenshaltung allgemein gehoben. Was früher ein Luxus weniger Reicher war, wurde selbstverständliches Bedürfnis der breiten Massen. So ging es nach der Erfindung von Spinnmaschine und mechanischem Webstuhl mit Baumwollwaren, so in der Benutzung der Bahnen mit Reisen usw. Wenn man für einige im Preise stark gesenkte Artikel weniger anzulegen hatte, wuchs die Kaufkraft auch für andere. Der ganze Lebensstandard wurde gehoben.

Rationalisierung, Preise und Löhne in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Die neueste Rationalisierungsepoche nach dem Weltkrieg hat diese Konsumvermehrnde, neue Arbeitskräfte erfordernde Auswirkung nur ganz vereinzelt und keineswegs gleichmäßig in allen Ländern gehabt. Am ausgeprägtesten in der Auto-

mobil- und der Radioindustrie, und da wieder in den Vereinigten Staaten von Amerika. In ersterer ist Ford mit seiner Arbeit am fließenden Band, mit der Organisation des Absatzes, der Versorgung mit Reserve-teilen und mit Betriebsstoff einerseits, mit der ständigen Preis-herabsetzung andererseits bahnbrechend gewesen. Wo man — wie es in Deutschland die Deutschen Werke in Haselhorst und Opel bei der Massenherstellung von Motorrädern taten — den Erfolg allein in der verbilligten mechanischen Massenfabrication suchte, ist der Erfolg ausgeblieben. Auch Ford wäre er versagt gewesen, wenn er das Auto nicht so billig gemacht hätte, daß es zum Bedarfsartikel der breiten Massen werden konnte. Auf knapp 4½ Einwohner entfällt heute in den Vereinigten Staaten ein Auto. Und bei dem Massenabsatz im Innern und den daher auf das einzelne Stück entfallenden minimalen Generalkosten kann natürlich auch die Ausfuhr enorm gesteigert werden.

Die Verbilligung des Radioapparates hat der Rundfunk-industrie ihren riesigen Aufschwung ermöglicht. Ohne die Be-friedigung dieses neu erwachten Unterhaltungs- und Kunstbedürf-nisses würde es auf den einsamen nordamerikanischen und kana-dischen Getreidefarmen gar nicht mehr möglich sein, die Arbeits-kräfte zu halten. In den dichter bewohnten Gegenden, vor allem in den Städten und überall da, wo man elektrische Licht- und Kraftleitungen mit einiger Aussicht auf Erfolg anlegen konnte, hat die elektrische Licht- und Kraftübertragung ein ungeheures Absatzfeld gefunden. Ihre Bequemlichkeit und Sauberkeit, ihre unendlichen Anwendungsmöglichkeiten haben sie zu einem all-gemeinen Volksbedürfnis gemacht. Elektrische Kochapparate, Staubsauger, Plätteisen, Badeöfen, Warmwasserbeschaffer und sonstige Haushaltungsvorrichtungen fehlen in keinem amerikani-schen Haushalt, wo Anschlußmöglichkeit vorhanden ist. Der Elektromotor ist die Kraftquelle des Klein- und Mittelbetriebes geworden, ja im Großbetrieb verdrängt er die frühere Trans-mission mit Wellen und Riemen; jede Arbeitsmaschine wird durch ihren eigenen Elektromotor angetrieben. Die Billigkeit des Mineralöls, seine hohe Wärmekapazität, die niedrigen auf ihm

ruhenden Frachten, haben die Delmotorisierung nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch zahlloser industrieller und handwerklicher Mittelbetriebe nach sich gezogen. In allen diesen Artikeln eines erst in den letzten Jahrzehnten neuentstandenen Massenbedarfs hat die Massenproduktion ebenso wie der freie Wettbewerb auch zu einer beträchtlichen Senkung der Preise geführt, was den Absatz stark belebt hat.

Das hohe Lohnniveau hat zweifellos den Massenbedarf in einigen Artikeln unterstützt. Aber die Rationalisierung hat zu keiner allgemeinen Senkung des Preisniveaus und damit auch nicht zu einer allgemeinen Hebung des Absatzes geführt, so daß es keine Arbeitslosigkeit gäbe. Der amerikanische Großhandelsindex beträgt — obgleich er in den letzten Jahren einen Rückgang erfahren hat — immer noch 147 gegen 134,2 in Deutschland, 140 in England, 126 in Frankreich, 135,4 in Italien, 139 in der Tschechoslowakei. Die Kleinhandelspreise und besonders infolge der Wohnungssteuerung der Lebenshaltungsindex (173) sind weit mehr gestiegen. Bestenfalls wird man in den Vereinigten Staaten die Kaufkraft des Dollars mit 2 RM. derjenigen in Deutschland annehmen können. Da erscheinen viele amerikanischen Löhne keinesfalls besonders hoch. So betragen im August 1928 die durchschnittlichen Wochenverdienste in der Baumwollindustrie 62,25 RM. und waren im Oktober nur um 4,11 RM. höher; in der Tabakindustrie 70,85, in der Düngemittelindustrie 81,5 RM., um freilich in der Automobilindustrie bis auf 144 RM. zu kommen. Bei dem Vergleich mit den deutschen Löhnen muß zudem erwogen werden, daß 1. in Amerika die Arbeitszeit durchschnittlich sehr viel länger ist; nicht einmal im Bergbau kennt man dort einen Achtstundentag; 2. es sich bei den amerikanischen Löhnen um den Durchschnitt der effektiv verdienten Löhne handelt, in Deutschland um tarifmäßige Durchschnittslöhne, die beispielsweise in der Textilindustrie um 23 bis 33 v. H. unter den tatsächlich gezahlten liegen; 3. daß es in den Vereinigten Staaten keine Sozialleistungen, also auch keine Arbeitgeberbeiträge dazu gibt; 4. daß

die durchschnittliche Leistung des amerikanischen Arbeiters höher ist als die des deutschen.

In der „Gartenflora“ vom März 1929 berichtet Heinrich Münch, daß in Großgärtnereien in Massachussetts — also nicht weit von New York — schwächere Kräfte 14 bis 16 Dollar, aber selbst erste Beredler nur 20 bis 25 Dollar in der Woche verdienen, während selbst die ersteren 10 Dollar allein für Wohnung und Essen bezahlen müssen. Das Geldlohniveau steht aber in den Vereinigten Staaten erheblich höher als in andern Ländern.

Knappheit an Arbeitskräften und das daraus sich ergebende hohe Lohnniveau sind stets der größte Anreiz zur Rationalisierung gewesen. Arbeitskräfte sind jedoch in Nordamerika, obgleich die Einwanderung auf geringe Kontingente eingeschränkt ist, nicht mehr knapp. Die Nachfrage nach Kohlen hat mit der starken Zunahme der Mineralölverwendung für Kraftzwecke und mit der besseren Ausnutzung der Kohle in Maschinen wie bei den metallurgischen Prozessen nicht nur relativ, sondern auch absolut stark abgenommen. Die Arbeitslosigkeit ist deshalb im Bergbau eine überaus große. Aber auch in den eigentlichen Fabrikbetrieben ist die Zahl der Beschäftigten im Rückgang. Nach den Erhebungen des amerikanischen Handelsamtes in den „Biennial Census of Manufactures“ ist von 1923 auf 1927 zwar die Zahl der in den Fabriken installierten Maschinen-PS von 33 092 auf 39 032 Millionen gestiegen, die der darin beschäftigten Arbeitskräfte aber von 8 777 000 auf 8 351 000 zurückgegangen. Dabei hat der Bevölkerungszuwachs in dieser Zeit 6,2 Millionen betragen. Die Schätzung von 4 bis 5 Millionen Arbeitslosen im Sommer 1928 erscheint demnach keineswegs übertrieben.*) Wird sie doch auch durch die Erhebungen bestätigt, die die Gewerkschaften unter ihren Mitgliedern veranstalten. Im August 1928 waren danach 24 v. H. der Mauerer arbeitslos; allerdings wird die Bautätigkeit durch die exorbitanten Lohn-

*) In Nordamerika gibt es keine Arbeitslosenstatistik. Die Schätzungen der Arbeitslosigkeit im letzten Sommer schwankten zwischen 1 und 8 Millionen.

forderungen, Arbeitsleistungsbegrenzungen und den Terror der Mauerergewerkschaft stark gedrosselt. Im übrigen haben die Gewerkschaften dort nicht entfernt die Bedeutung wie bei uns. In den Hauptindustrien des Staates New York betrug die Zahl der Beschäftigten im Juli 1926 nur 90, im Oktober 95 v. H. der im Juni 1914 Beschäftigten.

Nach dem gleichen amtlichen Bericht ist von 1923 auf 1927 die Summe der an die Werkstättenarbeiter gezahlten Löhne von 11,008 auf 10,849 Milliarden Dollar gesunken, was auf den Kopf zwar noch eine Steigerung von 2,9 v. H. bedeutet, wogegen in Deutschland allein vom Januar 1925 bis September 1928 die tarifmäßigen Wochenlöhne der Gelernten um 41,6, die der Ungelernten um 42,6 v. H. gestiegen sind! Der Wert der in den nordamerikanischen Werkstätten hergestellten Erzeugnisse hat sich von 1923 auf 1927 um 2,185 Milliarden Dollar erhöht, wovon 444 Millionen Dollar auf vermehrte Materialkosten und 1,74 Milliarden Dollar auf die Wertsteigerung durch den Hersteller entfallen. Jedenfalls ist der Anteil des Arbeitslohns am Sozialprodukt seit 1923 stark zurückgegangen. 90 v. H. des nordamerikanischen Volksvermögens sind in der Hand von 13 v. H. der Bevölkerung. 55 v. H. des Nationaleinkommens entfallen auf Kapitalerträge, nur 45 v. H. auf Arbeitsverdienste. Der Durchschnittslohn des gelernten Arbeiters bleibt wesentlich hinter dem Normalstandard einer fünfköpfigen Familie zurück (Bericht der Federal Trade Commission of the U. S. A. für 1926).

Wenn der zitierte amtliche Biennial-Census-Bericht aus der geringen Zunahme des Werts der Werkstättenenerzeugung auf eine Preisermäßigung der meisten Fabrikate schließt, so war der Großhandelsindex des Bureau of Labor von 1923 auf 1927 nur von 154 auf 149, der des bekannten Statistikers Irving Fisher allerdings von 158 auf 145 gefallen, während nach Bradstreet wie nach Dun sogar eine Steigerung desselben eingetreten ist. Jedenfalls ist im Durchschnitt keine den allgemeinen Verbrauch belebende Preissenkung eingetreten (nach Fisher seit 1926 um 4 v. H.). Der Lebenshaltungsindeks ist sogar von 1923 auf 1927

noch von 170 auf 173 gestiegen. Die gewaltige Rationalisierung seit der Vorkriegszeit hat demnach — von einigen Spezialitäten abgesehen — zu keiner Preissenkung, sondern im Gegenteil zu einer gewaltigen Preissteigerung geführt. Selbst in den Vereinigten Staaten ist die für große Teile der Arbeiterschaft unzweifelhaft eingetretene Erhöhung ihrer Reallöhne durch eine starke Zunahme der Arbeitslosigkeit erkaufte worden.

Jede Rationalisierung erfordert große Kapitalinvestitionen, führt in der Stilllegung nicht mehr rentabel arbeitender Werke (negative Rationalisierung) zu erheblichen Kapitalverlusten. Die Vereinigten Staaten, die in Verfolg des Weltkrieges aus einem Schuldnerland das reichste Gläubigerland geworden sind, konnten diese Verluste ebenso wie die Kapitalinvestitionen unendlich viel leichter auf sich nehmen, als das verarmte kapitalentblößte Deutschland, das dazu weitestgehend Auslandskredite in Anspruch nehmen mußte, die sich doppelt so teuer stellten als für den solche beanspruchenden Nordamerikaner. Das Beispiel von Ford und anderen zeigt zudem, daß sie diese Investitionen vielfach allein aus Gewinnüberschüssen finanzieren konnten, was in Deutschland nirgends möglich war.

Wirtschaftslage und Lohnentwicklung in Großbritannien.

Auch Großbritannien war trotz seiner gewaltigen Kriegsverluste dazu ganz anders in der Lage als Deutschland. Freilich, während Amerika bis zum Krieg mit seiner industriellen Erzeugung fast ganz auf den Inlandsmarkt, ja in beträchtlichem Maß auf die Einfuhr von Fabrikaten angewiesen war, war England damals darin das erste Ausfuhrland der Welt. Während des Krieges hatten andere Länder eigene Industrien entwickelt, die sie nunmehr mit hohen Zöllen oder sonstigen protektionistischen Maßnahmen schützten. Unter dieser industriellen Entwicklung anderer Länder litt zunächst Englands Hauptausfuhrartikel

Steinkohle, bei dem noch der Minderverbrauch infolge des starken Wettbewerbs von Mineralöl wie bessere Ausnutzung des Kaloriengehalts der Kohle hinzukam. Seine Kohlenförderung war 1927 um 37 Mill. t = 12,66 v. H. niedriger als 1913. Von dem Rückgang entfielen fast 27 Mill. t auf die Ausfuhr einschließlich Bunkerkohlen. Infolge stark gestiegener Selbstkosten war und ist diese Ausfuhr zudem nur noch mit erheblichem Verlust möglich. England hatte im Vertrauen auf die günstigen Lagerungs- und Frachtverhältnisse seiner Kohlenreviere freilich unterlassen, seine Gruben technisch auf der Höhe zu halten. Bei den stark gestiegenen Löhnen erwies sich die englische Kohle nach dem mit der Liquidierung des Ruhreinbruchs einsetzenden Preisfall aber als zu teuer, um erfolgreich mit der deutschen, polnischen, niederländischen usw. zu konkurrieren, zumal diese, um ihren Betrieb nicht allzu sehr einzuschränken, da, wo sie mit der englischen Kohle in Wettbewerb treten, ihre Kohle zu besonders niedrigen Preisen abgeben, was übrigens auch seitens des englischen Kohlenhandels geschieht. Die nach dem siebenmonatigen Streik von 1926 eingetretene Ermäßigung der Bergarbeiterlöhne hat die Lage des englischen Kohlenbergbaues nicht durchgreifend zu bessern vermocht. Man wird abwarten müssen, ob die nach der Stilllegung Tausender von kleineren Gruben in Angriff genommene Konzentration und technische Rationalisierung im Verein mit Verkaufssyndikaten eine Gesundung herbeiführen wird. 1928 war für den englischen Steinkohlenbergbau ein Rekordverlustjahr. Die ersten Monate des Jahres 1929 haben sich in Aus- und Nachwirkung der großen Kälte für den englischen Kohlenbergbau wieder günstiger gestaltet. Besonders stark ist die englische Kohlenausfuhr nach Deutschland gestiegen.

Englands Eisenindustrie hat sich ebenfalls nicht auf der Höhe der Vorkriegszeit zu halten vermocht; besonders stark ist ihr Anteil an der Weltproduktion wie an der Ausfuhr gefallen, wenn sie sich auch im laufenden Jahr mit der Belebung des Welteisenmarktes wieder günstiger entwickelt hat. Ähnlich in der Spinnerei. Wenngleich England seine Baumwollspindeln gegenüber 1913 noch um 1,7 v. H. ver-

mehrt hat, ist sein Baumwollverbrauch doch auf 74 v. H. zurückgegangen, und besonders in den amerikanischen Baumwollverarbeitenden Spinnereien herrscht eine dauernde Unterbeschäftigung. Die Ausfuhr von Baumwollgarnen war von 95 300 t in 1913 bis auf 76 444 t in 1926 gesunken und hatte sich in 1927 erst bis auf 90 948 t gehoben. Noch stärker ist der Rückgang der Wollengarnausfuhr, von 36 477 auf 21 470 bzw. 34 844 t, während Frankreich die seine von 14 849 auf 34 844 t zu steigern vermochte. Seine Wollenverarbeitung blieb 1927 um 28 000 t = 12,67 v. H. hinter der von 1913 zurück. Auch die Ausfuhr von Geweben und Konfektion erreicht längst nicht mehr die der Vorkriegszeit. Ähnlich liegt es in vielen anderen Fertigfabrikaten. Großbritanniens Uebergang zum Hochschutzzoll (20 bis 50 v. H. des Warenwerts) in einer Reihe wichtiger Fertigfabrikate hat selbst den geschützten Industrien keineswegs eine befriedigende Geschäftslage gebracht. So hat der hohe Wertzoll auf seine Schneidwaren der Sheffieldscher Industrie nichts genützt. 1928 ist deren Ausfuhr erstmalig sogar hinter der Einfuhr zurückgeblieben. Die Arbeitslosenziffer ist seit Jahren nie unter 1,1 Millionen — ungerechnet die Kurzarbeiter — gesunken.

Im Vergleich mit der deutschen hat sich trotz alledem die englische Ausfuhr nicht gerade ungünstig entwickelt; sie ist im Verkehr heimischer Waren von 10 730 Mill. RM. in 1913 auf 14 503 Mill. RM. in 1927 und 14 470 Mill. RM. in 1928 gestiegen. Wenn die Einfuhr gleichzeitig von 15 704 auf 24 940 bzw. 24 000 Mill. RM. angeschwollen war, so ist die vermehrte Passivität der Handelsbilanz doch durch die erheblich stärker gestiegene Aktivität seiner Zahlungsbilanz weit mehr als ausgeglichen. Die Ueberschüsse der in Plantagen, industriellen und kaufmännischen Unternehmungen seines Kolonialreichs angelegten Kapitalien sind gegen die Vorkriegszeit enorm gewachsen. Die englische Reederei hat den Raumgehalt ihrer Handelsflotte gegen 1913 zwar nur um 625 000 t zu steigern vermocht, aber deren Leistungsfähigkeit hat sehr viel stärker zugenommen, und die um $1\frac{1}{4}$ Mill. t gestiegene Handelsflotte der

englischen Besitzungen ist ebenfalls überwiegend in englischer Hand. Nach dem Board of Trade und der Berichtigung von Keynes betrug 1928 der U e b e r s c h u ß der Einnahmen aus der Schiffahrt 160 Mill. Pfund Sterling, aus Auslandsanlagen 340 Mill. Pfund Sterling, aus kurzfristigen Anlagen und Bankgeschäften 70 Mill. Pfund Sterling, aus sonstigen Dienstleistungen 15 Mill. Pfund Sterling, zusammen 585 Mill. Pfund Sterling, so daß sich nach Abzug des Passivsaldo des Außenhandels ein Aktivsaldo der Zahlungsbilanz von 235 Mill. Pfund Sterling = rund 4750 Mill. RM. ergibt, von denen 2865 Mill. RM. an das Ausland als Anleihen vergeben wurden. 52,1 v. H. der letzteren wurden 1928 an die britischen Besitzungen, nur 4,8 v. H. an Deutschland, 43,1 v. H. an das sonstige Ausland gegeben. Der Aktivsaldo der englischen Zahlungsbilanz geht nach den Berechnungen des Board of Trade sowie englischer Wirtschaftsführer noch über den nordamerikanischen hinaus.

Trotz der enorm wachsenden Kapitalbildung herrscht wie in den Vereinigten Staaten auch in England eine gewaltige Arbeitslosigkeit! Das Kapital beider Staaten sucht eben Betätigung im Ausland, weil die Chancen nutzbringender Verwendung bzw. besserer Rentabilität dort größer sind als im Inland. In letzterem wird diese zu sehr durch die hohen Löhne, in England auch durch die hohen Steuern geschmälert. Der englische Lohnindex stand Ende Januar 1929 in der Baumwollindustrie auf 189, in der Wollindustrie auf 210, in der Kammgarnindustrie auf 236, in der Schuh- und Stiefelindustrie auf 201, in der keramischen Industrie auf 189, in der Ziegelindustrie auf 206. Der Lebenshaltungsindex betrug 165. Im Bergbau betrug dagegen der Lohnindex nur 143; der Reallohn lag also erheblich unter dem vor Kriegsbeginn. Ebenso im Maschinenbau, wo er für Gelernte nur 150, und im Schiffsbau, wo er 143 stand. Im Durchschnitt des Jahres 1928 betrug der Lohnindex für Gelernte 177, für Ungelernte 186. In der keramischen Industrie betrug die Kurzarbeit im Januar 48,8 v. H. (gegen 36 v. H. im Juli 1928), die Arbeitslosigkeit 19 v. H.; in der Schuhindustrie

die erstere 51 v. H. (Juli 60 v. H.), die letztere 16,9 (19,3) v. H. In der Baumwollindustrie die Kurzarbeit 12 (15) v. H., in der Wollindustrie 5 (6,5) v. H., in der Kammgarnindustrie 29,5 (33) v. H.

Als durchschnittliches Resultat ergibt sich, daß — abgesehen von Steinkohlen, für die die weiter oben dargelegten besonderen Verhältnisse vorliegen — die weitgehend auf die Ausfuhr angewiesenen Industrien mit wenig gestiegenen Nominallöhnen ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem Auslandsmarkt bewahrt haben und daher wenig unter Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit leiden, während die, welche wie die Textilindustrie, die Schuh-, die keramische u. a. Industrien das Lohnniveau ganz besonders hoch geschraubt haben, einen höchst ungünstigen Geschäftsgang aufweisen. Die vorwiegend für den heimischen Absatz arbeitenden Industriezweige: Bau-, Brau-, Nahrungsmittel-, Hausrat-, Bekleidungs- usw. -gewerbe zeigen die stärkste Lohnsteigerung, was wesentlich zu den hohen Großhandels- wie Lebenshaltungsindices beiträgt. Die zwecks Rationalisierung vorgenommene Kapitalinvestition ist eben in Löhne zerflossen, hat daher keine Senkung des Preisniveaus, also auch keine beachtliche Verbrauchssteigerung bewirkt; nur die starke Ausschaltung von Arbeitskräften ist zurückgeblieben. England zahlt hohe Löhne auf Kosten von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit. Der Kaufkraft nach ist die Gesamtlohnsumme aller Arbeiter gegen die Vorkriegszeit nicht gestiegen.

Die Entwicklung in Frankreich.

Eine völlig verschiedene Entwicklung zeigt Frankreich. Zwar hat es nicht wie England vermocht, seine Währung auf den alten Wert wiederherzustellen, den Franken vielmehr auf $\frac{1}{5}$ seines Goldwerts stabilisiert. Damit hat es seine innere Schuldenlast entsprechend vermindert, während es bezüglich der äußern mit seinen beiden Gläubigern Großbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika vorteilhafte Abkommen über niedrige Verzinsung und langsam ansteigende Tilgung

getroffen hat. Sein auf über 20 Milliarden Goldfranken geschätzter Besitz an russischen Anleihen ist allerdings völlig verloren. An russischen Privatunternehmungen war es aber nur wenig beteiligt. Sein übriges Auslandsvermögen ist intakt geblieben; sein großes Kolonialreich hat durch wertvolle Teile deutscher Kolonien — wenn auch in der Form von Mandaten — und durch den faktischen und gesicherten Besitz fast ganz Marokkos einen erheblichen Zuwachs erfahren. Das industriell hochentwickelte Elsaß-Lothringen und die Saargruben haben seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit außerordentlich erhöht. Für jede im Krieg verlorene Lokomotive, für jeden Waggon, jedes Gerät oder Vieh, mochte es sich auch um noch so abgewirtschaftete wertlose Objekte handeln, hat ihm Deutschland höchstwertigen Ersatz leisten müssen. Den **Wieder**aufbau der zerstörten Gebiete — vor allem ihrer Gruben und Fabriken — hat es in modernster Form und wesentlich gesteigerter Leistungsfähigkeit vollzogen. Trotz der großen Beihilfen, die es dazu von Deutschland erhalten hat, ist der wirtschaftliche Aufstieg Frankreichs eine sehr bedeutsame eigene Leistung. Sein **Produktions**index betrug (1913 = 100) 1928: 127 (Gr.-Britannien 104,3, Deutschland 109,6, Vereinigte Staaten 155), bei der Rohlengewinnung je Kopf 122,1, in der Roheisenerzeugung 181,8, Rohstahlgewinnung 187,9, Maschinenerzeugung (1925) 129,4, Teerfarben (1925) 324,5, Ammoniumsulfat (1927) 234,4, Kunstseide (1927) 762,5. Rückgängig war (1909 bis 1913 = 100) die Produktion von Brotgetreide (1924 bis 1928) auf 81,6, von Futtergetreide auf 89, von Zucker auf 86. Der Index der Baumwollspindeln stieg auf 121, der Seeschiffstonnage auf 138, der des Automobilbestands auf 1031, der Einfuhr (1928) auf 129,7, der Ausfuhr auf 153,8. Kurz — bis auf den Rückgang der Getreide- und Zuckergewinnung — alles Zeichen eines glänzenden wirtschaftlichen Aufstieges, wozu freilich der starke Zuwachs der elsass-lothringischen Produktionskapazität erheblich beigetragen hat. Nach der Revue d'économie politique betrug der **Aktiva**ldo der laufenden Posten der französischen Zahlungsbilanz 1926: 12 015 Mill. Fr., 1927: 10 534 Mill. Fr. Der

Rückgang erklärt sich hauptsächlich daraus, daß die Einnahmen aus dem Reiseverkehr 1926 mit 13, im folgenden Jahr nur mit 6 Milliarden Fr., ebenso die Frachteinnahmen um 400 Mill. Fr. niedriger eingesezt sind. Es waltet dabei offensichtlich das Bestreben vor, die Aktivität der Zahlungsbilanz möglichst niedrig erscheinen zu lassen. Auch der Passivposten: 1000 Mill. Fr. Ueberschuß der Einfuhr aus den französischen Kolonien ist, da ihm kein entsprechender Einnahmeposten gegenübersteht, in dieser Höhe sicher nicht vorhanden. Nach den Schätzungen ernster Sachverständiger hat der Aktivsaldo der laufenden Posten der französischen Zahlungsbilanz 1928 mindestens 15 Milliarden Franken = 2,4 Milliarden RM. betragen und ist im weiteren Steigen. Frankreich ist heute wieder einer der größten Geldgeber ans Ausland.

Wenn es keine Arbeitslosigkeit kennt, so keineswegs nur wegen der hohen Ziffer seines Heeres und seiner Marine. 1927 hatte es einen Wanderungsgewinn von rund 90 000 zu buchen, der den jährlich neu zum Militär Eingezogenen gegenübersteht. In ihm sind zudem nicht die vorübergehend einreisenden Wanderarbeiter einbegriffen, die namentlich aus Italien, Spanien, Belgien kommen. Frankreich benötigt eben in erheblichem Maß ausländische Arbeitskräfte.

Der Großhandelsindex Frankreichs hält sich, trotzdem er seit 1927 ständig — wenn auch unbedeutend — gestiegen ist, während er in den meisten andern Ländern einen leichten Rückgang zeigte, weit unter dem amerikanischen, englischen, deutschen usw. Im Januar 1929 betrug er 126,2 gegen 139 bei uns. Ende Mai 1928 betrug der Lebenshaltungsindex 106. Er soll seitdem auf 121 gestiegen sein; jedenfalls steht der Pariser Kleinhandelsindex auffällig tief unter dem Großhandelsindex, ein Zeichen dafür, daß die Verarbeitungs- und Verteilungskosten in Frankreich gegen die Vorkriegszeit wesentlich zurückgegangen sind. In Deutschland war er im Januar 153,1 und bis März auf 156,5, ohne Wohnung sogar bis auf 164,2 gestiegen, Ende April war er einschließlich Wohnung 152,1.

Die französischen Löhne stehen tief unter denen der anderen großen Industriestaaten. Ihr Niedrighalten hat es ermöglicht, den Kleinhandelsindex wie den Lebenshaltungsindex auf so tiefer Stufe zu halten. Im französischen Steinkohlenbergbau betrug der durchschnittliche effektive Lohn, nachdem er im Laufe des Jahres 1928 erhöht worden war, pro Schicht 38 Fr. = 6,156 RM., der der Untertagearbeiter 41 Fr. = 6,64 RM. In Deutschland für Gedingehauer 9,86, für Ubertagearbeiter (ausschließlich Handwerker) 7,05 RM. (im Ruhrrevier 10,16 bzw. 7,41 RM.). Seit Jahresfrist sind die Löhne ein wenig gestiegen.

Selbst da, wo ein unmittelbarer Wettbewerb zwischen deutschen und französischen Arbeitern stattfindet, wie in der *R h e i n s c h i f f a h r t*, sind die französischen Löhne um über 23 v. H. niedriger als die deutschen. Allgemein dürften sie um mindestens 30 v. H. unter ihnen stehen. Speziell in der Textilindustrie noch weit tiefer unter denen der englischen Textilarbeiter. 1928 war die deutsche Ausfuhr nach England um 420 Mill. RM. niedriger als 1913, die Frankreichs dorthin fast genau um die gleiche Summe höher. Bei dem niedrigen Lohnniveau und der günstigen Ausnutzung der industriellen Kapazität arbeitet trotz der niedrigen Warenpreise die französische Industrie mit sehr befriedigender Rentabilität; sie bildet in erheblichem Umfang aus Uberschüssen neues Kapital. Bei dem niedrigen Kleinhandels- bzw. Lebenshaltungsindex ist auch die Lebenshaltung der französischen Arbeitnehmer trotz der niedrigen Nominallöhne keineswegs ungünstig; sie steht über der der Vorkriegszeit. Der billige Zinssatz — der Pariser Privatdiskont ist mit 3,37 Prozent weitaus der niedrigste der Welt — erleichtert Kapitalinvestitionen für Rationalisierungen. Hier haben sie ihren Zweck erfüllt, haben, statt Arbeitskräfte brach zu legen, das Preisniveau gesenkt und damit den Konsum belebt. Frankreich fühlt sich heute zum erstenmal seit 200 Jahren England wirtschaftlich überlegen. Nach Pierre Lyautey „La bataille économique“ (Paris 1929) beruhen Englands Fehler hauptsächlich „in der Aufblähung des Staatsbudgets, das den Rentner begünstigt, dem Beamten einen

höheren Lebensstandard als vor dem Kriege verschafft und eine zu weitgehende Sozialpolitik finanziert, und in dem übertriebenen Konsum- und Komfortbedürfnis aller Klassen, das wegen der hohen Löhne die Exportindustrien unfähig macht".

Von all dem hat sich Frankreich frei gehalten, daher sein wirtschaftlicher Aufschwung. Bis auf die „Begünstigung der Rentner“ hat das verarmte Deutschland sie aber alle in schwerster Weise begangen.

Entwicklung in Belgien.

Ähnlich liegt es in Belgien: Auch dort eine sogar noch etwas stärkere Produktionsentwicklung (Index 131) der Kohlenförderung (119 je Kopf), der Rohstahlgewinnung (155), der Kunstseidenerzeugung (460), der Baumwollspindeln (130), der Schiffstonnage (138,6). Nur in der Maschinenerzeugung ist der Index auf 69,5 je Kopf in 1925 zurückgegangen, ebenso bei Zucker auf 87,7. Während 1928 die Einfuhr mit 4600 Mill. Goldfranken noch etwas unter der von 1913 zurück blieb, war die Ausfuhr mit 4100 Goldfranken um 13,1 v. H. höher. In der ersten Hälfte des Jahres 1928 betrug der Großhandelsindex 120 bis 121. Die Löhne der unter Tage beschäftigten Bergarbeiter waren 1927 mit 5,75 RM. je Schicht gegen die Vorkriegszeit um 9, die der Ubertagearbeiter mit 4,47 RM. um 22 v. H. höher als 1913. In den andern Industrien dürfte die Steigerung keinesfalls größer sein. 1928 haben die Löhne gegen das Vorjahr keine nennenswerte Veränderung erfahren. Der Kleinhandels- bzw. der Lebenshaltungsindex dürfte ähnlich wie in Frankreich beträchtlich unter dem Großhandelsindex liegen. Brauchbare Zahlen lagen mir darüber nicht vor. Die Arbeitslosigkeit war 1928 noch geringer als im Vorjahr. Im September 1928 wurden nur 3464 völlig Arbeitslose und 20 561 teilweise Arbeitslose (Kurzarbeiter) gezählt, das waren zusammen 3,9 v. H. der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten. Die wirtschaftliche Lage des Landes ist gesund, die Kapitalbildung im Wachsen.

Die Wirtschaftsentwicklung in der Tschechoslowakei.

Von den Nachfolgestaaten Oesterreich-Ungarns ist die Tschechoslowakei der wirtschaftlich bestfundierte. Fruchtbarer Boden, günstige klimatische Verhältnisse, Reichtum an gut gepflegten Wäldern, reiche Mineralschätze und Heilquellen, eine arbeitsame sparsame Bevölkerung, in Elbe und Donau leistungsfähige Wasserstraßen; sie und ein gut ausgebautes Verkehrsnetz gestalten ihre Bezugs- und Absatzbedingungen günstig. Die Zerschlagung des einheitlichen österreichisch-ungarischen Wirtschaftsgebietes hat freilich ihre Absatzlage wesentlich verschlechtert, um so mehr, als die Nachfolgestaaten sich durch hohe Zollschranken voneinander abschließen. Trotzdem ist die wirtschaftliche Lage des Landes günstig und würde ohne die hohen Rüstungsausgaben noch weit vorteilhafter sein. Es hat gegenüber der Vorkriegszeit seine Steinkohlen- und Roheisenzeugung um 20, die von Roheisen um 30, von Stahl um 36 v. H. zu steigern vermocht. Seine Ausfuhr erreichte 1928 die Summe von 2575 Mill. Reichsmark und überstieg die Einfuhr um 254 Mill. RM.

Dabei hat der Großhandelsindex die immerhin beachtliche Höhe von 136 erreicht, wobei freilich zu beachten ist, daß die Preise vor dem Krieg verhältnismäßig niedrig waren. Auch heute sind sie im Kleinhandel recht billig; in Wechselwirkung damit auch die Löhne. Im Steinkohlenbergbau betragen sie je Schicht für Untertagearbeiter 5,36, für Ubertagearbeiter 4,12 RM. gegen 8,94 bzw. 5,44 RM. im benachbarten Westoberschlesien und 10,16 bzw. 7,41 RM. im Ruhrrevier. Noch weit größer ist der Unterschied gegenüber den in der deutschen Industrie gezahlten Löhnen in der Textil-, der Papier-, der Holz-, der Porzellan-, der Glas-, der Zucker- und der Schuhindustrie, wo sie 40 v. H. und mehr niedriger stehen als in Deutschland. In Zucker, Garnen und Geweben, in Schuhen, in Geschirrporzellan und Glas wie in Holzwaren hat sich darüber die Tschechoslowakei zu einem immer gefährlicheren Konkurrenten Deutschlands, Englands und anderer Industriestaaten entwickelt. Hand

in Hand damit ist die Arbeitslosigkeit stark zurückgegangen. Im letzten November betrug sie nur 29 400, während gleichzeitig 21 145 Stellen offen waren.

Die Wirtschaftslage Oesterreichs.

Wesentlich ungünstiger haben sich die wirtschaftlichen Verhältnisse Oesterreichs gestaltet. Seiner Zwei-Millionen-Hauptstadt Wien ist nur ein Hinterland mit $4\frac{1}{2}$ Millionen Einwohnern gegen früher 50 Millionen verblieben, das zudem größtenteils weit von der Hauptstadt entfernt liegt. Der Verlust des zollgeeinten großen Absatzgebiets ist für Oesterreich um so schlimmer, als ihm die Hochschutzzollpolitik der andern Nachfolgestaaten den Absatz seiner verfeinerten Fertigerzeugnisse unsagbar erschwert. Seine Handelsbilanz ist darüber ständig stark passiv; so 1926 mit 630 Mill. RM, 1927 mit 620 Mill. RM., 1928 dürfte die Passivität freilich geringer gewesen sein. Wenn dies auch hauptsächlich auf die bessere Ernte und damit verringerte Einfuhr zurückzuführen ist, so zeigt doch auch die Ausfuhr von Fabrikaten eine Zunahme. Auch stellt sich die österreichische Zahlungsbilanz einerseits durch den sehr starken Reiseverkehr von Ausländern sowohl in Wien wie in den Alpenländern, durch die erheblichen Transportleistungen der österreichischen Bahnen für fremde Rechnung und durch den Auslandsbesitz von Oesterreichern vornehmlich in den andern Nachfolgestaaten wesentlich günstiger als die Handelsbilanz. Doch leidet das Land, das zudem die Pensionslasten aller Beamten und Militärs des alten Eisleithaniens und die Kriegsbeschädigtenrenten zu tragen hat, schwer unter Steuerlast und Kapitalmangel. Das und die verringerte Absatzmöglichkeit haben denn auch eine sehr hohe Arbeitslosigkeit gezeitigt, die selbst in den Zeiten der größten Nachfrage nach Arbeitskräften nicht unter 120 000 zurückgeht und in den Wintermonaten bis über 240 000 ansteigt; für eine Bevölkerungszahl von 6,5 Millionen sehr hohe Ziffern! In Wien standen die Wochenverdienste der Metallarbeiter im Herbst 1928 für Gelernte auf 45 RM. im Afford,

auf 36,3 im Zeitlohn; für Ungelernte auf 33,9 bzw. 27 RM., für Baumwollspinner und Facharbeiter in der chemischen Industrie um 7 bis 15 v. H., für gelernte Tischler bis zu 25 v. H. höher. Im Verhältnis zu den in deutschen Großstädten gezahlten Löhnen erscheint das niedrig, ist aber im Hinblick auf die überaus billigen Zwangsmieten und einen Gesamtlebenshaltungsindeks von 106 keineswegs besonders ungünstig. Der Versuch, sie erheblich zu steigern, würde sich in einem Rückgang der Ausfuhr und damit in einer Steigerung der Arbeitslosigkeit auswirken.

In Oesterreich ist die Kapitalbildung überaus gering, was die Rationalisierung stark erschwert, zumal die Heranziehung von Auslandskapital trotz des hohen Bankdiskonts von 7,5 Prozent nur schwer möglich ist. In Wien ist das im Hausbesitz stehende Kapital durch die Gesetzgebung völlig ertragslos gemacht; auch in der Landwirtschaft wie in der Industrie lassen die riesigen Steuerlasten eine Neubildung von Kapital nur in seltenen Fällen und in verschwindendem Maß zu.

Die Wirtschaftslage in Polen.

Fast noch schlimmer liegen die Verhältnisse in Polen, wo das industrielle Kongresspolen sein eigentliches Absatzgebiet: Rußland, und die ehemals deutschen Ostmarken und Oberschlesien den deutschen Markt verloren haben. Für beides gewährte das im Krieg unsagbar verwüstete Galizien nicht im entferntesten einen Ersatz. Die Ausfuhr polnischer Kohlen — insbesondere auf große Entfernungen — erfolgt seitens der Gruben ohne Gewinn, ja z. T. mit direktem Verlust, nur zu dem Zweck, Devisen zu beschaffen. Vorteilhaft ist dagegen die Ausfuhr von Zink, Blei, Schwefelsäure und Walzeisen aus Ostoberschlesien. Die große polnische Textilindustrie ist dagegen selbst auf den südosteuropäischen Märkten nicht wettbewerbsfähig. Der ungeheure Kapitalmangel und die riesigen Steuern verhindern eine gründliche Rationalisierung. Fast nur da, wo amerikanisches Kapital in den vormals deutschen Unternehmungen führend ist, konnte sie durchgeführt werden. Polen deckt nicht

entfernt seinen Weizenbedarf, nur nach besonders guten Ernten seinen Roggenbedarf. Von landwirtschaftlichen Produkten gelangen in größerem Umfang zur Ausfuhr: Hafer, Futtergerste, Kartoffeln, Zucker, Schweine, Geflügel, Eier, Butter und Hopfen. Aber selbst in Lebensmitteln (ohne Tiere) war die Handelsbilanz in den letzten Jahren mit 27 bis 30 Mill. RM. passiv, unter Hinzurechnung der Ausfuhr von Schweinen 1928 allerdings mit 70 Mill. RM. aktiv. Der wichtigste Ausfuhrartikel ist Holz.

Die polnische Handelsbilanz hat sich seit 1926, wo nach einer besonders reichen Ernte die Einfuhr den niedrigsten Stand von 725 Mill. RM. bei einer Ausfuhr von 1060 Mill. RM. erreichte, ständig verschlechtert. 1928 wertete die Einfuhr 1590 Mill. RM., die Ausfuhr 1185 Mill. RM. Aber die Zunahme der Einfuhr erstreckt sich — abgesehen von Getreide — hauptsächlich auf Produktionsmittel; sie machte im letzten Jahr in Maschinen, Apparaten und elektrotechnischen Erzeugnissen 195 Mill. RM., 55 Mill. RM. mehr als in 1927 aus. In Fahrzeugen stieg sie von 32 auf 55 Mill. RM., in Chemikalien und Farben von 126 auf 125 bzw. auf 145 Mill. RM., in Papier und Papierstoffen von 36 auf 55 Mill. RM. Alles Zeichen einer zunehmenden industriellen Tätigkeit. Sie drückt sich auch darin aus, daß von 1924 auf 1928 der Inlandsverbrauch von Steinkohle von 16,127 auf 23,581 Mill. t gestiegen ist, d. i. um 46,25 v. H., während die Förderung Gesamtpolens mit 40,423 Mill. t die 1913er von 40,972 Mill. t nahezu wieder erreicht hat, obgleich ihr der deutsche Markt völlig verschlossen ist. Wenn auch die Ausfuhr zu Schleuderpreisen erfolgt, erreichte sie 1928 doch den respektablen Wert von 160 Mill. RM. Auch die Rohzinkerzeugung hatte sich der Vorkriegsziffer von 192 300 t bis auf 161 800 t, die Bleigewinnung der von 1913 mit 42 000 t wieder auf 36 245 t angenähert; beide sind dank der mit amerikanischer Beteiligung erfolgten durchgreifenden Rationalisierung wieder in lebhaftem Aufschwung. Einschließlich der Bleche und sonst daraus gewonnenen Halbfabrikate wertete die Ausfuhr 125 Mill. Reichsmark.

Die R o h e i s e n p r o d u k t i o n hatte 1928 mit 684 000 t freilich erst 68 v. H. der Vorkriegserzeugung erreicht, die Rohstahlfabrikation mit 1 438 000 t bereits 87 v. H. und die Erzeugung von Walzeisen mit 1 050 000 t sogar 90 v. H. Die Fabrikation gezogener Röhren hat sich von 1927 auf 1928 von 43 974 t auf 54 031 t gehoben. Entsprechend hat sich auch die Ausfuhr in Schienen von 1926 auf 1928 fast verdreifacht, in Blech um fast 40 v. H., in Röhren sich um 107 v. H. gehoben.

Weniger günstig entwickelte sich in den letzten Jahren die M i n e r a l ö l i n d u s t r i e, aber der Ausfuhrwert ihrer Produkte überschritt 1928 doch $\frac{1}{4}$ Milliarde RM.

Recht unbedeutend ist die Ausfuhr in Erzeugnissen der Maschinen- und Werkzeugindustrie, die noch keine 4 Mill. RM., der Papier- und Zelluloseindustrie mit noch nicht 3,5 Mill. RM. Wert. Wieviel von der Ausfuhr von Textilmaterialien und -erzeugnissen von 73 Mill. RM. auf Rohstoffe — Flachs und Wolle —, wieviel auf Fabrikate entfällt, läßt die Statistik leider nicht erkennen. Die Zunahme der Ausfuhr ist unbedeutend. Von fertiger Kleidung wurden nur für 3,4 Mill. RM. ausgeführt. Die für Polen überaus wichtige Ausfuhr von rohem und gesägtem Holz war 1928 mit 285 Mill. RM. um 22 Mill. RM. niedriger als 1927.

Alles in allem zeigt die polnische Wirtschaft, wenn auch mit Recht über die enormen Steuern, die furchtbare Kapitalknappheit, den ungeheuerlichen Zinsfuß, den schlechten Zahlungseingang, die hohe Ziffer von Wechselprotesten und Konkursen bitter geklagt wird, einen unverkennbaren Aufschwung. Die zunehmende Industrialisierung verringert die Arbeitslosigkeit, die von 350 000 im März 1926 auf 94 000 im Dezember 1928, speziell in der Eisenhüttenindustrie von 10 000 auf 1000, in der Metallindustrie von 20 800 auf 5300 zurückgegangen ist. Allerdings wird die Arbeitslosigkeit der landwirtschaftlichen Arbeiter nicht erfaßt. Das schwerste Hemmnis ist der furchtbare Kapitalmangel und die darüber ruinösen Kreditverhältnisse.

Wenn trotz der unfähigen und vielfach schikanösen öffentlichen Verwaltung, der ungeheuren Steuerlasten, der furchtbaren

Kapitalknappheit und des Verlustes der natürlichen Absatzgebiete dieses immerhin beachtenswerte Ergebnis erzielt worden ist, so nur, weil man die andern Produktionskosten — vor allem Löhne und Frachten — auf extrem niedrigem Niveau gehalten hat. Die polnische Wirtschaft versucht sich „großzuhungern und großzuarbeiten“. Die Bergarbeiterlöhne in Oberschlesien machen nur 55 v. H. der in Westoberschlesien aus; nicht ohne schwere Sorge sieht man dort einem monatlichen Kohleneinfuhrkontingent von 350 000 t Steinkohle aus Polen entgegen, von dem man weitgehende Arbeitslosigkeit und schweren Preisdruck befürchtet, Ähnliche Sorgen äußert — wenn auch mit weniger Grund — die deutsche Landwirtschaft bezüglich eines Einfuhrkontingents für polnische Schweine. Deren Einfuhr würde sich freilich nicht bei Preisen rentieren, wie sie vom Herbst 1927 bis zum Juni 1928 bei uns infolge inneren Ueberangebots bestanden.

Andererseits würde der endliche Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages weiten Kreisen der deutschen Industrie Vorteile bringen, sofern dessen Zölle nicht prohibitiv wirken. Auch ohne ihn steht Deutschland in Polens Einfuhr mit 26,9 v. H., in seiner Ausfuhr mit 34,3 v. H. an erster Stelle.

Die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse Australiens.

Es ist von Interesse, an dieser Stelle auch die Entwicklung eines Landes zu betrachten, das vom Weltkrieg so gut wie unberührt geblieben ist und alle Vorteile günstigen Klimas, guten Bodens, großer Mineralschätze, vorteilhafter Siedlungs- und Absatzmöglichkeiten bei reichlicher und billiger Kapitalzufuhr genießt, des **A u s t r a l i s c h e n B u n d e s**. Eines Landes fortgeschrittenster Sozialpolitik, weitgehenden Staatseinflusses auf das Arbeitsverhältnis und vollständiger gewerkschaftlicher Organisation aller industriellen Arbeitnehmer; eines Landes, das seine industrielle Entwicklung zudem durch riesige Zölle und seine Seeschifffahrt durch das Fernhalten anderer Flaggen von der Küstenschifffahrt zu befördern versucht.

Seine angebliche glänzende Entwicklung gilt den Befürwortern der Gewerkschaftsbewegung ebenso wie den Anhängern des Protektionismus als schlagender Beweis ihrer Theorien. Wie steht es in Wirklichkeit mit dieser Entwicklung?

In sozialdemokratischen, wie auch in anderen Gewerkschaften hat die Regelung der Arbeitsbedingungen in Australien durch die dortigen Gewerkschaften bis in unsere Tage hinein als mustergültiges Vorbild gegolten. Die „glänzende Entwicklung, der wachsende Reichtum Australiens“ wurden auf ihre Rechnung gesetzt; damit sollte bewiesen sein, wie eine solche mit höchsten Löhnen, kürzester Arbeitszeit und überhaupt mit der sozialistischen Beherrschung der Arbeitsgesetzgebung durchaus vereinbar sei. So heißt es in dem umfassenden Werk von Bilschowski über das Schlichtungswesen:

„Das gewerbliche Schieds- und Schlichtungswesen, die gesetzlichen Lohnausschüsse, die obligatorische Schiedsgerichtsbarkeit haben in Australien ganz außerordentlich günstige Erfolge gehabt, die einzig dieser sozialpolitischen Gesetzgebung zu verdanken sind Nach dem Urteil zahlreicher hervorragender Sozialpolitiker sind die sozialpolitischen Verhältnisse Australiens äußerlich die günstigsten der Welt.“

Etwas zweifelhaft wurde die öffentliche Meinung freilich, als der australische Hafnarbeiterstreik zu so groben Ausschreitungen der Streikenden führte, daß die bewaffnete Macht nachdrücklich dagegen eingesetzt werden mußte. Diese Zweifel wurden stärker, als die australische Bundesregierung eine British Economic Mission, bestehend aus so angesehenen Wirtschaftsfachverständigen wie D. D. Malcolm, Sir Arthur Duddham, Sir Hugo Hirst und Sir Ernest Clark, zum Studium der wirtschaftlichen Verhältnisse Australiens und zu Ratschlägen für die weitere ökonomische Entwicklung des Landes einlud. Deren Bericht liegt jetzt vor und übt an der Finanzgebarung wie an der industriellen Arbeiterbewegung Australiens scharfe Kritik. Da die dortige Arbeiterpartei lange Jahre an der Regierung war, richtet sich die Kritik der Finanzgebarung ganz besonders gegen die

von dieser Partei verfolgte Politik. Die wichtigsten Bemängelungen sind:

1. Die öffentliche Hand in Australien borgt zuviel.

2. Das geborgte Geld wird oft nicht so weise gebraucht, wie es wünschenswert wäre.

3. Es sind zuviel Regierungsunternehmungen da, die rentabler als Privatunternehmungen geführt werden können.

4. Das australische Schlichtungs- und Lohnämterssystem hat den Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern immer mehr verschärft anstatt die Kluft zu überbrücken.

Gerade auf diesem Gebiete ist Australiens Gesetzgebung — weil angeblich dem Frieden im Arbeitsverhältnis besonders fördernd — weitgehend vorbildlich für die deutsche Regelung gewesen. Bei uns hat sie den erstrebten Zweck ebensowenig erreicht; hat das Verantwortlichkeitsgefühl beider Parteien vielmehr stark herabgedrückt und die Gegensätze verschärft; hat vor allem eine ruhige stetige Entwicklung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht auskommen lassen. Es wird für uns sehr lehrreich sein, die nähere Begründung der scharfen Kritik der englischen Sachverständigenkommission kennen zu lernen. Freilich, Herr Arbeitsminister Wissell steht trotz der üblen Erfahrungen, die er mit seiner Schlichtertätigkeit im Ruhrkampf gemacht hat, unentwegt auf dem Standpunkt, am deutschen Schlichtungswesen und an seiner Handhabung durch ihn sei nicht das geringste zu ändern.

5. Die Verwaltungen der Staatseisenbahnen sollten von allen politischen Einflüssen unabhängig sein und dafür verantwortlich gemacht werden, daß die Bahnen einen Nutzen abwerfen, anstatt wie bisher Defizite zu erleiden.

Wenn deren traurige finanzielle Ergebnisse auch zum Teil darauf beruhen, daß man Bahnen in Gegenden gebaut hat, zu deren Erschließung zurzeit noch kein wirtschaftliches Bedürfnis vorliegt, da in den bereits erschlossenen Gebieten noch ein Ueberfluß an Siedlungsland besteht, so liegt, wenn sie auch in dichter bevölkerten Gegenden unrentabel sind, dies doch vor allem an den von den Eisenbahnergewerkschaften erzwungenen andauernden Lohnsteigerungen und Dienstzeitverkürzungen.

6. Als die ernsteste und schwierigste Frage aller australischen Probleme bezeichnet die British Economic Mission den australischen Schutzzolltarif und die Staats- und Bundesgesetzgebung in bezug auf die Arbeitsverhältnisse und Löhne. Mit Besorgnis stellt sie fest, daß die dauernd steigenden Zollerhöhungen die Entwicklung des Landes und seine Fähigkeit, eine größere Bevölkerung zu ernähren, in weitgehendem Maße lähmen. Dringend wird eine unabhängige wissenschaftliche Prüfung der ganzen Zollfrage gefordert, ebenso wie des Problems der Reduktion der Gesteungskosten ohne Herabdrückung der Lebenshaltung des Arbeitnehmers.

In Australien sind gerade die Industriearbeiter die ärgsten Hochschutzzöllner, weil sie sich sagen, daß ohne die Riesenzölle ihnen unmöglich so hohe Löhne gezahlt werden könnten. Freilich stellen sie nicht die Rechnung an, wie weit damit ihre eigene Lebenshaltung verteuert und die Entwicklung Australiens hintangehalten wird. Alle gewaltigen Staatsausgaben zur Förderung der Einwanderung und der Besiedlung des Landes halten deren Rückgang nicht auf. 1927 betrug der Ueberschuß der Einwanderung noch 51 112 Personen, 1928 nur noch 28 671!

Einem Aufsatz von Professor Adolf Weber in der „Sozialen Praxis“ vom 24. Januar 1929 entnehme ich: Von 1914 bis 1925 war die Gesamtproduktion Australiens rückläufig. Trotzdem stiegen unter Einwirkung

der Gewerkschaften und des Zwangsschiedsverfahrens die Löhne dauernd. Darüber auch der Kleinhandelsindex von 880 in 1901 auf 1722 in 1925. Die industrielle Ausfuhr war an der Gesamtausfuhr nur mit 5,7 v. H. beteiligt, die Landwirtschaft mit mehr als 80 v. H. Sie wurde von der künstlichen Lohnsteigerung direkt nur wenig betroffen, teils, weil bei der äußerst extensiven Bewirtschaftung des jungfräulichen Bodens in Verbindung mit der verhältnismäßig starken Kapitalverwendung (Maschinen) die Farmer mit ihren Angehörigen die Arbeit allein verrichten, teils aber auch, weil große Teile der Landarbeiterschaft von der sozialen Gesetzgebung ausgenommen sind. Sie leidet aber insofern darunter, als ihr ihre industriellen Bedarfsartikel durch Zölle und künstliche Steigerung der Löhne der Industriearbeiter verteuert werden. „Die Industrie kann die hohen Löhne aber nur deshalb tragen, weil sie gegen die auswärtige Konkurrenz durch Schutzzölle geschützt ist, die mit Steigerung des Lohnniveaus immer weiter getrieben werden.“

In der Bergwerksindustrie, wo Schutzzölle sinnlos wären, hat denn auch die australische Gewerkschaftspolitik zu einem enormen Produktionsrückgang geführt. So ist die Steinkohlenförderung von 24 387 000 t in 1911 auf 14 461 000 t in 1926 zurückgegangen; die Bleierzförderung von 420 000 t in 1907 auf 282 000 t in 1928, die Zinnerzgewinnung von 7900 t in 1913 auf 2800 t in 1927. Die Goldgewinnung, die 1905 noch 129 300 kg erreichte, war bereits 1913 auf 69 162 kg gesunken, um bis 1927 weiter auf 15 732 kg zu fallen. Das alles hat keineswegs seine Ursache in einer Erschöpfung der australischen Lagerstätten, sondern allein in der Verteuerung der Produktionskosten durch höhere Löhne, Materialpreise und niedrigere Leistung.

Die australische Navigationsakte, die die Rüstenschiffahrt Australien und dem Mutterlande vorbehält und von anderen Erdteilen kommenden Schiffen nicht einmal das Anlaufen zweier australischer Häfen auf einer Fahrt

erlaubt, hat die Erwartung einer Zunahme der australischen Reederei in keiner Weise erfüllt. Sie brachte eine völlige Enttäuschung und hat die australische Wirtschaft schwer geschädigt. Soeben hat wieder eine etwa zehnpromzentige Erhöhung der australischen Heuerlöhne stattgefunden, die die australische Schifffahrt in jeder anderen Fahrt als der ihr vorbehaltenen Küstenschifffahrt völlig wettbewerbsunfähig machen muß.

Wenn 1914 in der „Economic Review“ der Sachverständige E g e r t o n schrieb: „Das australische System kann nur da mit Erfolg durchgeführt werden, wo die Industrie nicht im Wettkampf am Weltmarkt steht und wo ihr hohe Schutzzölle die unbedingte Herrschaft über den Innenmarkt sichern,“ so hat uns das Beispiel Englands die Richtigkeit dieses Satzes bewiesen. Dessen exorbitante Schutzzölle von 33½ bis 50 Prozent auf Waren, die es im Interesse der heimischen Erzeugung fern halten will, haben es nicht exportkräftiger gemacht und ebensowenig eine riesige Arbeitslosigkeit verhindern können.

Die Lage der deutschen Industrie.

Deutschland, das durch den Krieg in schwerste wirtschaftliche Bedrängnis gekommen ist und alles daransetzen muß, seine industrielle Ausfuhr zu heben, hat alle Ursache, das verfehlte australische Experiment nicht länger nachzumachen, sondern aus dessen Mißerfolgen die nötigen Konsequenzen zu ziehen.

Deutschland hat seit 1924 seine industrielle Produktion beträchtlich gehoben, wenn es ihm auch nicht gelungen ist, sie wieder auf Vorkriegshöhe zu bringen.

Steinkohle.

In Steinkohle, wo es so wichtige Produktionsgebiete wie Ostoberschlesien, Lothringen und — vorübergehend — auch das Saarrevier verloren hat, blieb die Steinkohlenförderung mit 150 876 000 t hinter der des alten Reichsgebiets in 1913 noch zurück, überstieg aber die des heutigen Gebietsumfanges monatlich noch um mehr als eine Million t gleich etwa 8,5 v. H., während

die Braunkohlenförderung sich nahezu verdoppelt hat (von 87,24 auf rund 161 Millionen t). Die Einfuhr ist um 36 v. H., die Ausfuhr — beides auf Steinkohlenbrennwert umgerechnet — um 20 v. H. zurückgegangen, der Inlandsverbrauch je Kopf um etwa 1,3 v. H. gestiegen. Das ist angesichts der erheblich verbesserten Ausnutzung der in der Kohle steckenden Wärmeeinheiten ein nicht ungünstiges Ergebnis. Die Arbeitsleistung je Kopf der Belegschaft ist im größten deutschen Kohlenrevier, dem Ruhrgebiet, trotz der Verkürzung der Schichtdauer auf 125,5 v. H. derjenigen von 1913 gestiegen. Das ist indessen allein auf die vermehrte Maschinisierung des Abbaues wie der Förderung und auf die Beschränkung des Abbaues auf die reichhaltigsten Gruben und Flöze zurückzuführen. 1913 wurden keine 10 v. H. der Steinkohle maschinell abgebaut, 1928 über 90 v. H. Allein im Ruhrrevier waren 1928 73 Gruben weniger in Betrieb als 1924, was zum großen Teil den endgültigen Verlust der in ihnen enthaltenen Kohlenschätze bedeutet, ebenso wie den nicht in Abbau genommener Flöze der fortbetriebenen Gruben. Gegen 1913 waren 1928 im Ruhrrevier insgesamt 56 000 = 14,1 v. H. Bergarbeiter weniger beschäftigt, gegen 1927 allein 32 700 weniger. Im englischen Bergbau, wo man nicht so rationalisiert hat wie im deutschen, ist die Förderleistung je Kopf um 1,2 v. H. zurückgegangen.

Die Einfuhr von Steinkohle ist von 10,54 Millionen t im Wert von 204,55 Millionen M. in 1913 auf 7,4 Millionen t im Wert von 148,22 Mill. RM., die Ausfuhr von 34,6 Mill. t im Wert von 516,42 Mill. M. auf 23,9 Mill. t im Werte von 472,3 Mill. RM. in 1928 gesunken; letzteres als Folge des Verlustes von Ostoberschlesien und dem Saargebiet. Noch stärker die Ausfuhr von Steinkohlenpreßkohlen von 2,3 Millionen t auf 0,677 Mill. t, wogegen sich die von Koks um 6,43 Mill. t im Wert von 146,7 Mill. M. auf 8,89 Mill. t im Wert von 223,7 Mill. RM. gehoben hat. In Braunkohlen und Braunkohlenbriketts ist die 1913er Mehreinfuhr von 5 Mill. t mit 24 Mill. M. auf 1,3 Mill. t zurückgegangen, wobei der Wert der Ausfuhr den der Einfuhr noch um 4 Mill. RM. übertrifft.

In Summa hat sich die Aktivität unserer Kohlenbilanz von 434 Mill. M. auf 574 Mill. erhöht, also um 140 Mill. RM. gebessert. *) Diese Besserung ist aber sehr teuer erkauft: in der Ausfuhr steckt der Wert der Reparationskohlen mit 330 Mill. RM. Sodann war die Verminderung der Einfuhr ebenso wie die der Ausfuhr nur durch Preisopfer in den bestrittenen Absatzgebieten möglich, die jeden Gewinn daran ausschloß und nur durch starke Zuschüsse aus der sogenannten Umlage ermöglicht werden konnte, die bis auf 2,30 RM. je t abgesetzter Kohle im Ruhrrevier gestiegen ist. Wurde doch der Ausfuhrdurchschnittswert englischer Kohle von 1925 bis 1928 von 19,83 auf 15,66 RM. je t gesenkt. Im bestrittenen Gebiet und für die Ausfuhr mußten die deutschen Kohlenpreise folgen. Jetzt sollen die englischen wieder herabgesetzt werden. Dem westoberschlesischen Bergbau droht vom Handelsvertrag mit Polen ein monatliches Einfuhrkontingent von 350 000 t, was bei den günstigen Abbauverhältnissen und dem Tieffstand der Löhne der polnischen Gruben voll ausgenutzt werden dürfte. Trotz alledem verlangten die Bergarbeiter des Ruhrreviers eine Lohn-erhöhung von 1 RM. je Schicht, deren Abwälzung auf die Preise zu einem Vordringen der englischen und holländischen Kohle im bestrittenen Gebiet und einem starken Rückgang unserer Kohlen- und Koksausfuhr, schließlich aber auch zu einem Minderverbrauch im unbestrittenen Gebiet hätte führen müssen. Die Zahl der Arbeitslosen würde damit eine weitere Steigerung erfahren. Wenn von ihnen betont wird, daß selbst im Ruhrrevier die Löhne noch hinter denen der englischen Bergarbeiter zurückblieben, so ist diese Behauptung nicht einmal allgemein richtig. Bei ihren so viel günstigeren Lagerungsverhältnissen und der weit vorteilhafteren Absatzlage konnten die englischen Gruben von jeher höhere Löhne zahlen. Ihr Lohnindex steht aber auf 143, der deutsche um einige 40 Punkte höher. In Frankreich ist der durchschnittliche Lohn der Steinkohlenberg-

*) Im ersten Tertial 1929 war die Einfuhr von Steinkohlen, Koks und Steinkohlenbriketts um 254 000 t höher, die Ausfuhr um 866 000 niedriger als in der gleichen Zeit des Vorjahres.

arbeiter unter Tage mit 5,39 RM., der über Tage mit 3,98 RM. etwa halb so hoch wie im Ruhrrevier, im polnischen Ostoberschlesien erreicht er nicht die Hälfte des im deutschen Westoberschlesien gezahlten (vgl. S. 40). Durch Zuführung von jährlich 75 Mill. RM. aus der Reichseinkommensteuer (Lohnsteuer) an die Knappschaftskassen und entsprechende Senkung der Knappschaftsbeiträge ist der Konflikt diesmal beigelegt und damit eine neuerliche Erhöhung der Kohlenpreise vermieden worden, die in einer Zeit stark sinkender Konjunktur nicht zu verantworten wäre. Diese Methode, eine für die Wirtschaft untragbare Lohnerhöhung aus Reichssteuern aufzubringen, schlägt jeder gesunden und verantwortungsbewußten Finanzpolitik ins Gesicht. Damit ist auch ein überaus gefährlicher Präzedenzfall geschaffen worden; die Eisenbahner-Gewerkschaften verlangen daraufhin ebenfalls, die ihnen vom Schlichter zuerkannte Lohnerhöhung aus dem der Reichskasse zufließenden Teil der Reichsverkehrssteuer zu decken. Gegen eine solch unerhört leichtfertige Finanzwirtschaft muß ebenso grundsätzlich wie bei der überaus gespannten Lage der Reichsfinanzen schärfster Protest erhoben werden.

Die Bergarbeitergewerkschaften begründeten die Lohnerhöhungsforderung einerseits mit den in den letzten Monaten gestiegenen Durchschnittserlösen für Steinkohle. Die hatten jedoch ihren Grund in der durch die Kälte und Häfenvereisung behinderten Kohleneinfuhr und dem damit wie mit der langen Kälteperiode stark gestiegenen inneren Absatz von Hausbrandkohle, Umstände rasch vorübergehender Natur. Sodann damit, daß die Gruben in den letzten Jahren über eine halbe Milliarde aus Betriebsüberschüssen in Neuinvestitionen angelegt hätten. Die waren unerläßlich, um durch verbesserten Ausbau der weiter betriebenen Ersatz für die 73 stillgelegten Gruben zu schaffen und sie technisch so auszurüsten, daß sie wettbewerbsfähig bleiben. Für sie langten nun die Betriebseinnahmen nicht entfernt aus, sondern es mußten mehrere Hunderte von Millionen neue Kapitalien — ganz überwiegend ausländische — herangezogen werden. Ein in hohem Grade unerwünschter und für die Dauer sehr ge-

fährlicher Vorgang. Eine nennenswerte Erhöhung der Förderfähigkeit der Gruben ist dadurch nicht einmal herbeigeführt worden. Das Schmalenbach-Gutachten hat erwiesen, daß die Abschreibungen und die Rückstellungen bei den deutschen Steinkohlengruben unzureichend sind. Zu dem gleichen Ergebnis ist die Untersuchung der Sachverständigen des Reichswirtschaftsministeriums gekommen. Die im Besitz des preussischen Staates befindlichen, in der Preußag zusammengefaßten Werke konnten für 1928 nur 4 v. H. Dividende verteilen gegen 5 v. H. im Vorjahr, und selbst das nur unter Zuhilfenahme der günstigen Erträge der Kaliwerke.

Die englischen Kohlengruben haben für das letzte Jahr einen Verlust von 250 Mill. RM. ausgewiesen. Solche Verluste kann das reiche England mit seiner hochaktiven Zahlungsbilanz ertragen, nicht aber das verarmte und verschuldete Deutschland mit seiner furchtbar passiven Zahlungsbilanz.

Selbst die sozialistische Theorie verlangt nicht nur den Ersatz der abgängig werdenden Betriebsanlagen, sondern auch deren dem Bevölkerungszuwachs wie dem technischen Fortschritt entsprechende Verbesserung aus den laufenden Betriebseinnahmen, ein Verhältnis, das in Deutschland kaum irgendwo noch erreicht wird. Die Theorie wird aber beiseite gestellt, wenn sie sich mit den Lohnforderungen nicht in Einklang bringen läßt.

Braunkohle.

Günstiger liegen die Verhältnisse im Braunkohlenbergbau, der freilich — am Zinsfuß für festverzinsliche Werte gemessen — auch eine unzureichende Rentabilität aufweist. Aber selbst hier stand der Leistungssteigerung von 4,4 Prozent in 1928 eine Steigerung des Lohnanteils von 11,2 Prozent gegenüber. Alle seit 1924 mit riesigen Kosten vorgenommenen Rationalisierungen wurden durch die achtzigprozentige Lohnsteigerung absorbiert.

Eisenindustrie.

Jede Verteuerung der Kohle — des Brots der Industrie — zieht eine solche aller Produktionskosten wie des Verkehrs nach

sich. Am empfindlichsten macht sich das in der besonders viele Kohle verbrauchenden Eisenindustrie geltend. Gegen 1913 ist Deutschlands Roheisenerzeugung 1928 auf 71,1 v. H., feine Rohstahlerzeugung auf 87,6 v. H., feine Walzwerkserzeugung auf 99,4 v. H. je Kopf der Bevölkerung zurückgegangen. Das ist auf den Verlust Lothringens, Luxemburgs, der Saar und Ostoberschlesiens zurückzuführen. Der weitgehende Ersatz von Konverterstahl durch Mitverwendung von Schrott in den Martinöfen erklärt den verhältnismäßig schwächeren Rückgang der Rohstahlerzeugung, die starke Einfuhr von Halbzeug auf Grund des Stahlpaktes die relativ hohe Walzwerkserzeugung. Belgien-Luxemburg mit 35,9 kg und die Vereinigten Staaten mit 23,5 kg übertreffen freilich die deutsche Kopfquote von 16,2 kg, während Großbritannien mit 15,2 noch etwas hinter ihr zurückbleibt.

Infolge des Verlustes der obgenannten wichtigen Eisenproduktionsgebiete ist Deutschlands Eisenbilanz mengenmäßig ungünstiger geworden. Die Einfuhr von Eisen und Eisenwaren ist von 618 291 t in 1913 auf 2 397 435 t in 1928 gestiegen, die Ausfuhr von 6 497 262 t auf 5 029 905 t zurückgegangen, dem Wert nach ist die erstere von 104,1 Mill. auf 389,2 Mill. M., freilich auch die letztere von 1339 auf 1601,5 Mill. RM. gestiegen. Die Ausfuhr hat sich eben stärker nach der Richtung der Fertigfabrikate verschoben. Wenn unsere Eisenbilanz demnach auch 1928 noch mit 1212 Mill. RM. aktiv war und sich gegen die Vorkriegszeit nur um 23 Mill. RM. verschlechtert hatte, so ist dies doch angesichts der stark gestiegenen Preise von Eisen (Index 127, Fertigwaren-Produktionsmittel 138, Fertigwaren-Konsumgüter 175) ein keineswegs befriedigendes Ergebnis. Dabei wies das Jahr 1928 infolge stoßenden Inlandsabfazes noch eine um fast 500 000 t im Werte von 157 Mill. RM. größere Ausfuhr auf als das vorangegangene. Das Ergebnis kann um so weniger befriedigen, als die eisenschaffende Industrie durch Stilllegung der nicht mehr auf der Höhe stehenden und höchste technische Vervollkommnung der neu errichteten oder der weiterbetriebenen Werke ihre Kapazität

vergrößert hat; das gleiche gilt auch von der Eisen verarbeitenden Industrie. Die Mittel dazu sind in weitestem Maße durch Auslandskredite beschafft worden, trotzdem durch Nichtverteilung von Dividenden oder ungenügender Bemessung derselben versucht wurde, die Rationalisierung so weit als möglich den Betriebseinnahmen zu entziehen. Charakteristisch dafür ist, daß die infolge ihrer Spezialitäten sogar höhere Durchschnittspreise erzielende Krupp-Gesellschaft seit der Stabilisierung der Währung keinen Pfennig Gewinn verteilt, sondern alles in die Verbesserung der Werke gesteckt hat. Über alle Rationalisierung ist — wie Krupp von Bohlen in der letzten Generalversammlung erklärte — in höhere Arbeitslöhne, Soziallasten und Steuern zerfließen. Und selbst die Krupp-Werke sind nicht ohne Aufnahme großer Auslandsschulden ausgekommen.

So unvorteilhaft bezüglich der Beteiligungsquoten der internationale Stahlpakt für die deutsche Eisenindustrie war und so wenig genügend auch deren neuerliche Erhöhung für sie erscheint, so hat er ihr doch ermöglicht, ihre Kartelle für den Inlandsabsatz zu erhalten, da die französische, belgisch-luxemburgische, saarländische und tschechoslowakische Eisenausfuhr nach Deutschland kontingentiert ist und durch den deutschen Stahlwerksverband verkauft wird, der damit den Inlandmarkt um so mehr beherrscht, als für die meisten wichtigeren Erzeugnisse der Eisen schaffenden Industrie gemeinsame Verkaufsorganisationen bestehen, die auch den Export tätigen. Freilich hat das für die weiter verarbeitende Industrie den Nachteil, daß sie für ihren Eisenbedarf höhere Preise anlegen muß als das Ausland, die Eisenzölle daher weitgehend im Preis zum Ausdruck kommen. Soweit sie ihre Waren ausführt, wird ihr allerdings der Zoll für das dazu verwendete Eisen nach dem sogenannten Ubiabkommen vom Stahlwerksverband vergütet.

Nur für wenige Artikel der Eisen schaffenden Industrie ist es geglückt, auch die Ausfuhr zu kartellieren. Neben der seit langen Jahrzehnten bestehenden internationalen Schienenkonvention ist es jetzt erstmalig gelungen, ein Kartell für Walzröhren zusammenzubringen, dem auch England und die Ver-

einigten Staaten angehören, das nicht nur den Absatz quotenmäßig aufteilt, sondern auch die Preise festlegt. Mit der Besserung des Weltmarkts haben sich auf ihm auch die Eisenpreise gehoben und werden zur Zeit nicht mehr ständig von den billiger produzierenden Ländern: Belgien-Luxemburg und Frankreich unterboten. Wie lange diese Konjunktur auf dem Weltmarkt anhält, ist aber recht unsicher. Und da die Aufnahmefähigkeit des inneren Marktes beträchtlich nachgelassen hat, so vermag die deutsche Eisenindustrie ihre Produktionskapazität nicht entfernt auszunutzen. Betriebseinschränkungen, Stilllegung einzelner Betriebsabteilungen und Feierschichten sind an der Tagesordnung. Ganz besonders trifft dies die Eisenbahnmaterial — Schienen, Schwellen, Weichen, Bandagen, Achsen, Radsätze, Puffer usw. — herstellenden Werke bzw. Abteilungen, da die Reichsbahn ihre Aufträge auf ein Minimum eingeschränkt hat und die Bahnen der englischen Dominien und Kronkolonien so gut wie ausschließlich englisches Material beziehen. Zu diesem den deutschen Eisenabsatz so stark einschränkenden „administrativen Protektionismus“, dem auch andere Eisen erzeugende Staaten huldigen, kommen noch die hohen Zölle des Auslandes einerseits, die deutsche Kapitalarmut andererseits hinzu, die uns nicht erlaubt, längere Kredite zu gewähren, und erst recht nicht, den Bau von Eisenbahnen, Elektrizitätswerken usw. im Ausland zu finanzieren. Trotz seiner durch hohe Zölle bewirkten hohen, die deutschen um 35 v. H. übersteigenden Eisenpreise kann das Nordamerika infolge seines Kapitalreichtums in höchstem Maße. Wollen wir wettbewerbsfähig bleiben, so müssen wir das durch die Qualität einerseits, durch Herabminderung unserer Produktionskosten andererseits erreichen. Der Rationalisierung steht bei uns aber hemmend im Weg, daß wir selbst nur ganz ungenügend Kapital bilden und für Leihkapital einen um 75 bis 100 v. H. höheren Zinsfuß anlegen müssen als die Konkurrenzländer. Solche Erwägungen stellen freilich bei ihren Lohnforderungen bzw. Schlichtersprüchen weder die Gewerkschaften noch der Reichsarbeitsminister an.

Eisenfertigwaren.

Unsere Eisenfertigwaren-Industrie ist gut mit der Hälfte ihrer Erzeugung — in manchen Branchen sogar mit erheblich mehr — auf die Ausfuhr angewiesen. Von unserer 1928er Gesamtausfuhr von Eisen und Eisenwaren (ohne Maschinen und Fahrzeuge) im Werte von 1601 Mill. RM. entfielen 660 Mill. auf die Eisenschaffende und 940 Mill. RM. auf die Eisen verarbeitende Industrie. Sie hat überaus schwer unter den so stark erhöhten oder neu eingeführten Schutzzöllen des Auslandes gelitten. Vor allem ist der Absatz nach England durch die 33½prozentigen Wertzölle zurückgegangen, ebenso der nach Australien und Kanada, die den englischen Eisenwaren eine außerordentliche Zollbevorzugung gewähren; desgleichen nach den Vereinigten Staaten, die ihre Zölle enorm erhöht haben. Bis auf gewisse hochqualifizierte Markenartikel sind die bei der Ausfuhr zu erzielenden Preise so gedrückt, daß sie meist keinen Gewinn oder doch nur einen völlig ungenügenden übrig lassen. Dazu trägt freilich nicht selten auch das Bestreben bei, unter allen Umständen Aufträge hereinzunehmen, um nur einigermaßen beschäftigt zu sein und die Generalkosten auf eine größere Produktion zu verteilen, was zu gegenseitigen Unterbietungen führt. Einem Unternehmen nach dem andern geht dabei der Atem aus; es kommt zum Erliegen. Bei der Liquidation oder dem Konkurs pflegen die Gläubiger sehr schlecht wegzukommen. Mit jeder Lohnerhöhung werden die Verhältnisse schlechter, da die Selbstkosten steigen und höhere Preise meist nicht hereinzubringen sind.

Werstindustrie.

Überaus ungünstig liegen die Verhältnisse in der deutschen Werstindustrie. Eine nach der andern unserer Seeschiffswerften geht dem Ruin entgegen; zahlreiche derselben mit altberühmten Namen (Stettiner und Hamburger Vulkan, Müscke, Tecklenborg, Seebeck usw.) sind bereits eingegangen. Werfen doch bei Schiffsbauten, die bis zur Fertigstellung Jahre erfordern, die häufigen unberechenbaren Lohnforderungen jede

Kalkulation über den Haufen. Ein Bauauftrag, der Gewinn zu versprechen schien, schließt darüber mit Millionenverlusten ab. Der vom Norddeutschen Lloyd der U. G. Weser in Auftrag gegebene Schnelldampfer „Bremen“ wird bei 41 Mill. Mark Kontraktpreis für die Baufirma mit einem Verlust von 4 bis 6 Mill. M. abschließen. Nicht wesentlich anders wird es bei der von Blohm u. Voß gebauten „Europa“ gehen. Der viele Monate währende Werftstreik im Herbst 1928 hat die Verluste der Werften riesig vergrößert, eine Reihe zur Strecke gebracht, andere, wie Schichau, Neptun, können bestenfalls mit Reichszuschüssen noch eine Zeitlang gehalten werden. Englische, holländische, skandinavische Werften sind voll beschäftigt. Bei uns sind Neubaufträge fast gar nicht hereinzubekommen. Erst recht kaum mehr Auslandsaufträge. Sachlieferungs- Reparationsbauten müssen zu so niedrigen Preisen übernommen werden, daß sie keinen Gewinn lassen. In England steht der Lohnindex der Werftarbeiter auf 143; seit Jahren haben keine Lohnerhöhungen mehr stattgefunden. Der Reallohn bleibt dort hinter dem der Vorkriegszeit weit zurück. Bei uns hat er ihn einschließlich der vom Arbeitgeber zu tragenden Soziallasten bei weitem überschritten. Trotz höchster technischer Leistungen, trotz fortgeschrittener bester Ausrüstung unserer Werften verlieren sie die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Ausland. Mutwillig ruiniert eine kurzsichtige egoistische Gewerkschaftspolitik einen der stolzesten Zweige deutschen Gewerbesfleißes. Dabei würde das schnelle Altern der Handelsschiffe infolge des stark verminderten Kohlenverbrauchs der neuesten Konstruktionen*) den Werften reichliche Neubaufträge zuführen, müßte zu vermehrter Arbeitereinstellung führen. Die Gewerkschaftspolitik schafft statt dessen rapid wachsende Arbeitslosigkeit.

Binnenschifffahrt.

Die Binnenschifffahrt hat infolge der abnormen Trockenheit des Sommers und Herbstes 1928 und der viel-

*) Ein vor zehn Jahren gebauter 8000—9000 t Schwergutsdampfer verbraucht je Tag 40 t Steinkohle, ein moderner nur 25 t. In wenigen Jahren hofft man den Kohlenverbrauch auf 15 t herabzudrücken.

monatigen Eisperre des letzten Winters schwere Verluste erlitten, die noch ungemein dadurch verschärft wurden, daß damit ungewöhnlich große Beschädigungen der Schiffskörper verbunden waren. Als spät im März die Schifffahrt wieder aufgenommen werden konnte und die zahlreichen unterwegs eingefrorenen Rähne zur Reparatur an die Werften kamen, nützten deren Arbeiter das dazu aus, unter Androhung sofortigen Streiks eine starke Lohnsteigerung zu erpressen. Da die Einzelschiffer — und sie bilden in der Binnenschifffahrt eine erdrückende Mehrheit — nach der langen Fahrsperrre die stark erhöhten Kosten natürlich nicht bar bezahlen konnten, kamen auch die Reparaturwerften, die lange Kredite gewähren mußten, in eine überaus schwierige Lage.

Hierbei sei gleich des vielmonatigen Streiks der Schiffer in der deutschen Rheinschifffahrt gedacht, in dem sie erreichten, daß die Jahreslohnkosten auf einem unter deutscher Flagge fahrenden 1200-t-Rahn 9550 RM. betragen, bei einem unter französischer Flagge fahrenden aber nur 7350 RM. Außerdem sind auf französischen und belgischen Schiffen die Soziallasten weit niedriger. Die daraus folgende völlige Unrentabilität der deutschen Rheinschifffahrt führt natürlich dazu, daß ein Fahrzeug nach dem andern in französischen Besitz übergeht bzw. unter fremder Flagge fährt; dabei sind 90 v. H. der Bemannung der französischen Rheinslotte Deutsche; sie beanspruchen in ihr nur 75 v. H. des Lohnes, den sie auf deutschen Fahrzeugen erhalten. Auf den französischen Rheinwerften stellen sich die Löhne verhältnismäßig noch niedriger als auf den deutschen.

Lokomotiv- und Waggonbau.

Trostlos ist die Lage der deutschen Lokomotivindustrie. Die Reichsbahn vergibt nur ein Minimum von Neuaufträgen und besorgt alle Reparaturen in eigenen Werkstätten. Auslandsaufträge sind in Ländern mit eigenem Lokomotivbau überhaupt nicht, in andern gegenüber dem billiger arbeitenden Ausland meist nur zu völlig unlohnenden Preisen

hereinzubekommen. Bezüglich der englischen Kolonien gilt das bezüglich des Eisenbahnmaterials S. 52 Gesagte. Nur Südafrika bezieht noch zum Teil deutsche Lokomotiven, wenn sie qualitativ besser und zugleich wesentlich billiger sind als englische. Die ganze deutsche Produktion ist auf zwei Konzerne mit vier betriebenen Fabriken eingeschränkt, deren Ausnützung dadurch zwar etwas günstiger wird, die aber bei den relativ höheren Löhnen bestenfalls ohne Gewinn arbeiten.

Ein wenig besser liegt es mit der Waggonindustrie, da die Reichsbahn unbedingt Neuanschaffungen von Personenwagen, ebenso von Spezialwagen und Großgüterwagen für Massentransport vornehmen muß; auch die Straßenbahnen einen nicht unbedeutenden Bedarf haben. Die Ausfuhr hat fast ganz aufgehört, 1928 hatte sie noch einen Wert von 2,9 Mill. Reichsmark gegen 30 Mill. RM. 1913. Die Ausfuhr von Lokomotiven ist gleichzeitig von 53 auf 21,35 Mill. RM. zurückgegangen. Auch die deutsche Waggonindustrie arbeitet fortgesetzt mit Verlust.

Automobilindustrie.

Nicht besser steht es mit der Automobilindustrie, selbst nachdem wir wieder dem Ausland gegenüber technisch Gleichwertiges leisten. Die Produktion ist allerdings in starker Zunahme. Wir produzierten Personenwagen 1926: 35 718, 1927: 91 170 und 1928: 118 000. Lastwagen 1926: 8590, 1927: 22 000 und 1928: 27 000. Großkraftträder 1926: 45 500, 1927: 72 500 und 1928: 85 000. Kleinkraftträder 1926: 3390, 1927: 11 710 und 1928: 55 000. Darin ist freilich auch die Erzeugung der ausländischen Montagewerke mit enthalten, die 1928 auf 30 000 Autos geschätzt wird. Deren Einfuhr ist von 11 600 in 1927 auf 18 000 gestiegen. Von dem 150 000 Autos betragenden deutschen Jahreskonsum entfallen rund 48 000 auf ausländisches Fabrikat. 1928 hat der Wert der deutschen Automobilproduktion eine Milliarde überschritten. 63 Prozent des Absatzes erfolgte auf Teilzahlung, was bei dem überhöhten

deutschen Zinsniveau eine wesentlich höhere Preisstellung bedingt, als in Ländern mit niedrigerem Zinsniveau. Von Autos, Motorrädern und Teilen solcher führten wir 1928 für nahezu 100 Mill. M. ein, nur für 64 Mill. RM. aus. Vor dem Krieg war unsere Handelsbilanz darin mit 70 Mill. M. aktiv. Mit Ausnahme von Last- und Geschäftsautos sind wir darin zu teuer; für Personenwagen stehen zudem die riesigen Auslandszölle des Auslandes hindernd im Wege, während die unseren verhältnismäßig niedrig sind. Vor allem aber erfordert die Organisation des Absatzes — besonders ins Ausland — einen riesigen Aufwand von Kapital, über das wir nicht mehr verfügen, zumal auch das Inlandsgeschäft meist auf Abzahlung erfolgt. Die bloß technische Rationalisierung versagt, wenn es nicht gelingt, sie auch beim Absatz durchzuführen. Das größte und vollendetste deutsche Unternehmen dieses Gebietes, Opel, ist soeben unter die Kontrolle der amerikanischen General Motors gekommen. Auch Ford hat sich bei uns niedergelassen. Mit wenigen Ausnahmen schreitet bei uns ein Werk nach dem andern zur Sanierung, der nach einigen Jahren eine neue folgt. Kapital und Arbeit sind bei uns zu teuer, um dieses Geschäft mit Erfolg zu führen.

Maschinenindustrie.

Besser — freilich längst nicht gut — liegt es bei der deutschen M a s c h i n e n i n d u s t r i e. Ihre Kapazität ist gegenüber 1913 um 45 v. H. gestiegen. Jedoch wird sie nicht entfernt ausgenutzt. Erreichten noch in den Sommermonaten 1928 die geleisteten Arbeitsstunden 75 v. H. der Sollzahl, so waren sie im Januar auf 67,2 v. H. gesunken. Gegen 1927 war der Wert ihrer Produktion von 3,4 auf rund 4 Milliarden gestiegen. Die im günstigen Konjunkturjahr 1927 erteilten Aufträge kamen größtenteils erst 1928 zur Ausführung. Die Ausfuhr (ohne Fahrzeuge und elektrotechnische Erzeugnisse) war 1928 mit 1061,4 Mill. RM. um fast 200 Mill. RM. höher als die des Vorjahres. Sie ist unter Berücksichtigung des erhöhten Preisniveaus freilich nur um 13½ v. H. höher wie vor dem Krieg. Allerdings haben wir seitdem so wichtige Produktionsgebiete

wie Elsaß-Lothringen, Saargebiet, Ostoberschlesien, Posen und Westpreußen verloren. Die wachsende protektionistische Ab-sperrung des Auslandes hemmt zudem stark die deutsche Aus-fuhr, die aber bei der nachlassenden Aufnahmefähigkeit des In-landes immer mehr forciert werden muß und in den zwei ersten Monaten 1929 die gleichzeitige des Vorjahres um 22 200 t, dem Wert nach um 63,4 Millionen RM. übertraf. In Spinn-maschinen vermögen wir freilich gegen die englische Konkurrenz nicht aufzukommen, in allen anderen Textilmaschinen dürften wir aber führend sein. Bei unsern hohen Selbstkosten müssen wir durch höchste Qualität und ständige neue Verbesserungen unsern Platz auf dem Weltmarkt behaupten und erweitern. Bei großen Maschinen, deren Anfertigung viele Monate oder gar Jahre erfordert, ebenso bei Serien-Aufträgen, die sich über längere Zeiträume erstrecken, verhindert die Unsicherheit der Lohnverhält-nisse die Möglichkeit, auch nur einigermaßen sicher kalkulierte Offerten zu machen. Wird eine Lohnerhöhung einkalkuliert, so stellt sich die Preisforderung meist zu hoch, unterbleibt die Ein-kalkulierung, so wird der Auftrag schließlich mit Verlust aus-geführt.

Trotz der steigenden Ausfuhr ist darüber die wirtschaftliche Lage des deutschen Maschinenbaues — mit Ausnahme weniger Spezialitäten — höchst unerfreulich. Im März 1929 war der Auftragseingang aus dem Inland bei 64 v. H. der deutschen Maschinenfabriken ungenügend (gegen 46 v. H. im März 1928), ebenso der aus dem Ausland bei 61 v. H. (Vorjahr 64 v. H.). Die auf die Leipziger Frühjahrsmesse gesetzten Hoffnungen haben stark enttäuscht. Immer wieder wird betont, daß die deutschen Produktionskosten zu hoch seien, daß sie im Mißverhältnis zu den erzielbaren Preisen stünden. Der Index für Produktions-mittel hat sich gegen Anfang 1928 von 134,4 zwar auf 137,5, also um 2,3 v. H. gehoben, der Lohnindex aber um 10—15 v. H. Vom 1. Januar 1927 bis 1. Juli 1928 waren die Maschinen-preise um 4,7 v. H., die Löhne um 18,2 v. H. gestiegen; die Konjunktur war in ausgesprochenem Rückgang; trotzdem erhöhte der vom Reichsarbeitsminister Wissell für verbindlich erklärte

Schlichterspruch die Löhne um mehr als 10 v. H. Als es infolge dieses rechtlich unzulässigen Spruches zu der großen Aussperrung im Nordwesten kam, die zur vielwöchigen Stilllegung der Eisen- und Eisen verarbeitenden Werke führte, gelang es Severing schließlich, eine Verständigung auf mittlerer Linie herbeizuführen; aber auch damit ist die Rentabilität der betr. Unternehmungen schwer beeinträchtigt worden. Ohne jede Rücksicht auf Geschäftsgang und Konjunktur werden eben Lohnforderungen gestellt und durch Schlichterspruch dekretiert. Immer neue Sanierungen durch Kapitalzusammenlegung und Wiedererhöhung des Kapitals, Aufnahme neuer Kredite — bei den leistungsfähigen aus dem Ausland —, immer neu enttäuschende Geschäftsabchlüsse sind die Folge davon. In keinem anderen Gewerbe hat dies solchen Umfang angenommen wie im Maschinenbau.

Elektrotechnik.

Besser liegt es heut noch in der Elektrotechnik, wo die in ständiger Zunahme befindliche Anwendungsmöglichkeit elektrischer Licht- und Kraftübertragung die Erweiterung und Neuanlage von Elektrizitätswerken und Leitungen, das Bedürfnis nach Elektromotoren, elektrischen Haushaltsgegenständen, Heiz- und Kochapparaten ständig steigert. Der Beschäftigungsgrad ist in dieser Industrie im allgemeinen befriedigend. Aber auch hierin hat in den letzten Monaten der Auftragseingang nachgelassen. Die hervorragende Güte, die unaufhörlichen Verbesserungen und Erfindungen haben den deutschen Erzeugnissen auch einen weiten Auslandsmarkt geschaffen. 1928 war die Ausfuhr mit 488,7 Mill. RM. um 90 Mill. RM. höher als 1927 und um fast 200 Mill. RM. höher als 1913; in den ersten drei Monaten 1929 aber nur um 14 Mill. höher als gleichzeitig 1928. Die stürmische Bedarfsentwicklung und die hohe technische Leistung haben die verteuernenden absatzhemmenden Momente vielfach auszugleichen vermocht. Die Rentabilität der deutschen

Unternehmungen bleibt trotzdem weit hinter der des Auslandes zurück. Zur allgemeinen Kapitalneubildung vermögen sie daher nur wenig beizutragen. Und wie sind die Vorkriegswerte bei der Goldumstellung zusammengelegt worden! Im abgelaufenen Jahr hat die Rentabilität sowohl in der Schwachstrom- wie in der Starkstromindustrie wesentlich nachgelassen. Verschiedene altrenommierte, bestfundierte Werke haben die Dividende kürzen oder ausfallen lassen. In der Schwachstromindustrie machte sich der geringere Zugang an Telephonanschlüssen nachteilig geltend, eine Folge der Erhöhung der Fernspreckgebühren, die die Reichspost zum Ausgleich von Besoldungs- und Lohnsteigerungen für geboten erachtet hatte. Allgemein hat mit dem Konjunkturrückgang auch hier der Auftragseingang aus dem Inland nachgelassen, ohne daß die Auslandsnachfrage Ersatz geschaffen hätte.

Tertilindustrie.

In der Tertilindustrie liegen in ihrem wichtigsten Zweig: der Verarbeitung von Baumwolle, die Verhältnisse denkbarst traurig. Die deutschen Spinnereien haben vor kurzem eine vierzigprozentige Betriebseinschränkung beschlossen. In der ganzen deutschen Baumwollindustrie waren Anfang Mai nur 55 v. H. der Arbeiter voll beschäftigt. Dabei war 1928 die Einfuhr von baumwollenen Garnen, Web- und Wirkwaren um 95 Mill. RM. niedriger, die Ausfuhr um 23,6 Mill. RM. höher als 1927. In den ersten drei Monaten 1929 hat sich gegen das I. Quartal 1928 die Einfuhr um weitere 51,3 Mill. RM. verringert, die Ausfuhr freilich ebenfalls — wenn auch nur um 4,2 Mill. RM. Es ist ein magerer Trost, daß es auch der englischen Baumwollindustrie herzlich schlecht geht und sie ebenfalls zu starken Betriebseinschränkungen gezwungen ist. Denn weder die französische, noch die belgische, noch die tschechoslowakische, noch die italienische, geschweige die japanische sind zu solchen gezwungen gewesen, und die nordamerikanische Baumwollverarbeitung hat in diesem Winter Rekordzahlen erreicht. Dabei sind in Deutschland in den Jahren 1927 und 1928 die durchschnittlichen tarifmäßigen Stundenlöhne um 14 Pfennige

erhöht worden, wodurch die Kaufkraft der Arbeitnehmer um rund 8 Milliarden M. gesteigert worden ist! Die Groß- wie die Kleinhandelspreise für Baumwollwaren sind seit geraumer Zeit rückgängig. Die starke Zunahme der Sparkasseneinlagen — allein im März eine Zunahme von 173 Mill. RM. — beweist, daß es den beschäftigten Arbeitnehmern nicht an Kaufkraft fehlt. So erfreulich diese Spartätigkeit und die damit verbundene Kapitalbildung auch ist, so beweist sie doch, daß bei den Sparenden ein Bedürfnis zur Neuanschaffung von im Krieg und Inflationszeit aufgebrauchten Beständen nicht mehr besteht, während das Stocken des Inlandsabfasses ergibt, daß die schlechte Lage weiter anderer Bevölkerungskreise diesennicht die Deckung ihres dringend notwendigen Bedarfs erlaubt. Dahin gehört nahezu die ganze deutsche Landwirtschaft, gehören weiteste Kreise des Mittelstandes, gehören schließlich die Arbeitslosen und Kurzarbeiter. Gerade an einem so ausgesprochenen Konsumartikel wie Baumwollwaren ergibt sich drastisch das Irrige der Theorie: die Steigerung der Löhne erhöhe die Kaufkraft der Bevölkerung, belebe den Absatz und bringe damit den Unternehmungen volle Beschäftigung.

Wenn England seine beherrschende Stellung in der Textilindustrie verloren hat, so weit weniger deshalb, weil andere Staaten eine eigene Industrie entwickelt haben, als vielmehr, weil es mit der Verdoppelung der Textilarbeiterlöhne gegen die Vorkriegszeit seine Produktionskosten zu stark verteuert hat und die Gewerkschaften deren Abbau verhindern, wenn sie auch seit Jahren Lohnerhöhungen nicht mehr verlangt haben. Frankreich, Belgien, die Tschechoslowakei, Italien haben Textilarbeiterlöhne, die noch nicht die Hälfte der englischen ausmachen und 35—40 v. H. unter den deutschen stehen. Die großen Lohnerhöhungen, die 1928 durch Schlichtersprüche der deutschen Textilindustrie aufgezwungen worden sind, wirken sich jetzt

teils in einer Stagnation, teils im Rückgang der Ausfuhr, in vermindelter Aufnahmefähigkeit des Inlandsmarkts, in gewaltiger Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit aus. Im I. Quartal 1929 blieb die Ausfuhr anderer roher Gewebe um 832 dz = 18 v. H., die bedruckter Gewebe um 2446 dz = 23 v. H., die buntgewebter um 1871 dz = 17 v. H. hinter der des ersten Vierteljahres 1928 zurück.

Ähnlich in wollenen Waren: Auch da war 1928 unsere Ausfuhr noch um 65 Mill. RM. höher, die Einfuhr um 145 Mill. RM. niedriger als 1927, ist im I. Quartal 1929 die Einfuhr zwar um weitere 14 Mill., die Ausfuhr aber um 17,8 Mill. RM. gefallen; überall ein Stocken des Absatzes! Der Handel, die Konfektion kaufen nur den dringendsten Bedarf, vermeiden jede Lagerbildung, die dem Fabrikanten überlassen wird, der hohe Bankzinsen dafür aufwenden muß, während er bitter über den schlechten Zahlungseingang zu klagen hat. Nur 78 Prozent der Arbeiter dieser Industrie waren Anfang Mai noch voll beschäftigt.

Geradezu trostlos liegt es in der Leinenindustrie, wo eine Spinnerei nach der andern den Betrieb einstellt und die, die mit riesigen Verlusten noch weiter arbeiten, das nur noch an wenigen Tagen der Woche tun. Hohe Materialpreise, unmögliche Löhne, stöckender Absatz zu schweren Verlustpreisen. Die Lohnerhöhungen haben sich in Aufzehrung der Substanz, Stilllegung der Betriebe, schwerer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ausgewirkt. Anfang Mai waren keine 40 v. H. der Arbeiter mehr voll beschäftigt.

Besser war es in der Seiden- und Kunstseidenindustrie, die 1928 ihre Ausfuhr noch um 43,8 Mill. steigern, die Einfuhr um 20,25 Mill. RM. senken konnte. Auch im ersten Vierteljahr 1929 ist die Einfuhr um weitere 11,1 Mill. gesunken, die Ausfuhr um 6,5 Mill. RM. gestiegen. Die meisten darin tätigen Unternehmungen haben noch mit Erfolg gearbeitet, von dem man freilich nicht übersehen kann, wie weit er auf der Verflechtung mit Auslandsunternehmungen beruht. Hat es doch

den Anschein, als ob unsere Unternehmungen ihre Tätigkeit immer mehr in das Ausland verlegen, wo sie billiger produzieren und der Ertrag nicht durch Steuern aufgezehrt wird. Selbst in Kunstseide scheinen aber die guten Tage vorbei zu sein. Die Ueberproduktion und in ihrem Gefolge der Preisdruck haben schon zu schweren Rückschlägen geführt, und wenn auch die eine besonders gute Qualität produzierenden deutschen Fabriken darunter nicht so schwer leiden, wie manche des Auslandes, so dürften sie auch nicht davon verschont bleiben. Anfang Mai waren nur noch 74 v. H. der Arbeiter voll beschäftigt.

Jedenfalls ist, von Kunstseide und von Jute abgesehen — in welcher letzterer im wesentlichen nur die ostindische Konkurrenz in Betracht kommt —, die Lage der deutschen Textilindustrie mit Ausnahme einiger weniger unter Ausnahmeverhältnissen arbeitender Unternehmungen, eine überaus schwere. Bei unserer Kapitalknappheit, dem entsetzlich hohen Zinsfuß, den furchtbaren Steuerlasten, kann sie eben nicht Löhne zahlen, die die ihrer Nachbarstaaten um 35—40 v. H. übersteigen. Da sie zudem in höherem Ausmaß als irgendeine andere Industrie auf die Ausfuhr angewiesen ist, dürfte ihr durch erhöhten Zollschutz kaum zu helfen sein. Wirkliche Hilfe kann ihr nur die Herabsetzung ihrer Produktionskosten bringen.

Schuhwaren.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, die Lage jedes einzelnen Gewerbebezweiges hier durchzugehen; nur noch einige Beispiele, an denen sich die Verteuerung unserer Selbstkosten besonders drastisch zeigt: So *Schuh*, in denen wir früher eine stark aktive Handelsbilanz hatten, während sie jetzt durch Rückgang der Ausfuhr, durch Zunahme der Einfuhr ungemein passiv geworden ist. Die Tschechoslowakei (vor allem Bata in Znín) unterbietet uns auf unseren früheren Exportmärkten und macht uns im eigenen Land einen recht empfindlichen Wettbewerb. Die Folge von beidem ist eine so exorbitante Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Schuhmachergewerbe, wie in kaum irgendeinem

anderen. Im Februar waren nur 33 v. H. Vollarbeitende, 37,7 v. H. Kurzarbeiter.

Porzellan.

Auch in Porzellangeschirr macht uns die Tschechoslowakei recht bedrohliche Konkurrenz. Hat uns der hohe Wertzoll Englands von dessen Markt weitgehend verdrängt, so haben diese Zollmauern die tschechoslowakische Industrie mit ihrer billigeren Ware nicht gehindert, ihren Absatz dort weiter auszudehnen und uns auch auf anderen Märkten zu verdrängen. Auf denen des fernen Ostens aber unterbietet uns Japan. Nur die Ueberlegenheit in technischem und figürlichem Porzellan hat bisher einen Rückgang der Ausfuhr in der Gruppe Tonwaren verhindert. In Stapelware kommen wir gegen die billigeren Löhne des konkurrierenden Auslandes nicht auf. Und wie viele altrenommierte große Porzellanfabriken arbeiten ohne Gewinn oder gar mit Verlust!

Uhren.

In Uhren zeigte sich noch 1928 eine starke Zunahme der Ausfuhr von 54,78 auf 66,94 Mill. RM. bei gleichzeitiger Steigerung der Einfuhr von 26,67 auf 27,97 Mill. RM. Das erste Vierteljahr 1929 bringt aber einen Rückgang der Ausfuhr um 1,5 Mill. RM. Und die Lage der deutschen Uhrenindustrie ist so ungünstig geworden, daß die altberühmte Präzisionsuhrenfabrik von Lange in Glashütte den Betrieb ganz eingestellt, die andere dortige ihn auf 40 Prozent eingeschränkt und die größte deutsche Fabrik Junghans in Schramberg sich zu einer ähnlichen Reduktion genötigt gesehen hat. Was nützen den Arbeitern dieser Fabriken die stark erhöhten Löhne, wenn sie arbeitslos werden! Und welche Kapitalien gehen dabei der ohnehin so kapitalarmen deutschen Wirtschaft verloren!

Tonwerkzeuge.

Auch in Tonwerkzeugen — vor allem Klavieren und Pianinos — geht der Absatz unserer altberühmten unübertroffenen Industrie zurück. Das Ausland schließt mit exorbitanten

Wertzöllen das beste Fabrikat aus und in Durchschnittsware unterbietet uns das billiger arbeitende Ausland.

Chemische Farben- und pharmazeutische Industrie.

Gewiß haben wir auch noch Industrien, die ihre Ausfuhr andauernd zu steigern vermochten. So unsere chemische, Farben- und pharmazeutische Industrie. Das innige Hand-in-Hand-Arbeiten von Wissenschaft und Technik, der Erfindungsgeist unserer Chemiker hat uns darin die Führung verschafft. Aber im Krieg hat man uns unsere Patente geraubt, Amerika, England, Frankreich, Japan, die früher auf den Bezug der deutschen Teerfarben angewiesen und unsere besten Abnehmer waren, machen sich nicht nur selbständig, schließen das deutsche Erzeugnis durch Einfuhrverbote oder prohibitive Zölle aus, sondern bereiten ihm auch überall schärfsten Wettbewerb. Nur in den besten Qualitäten kann man das deutsche Fabrikat nicht entbehren. Dem Wert nach hat freilich unsere Farbausfuhr wieder die der Vorkriegszeit erreicht, dem gesunkenen Geldwert nach bleibt sie weit dahinter zurück.

Die Auswirkung der falschen Lohn- und Steuerpolitik.

War es früher unser Stolz, unsere Erfindungen allein im Inland auszubeuten und die hier gewonnenen Erzeugnisse auszuführen, so überlassen wir sie heut dem Ausland zur Ausfuhr oder suchen sie in Beteiligungen an dortigen Unternehmungen für uns auszuwerten. So unsere Verfahren zur Gewinnung synthetischen Stickstoffs, zur Kohlehydrierung, unsere feinsten Farben usw. Das mag vorteilhaft für die Erfinder, wie für die beteiligten deutschen Kapitalisten sein, aber es schafft uns keine Arbeitsgelegenheit, ja es schränkt uns diese durch die damit erwachsende Konkurrenz des Auslandes ein. Im ersten Quartal 1929 weist denn auch die Ausfuhr dieser Gruppe bereits einen Rückgang auf.

Zu dieser Ausfuhr unserer Erfindungen statt der damit hergestellten Produkte nötigen unsere Kapitalarmut und der dar-

aus sich ergebende hohe Zinsfuß. Nötigt uns die unerhörte Höhe der Steuern mit ihrer Doppelbelastung desselben Vermögens und Einkommens bei der juristischen und bei der physischen Person. Nötigt uns die im Verhältnis zur Leistung zu große Höhe der Löhne und Soziallasten mit allen polizeilichen und sozialen Beschränkungen. Die Höhe der Steuern ist aber wieder zum sehr erheblichen Teil bedingt durch die der Löhne und Soziallasten.

Eine Lohnpolitik, die bei Ablauf jedes Tarifvertrages die Löhne erhöht ohne Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage, ohne Rücksicht darauf, ob sie von der Industrie ohne Gefährdung der Rentabilität und der notwendigen Kapitalbildung getragen werden kann, muß mit Naturnotwendigkeit zur Verteuerung der Preise, zur Verschuldung der Unternehmungen und mangels Kapitalbildung zu fortschreitender Erhöhung des Zinsniveaus führen. Die Preissteigerung bringt selbst die im Lohn Aufgebesserten um den größten Teil der ihnen zuteil gewordenen Lohnerhöhung. Und indem sie bei den Teilen der Bevölkerung, die ihr Einkommen nicht zu erhöhen in der Lage sind, den Verbrauch einschränkt und die Wettbewerbsfähigkeit gegen das Ausland vermindert, verringert sie den Gesamtabsatz: erhöht durch Nichtausnutzung der Produktionskapazität die Selbstkosten, führt zur Kurzarbeit und zur Arbeitslosigkeit. Die wird um so stärker, je mehr der Unternehmer versucht, die gestiegenen Lohnkosten durch verstärkte Maschinisierung auszugleichen. Die Rationalisierung ermöglicht aber wegen der fortgesetzten Lohnerhöhungen keine Preisherabsetzung, also auch keine Absatzverstärkung. Sie vermehrt die Kapitalknapp-

heit, steigert Verschuldung und Zinsfäße und schafft Arbeitslosigkeit.

Die dadurch bewirkte Unrentabilität schwächt die Steuerkraft. Da aber die Ausgaben aller öffentlichen Verwaltungen mit den Lohnerhöhungen und steigenden Preisen automatisch wachsen, muß zur Deckung der Ausgaben die Steuerschraube stärker angezogen werden. Das wie die notwendig werdenden Erhöhungen von Fracht- und Postgebühren müssen wieder auf die Preise abgewälzt werden. Wo sich das als unmöglich erweist, wird die Substanz angegriffen (Landwirtschaft, Textilindustrie, Kleineisen-, Uhren-, zum Teil Maschinen- usw. Industrie). Die wachsende Arbeitslosenzahl erfordert wachsende Zuschüsse der öffentlichen Hand. Da die Steuererträge nicht auslangen, muß geborgt werden. Das vermehrt wieder die Kapitalknappheit, steigert den Zinsfuß. Solange der Strom der Auslandskredite reichlich floß, täuschten sich die weitesten Kreise über die Gefahren hinweg, die in der „geborgten“ Konjunktur, in dem fortgesetzten Anziehen der Steuerschraube liegen, schalten sie die Warner Schwarzseher, die die Konjunktur totredeten.

Selbst heute wollen es diese Kreise nicht Wort haben, daß wir uns in einer Depression befinden, die weitgehend den Charakter einer Krise hat. Nur der ungewöhnlich lange und harte Winter habe die große Arbeitslosigkeit verschuldet; die verminderte Kaufkraft der Arbeitslosen trage allein Schuld an dem schlechten Geschäftsgang der Textilindustrie. Mit der Wiederbeschäftigung der Außen-

berufe würden in kurzem auch die anderen Gewerbe normale Beschäftigung erhalten. Gewiß hat der Winter die saisonmäßige Arbeitslosigkeit verschärft und verlängert. Aber die nicht saisonmäßige stieg schon vor dem Winter stark. Wer sehen wollte, mußte seit dem Herbst 1927 erkennen, daß die Konjunktur im Absteigen war. Trotz der guten Ernte war die Kaufkraft der Landwirtschaft in immer stärkerem Rückgang, und diese Erwerbsgruppe ist doch nun einmal von wesentlichster Bedeutung. Wer sehen wollte, mußte sich klar darüber sein, daß die starke Inanspruchnahme der flüssigen Mittel durch die Effektspekulation an der New-Yorker Börse, daß die allgemeine Verknappung auf den internationalen Geldmärkten den Kreditstrom nach Deutschland mehr und mehr versiegen lassen mußte. Mußte sich sagen, daß die übermäßige Kapitalentziehung durch Steuern seitens der öffentlichen Hand die für die Wirtschaft notwendigen Mittel noch weiter verringern müsse. Wer hören wollte, durfte sein Ohr nicht verschließen vor den immer lauter klingenden Klagen aus nahezu allen Kreisen der Industrie, daß die Höhe der Löhne, Steuern und sozialen Lasten ihnen den Wettbewerb mit dem Ausland immer unmöglicher mache. Daß man sich, um die Ausfuhr und die alten Beziehungen aufrecht zu erhalten, dabei ohnehin schon mit Preisen begnügen müsse, die keinen Gewinn übrig ließen. Daß die deutsche Ware zu teuer sei, um mit Erfolg mit der französischen, belgischen, tschechoslowakischen zu konkurrieren. Mußte aus der gewaltigen Zahl der Be-

triebsliquidationen, Konkurse, Geschäftsaufsichten, Vergleiche, der gewinnlosen und der Verlustabschlüsse den Schluß ziehen, daß die Wirtschaft weitere Lasten unmöglich vertragen könne. Mußte aus dem relativen Hochbleiben des Preisniveaus trotz rückgängiger Konjunkturerkennen, daß die Selbstkosten zu hoch seien, um es senken zu können, was doch allein die Besserung bringen könnte.

Für die Gewerkschaften ist das Durchsetzen höherer Löhne nicht nur eine Prestigefrage. Um ihre Mitgliederzahl zu erhalten und zu erweitern, müssen sie zeigen, welche Erfolge sie erreicht haben. Triumphierend zählen sie in ihren Geschäftsberichten auf, wieviel Milliarden an Lohnerhöhungen sie durch ihre Anträge und Verhandlungen Jahr für Jahr erreicht haben. Daß auch ohne sie berechtigte Lohnsteigerungen nicht ausgeblieben wären, hat Professor Schumpeter-Bonn für England nachgewiesen, wo im 19. Jahrhundert der Reallohn auf das Vierfache gestiegen ist, und zwar am meisten in der Zeit, wo der Einfluß der Gewerkschaften darauf völlig belanglos war, während in den dreizehn Jahren vor dem Krieg, als er mächtig war, keine Steigerung mehr eintrat. In den letzten fünfzehn Jahren des 19. Jahrhunderts stieg in Deutschland der Reallohn um ein Drittel, obgleich damals die Gewerkschaften noch keine Macht hatten, in den ersten dreizehn Jahren dieses Jahrhunderts, als sie sie hatten, aber nur noch um wenige Prozente.

In völliger Unterschätzung des Reallohns und ärgster Ueberschätzung des Nominallohns haben nahezu alle Gewerkschaften bei jedem Ablauf eines Tarifvertrages höhere Lohnforderungen gestellt, und fast ausnahmslos haben ihnen die Schlichtersprüche solche — wenn auch meist nur in halber Höhe — zugebilligt. Die Gewerkschaften stellten dementsprechend von vornherein weit höhere Forderungen, als sie durchzusetzen beabsichtigten. Erst in neuester Zeit sind unter dem Druck der stark verschlechterten Wirtschaftslage die durch Schlichtersprüche zuge-

billigten Lohnerhöhungen etwas unter der Hälfte der geforderten geblieben. Aber ohne Erhöhung geht es kaum in einem einzigen Fall ab. Die paar Pfennige je Stunde werde das Geschäft schon noch tragen können; und die Arbeitgebervertreter pflegen — wenn auch schweren Herzens — meist nachzugeben, um einen Streik zu vermeiden, der ihnen noch ganz andere große Verluste bringen würde, um für 1 bis 1½ Jahre Ruhe zu haben. Daß jeder Pfennig Stundenlohnerhöhung bei 20 Millionen Arbeitnehmern der deutschen Wirtschaft eine Mehrlohnausgabe von nahezu ½ Milliarde auflegt, die 14 Pfennig Erhöhung in 1927 und 1928 also eine Lohnmehrbelastung von 8 Milliarden jährlich ausmachen, daß dazu noch höhere Soziallasten treten, überlegt man sich nicht. Und Arbeitnehmer, Schlichter und Reichsarbeitsministerium fragen nicht danach, wie das auf die Preise, wie auf unsere Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber wirkt. Der Einheitsverband der deutschen Eisenbahner hat in einer Polemik gegen mich sogar den Satz verfochten, daß eine durch die von ihm verlangte Lohnerhöhung notwendig werdende neue Erhöhung der Eisenbahntarife nicht einschränkend auf den Verkehr wirken würde. Ob die Reichsbahn ihr ohnehin auf ein kaum mehr zu verantwortendes Maß eingeschränktes Beschaffungsprogramm weiter stark verringern muß, wie sich das durch Arbeitsmangel in den auf die Bestellungen der Reichsbahn angewiesenen Industrien auswirken muß, ist ihnen völlig gleichgültig. Die dadurch arbeitslos werdenden mögen stempeln gehen! Auf das Ungeheuerliche des Verlangens, die Lohnerhöhung aus Steuermitteln zu decken, ist bereits auf S. 50 eingegangen.

Ein häufig gemachter Einwand geht dahin, daß die Lohnerhöhung um ein paar Pfennige ja gar nichts bezüglich des Preises ausmache, den der Konsument schließlich zahlen müsse. Daß auf den Lohn meist das Dreifache als Generalunkosten geschlagen würden und der Zwischenhandel auf den Engrosverkaufspreis dann nochmals 40 v. H. und mehr aufschlage. Da-

bei wird übersehen, daß sich die Lohnerhöhung nicht auf die mit der unmittelbaren Herstellung des Fabrikats beschäftigten Arbeiter beschränkt, sondern eine solche dann auch bei den mit der Gewinnung der Rohstoffe, Halbfabrikate, Hilfsmaterialien befaßten, bei den mit der Buchführung, der Kalkulation, der Konstruktion, dem Vertrieb usw. beschäftigten Arbeitern und Angestellten*) und nicht zuletzt bei denen des Zwischen- und Einzelhandels eintritt. Mögen diese Erhöhungen auch bei dem gerade verhandelten Tarifvertrag nicht sofort vorgenommen werden, so erfolgen sie doch in einem etwas späteren Stadium. Ist es doch ein Hauptargument bei Lohnforderungen, die Löhne dieser oder jener Kategorie seien verhältnismäßig zurückgeblieben, bedürften daher der Erhöhung. Jede bei der Produktion vorgenommene Lohnsteigerung setzt sich demnach in eine prozentuale Preiserhöhung um, und zwar um so stärker, je mehr Arbeit an der Ware klebt. Deshalb ist in Deutschland schon der Großhandelsindex für Fertigwaren mit 157,4 ungleich höher gestiegen als der für Rohstoffe mit 131,6 und wieder der Kleinhandelsindex mit 164,2 sehr viel stärker als der Großhandelsindex von 136,1, während umgekehrt in Frankreich mit seinen niedrigen Löhnen der Kleinhandelsindex mit 108 erheblich unter dem Großhandelsindex von 128 steht. Wenn in Deutschland der Lebenshaltungsindex mit 152 unter dem Fertigwaren-Konsumgüterindex von 172,2 stark zurückbleibt, so einmal, weil durch die Zwangswirtschaft die Wohnungsmieten niedrig gehalten werden, sodann weil der Kolonialwarenindex von 126 und der Nahrungsmittelindex von 122,2 beträchtlich unter dem Gesamtindex von 134,2 stehen. Der hohe deutsche Lebenshaltungsindex ist die Folge der immer wieder erhöhten Löhne.

*) So erfuhren beispielsweise am 1. April 1929 in der Berliner Metallindustrie die Löhne der kaufmännischen Büro- und Betriebsangestellten eine Erhöhung von 9,5 bis 9,7 v. S. Desgleichen in der bremischen Metallindustrie und Elektroinstallation von 4,4 bis 9,9 v. S., im Buchdruckgewerbe Berlins von 5,7 bis 6,7 v. S. usw. (Wirtschaft und Statistik Jahrg. 9, S. 375.)

Produktionskostenverteuerung durch Soziallasten.

Bei unsern gefährlichsten Konkurrenten: Frankreich, Belgien, Niederlande und Amerika, kommt noch hinzu, daß es dort keine Arbeitgebersozialbeiträge gibt, was im Verein mit den niedrigen Löhnen der beiden erstgenannten Länder deren Produktionskosten im Verhältnis zu den deutschen außerordentlich herabdrückt. Dürften diese doch bei uns 2 bis 2½ Milliarden Reichsmark erreichen.

Stark zugenommen hat die Sucht, sich krank zu melden, zu feiern und Krankengeld zu beziehen. Sind doch darüber die Krankenkassenbeiträge von 582 Millionen in 1913 auf 2½ Milliarden RM. in 1928 gestiegen. Insbesondere die Bestimmung, daß Krankengeld nicht nur für die Arbeitstage, sondern auch für die Sonn- und Feiertage gezahlt wird, und die Erhöhung des seiner Berechnung zugrunde liegenden Grundlohns von 6 auf 10 RM. je Tag, worin mehr wie eine Verdoppelung des Krankengeldes liegt, haben zu einer unverantwortlichen Ausdehnung der Krankentage geführt. Am Donnerstag oder Freitag — erst recht vor mehrtägigen Festen (Weihnachten, Ostern) läßt sich kaum ein Arbeitnehmer noch arbeitsfähig schreiben. Man spricht geradezu von Feiertagskrankheiten. Charakteristisch für diese Rentensucht ist die Entwicklung der Krankenziffern bei der Ortskrankenkasse Berlin. Dort kamen auf 100 Mitglieder an Krankentagen 1914: 39,3; 1921: 50,5; 1923, wo sich infolge der Inflation das Krankengeld niedrig stellte, nur 39,9; 1925 schnellte die Zahl auf 59,8 empor, um in 1927 auf 66,68 zu steigen! Dabei hat der Gesundheitszustand eine wesentliche Verbesserung erfahren; an sich müßte also die Krankheitsziffer wesentlich herabgegangen sein. Einwandfrei ist festgestellt worden, daß die Krankheitsdauer bei Patienten, die Krankengeld erhalten, wesentlich länger dauert, als bei denen, die keins beziehen.

Unterstützt wird diese Rentensucht noch durch das Gebaren gewissenloser Rassenärzte, der „Rassenlöwen“, die ohne oder ohne gründliche Untersuchung den sich krank Meldenden die Arbeitsunfähigkeit bescheinigen und dadurch einen Massenzulauf Arbeitsunwilliger und damit trotz des niedrigen Entgeltes große Einnahmen erzielen. Auf dem Chirurgenkongress haben erste Autoritäten wie Professor Bier-Berlin, Professor v. Haber-Düsseldorf solche Mißbräuche aufs schärfste gegeißelt. Welchen Umfang sie angenommen haben, zeigen die Nachuntersuchungen durch beamtete Ärzte, die beispielsweise 1927 bei einer mitteldeutschen Krankenkasse ergaben, daß von 4319 arbeitsunfähig Geschriebenen der Aufforderung, sich zur Untersuchung zu stellen, 1116 nicht erst nachkamen, sondern freiwillig die Arbeit aufnahmen; weitere 918 für arbeitsfähig erklärt wurden, 937 zur Untersuchung ihrer Arbeitsfähigkeit einer Anstalt überwiesen wurden und nur 1348 als wirklich arbeitsunfähig befunden wurden. Durch dieses gewissenlose Arbeits-Drückebergertum werden die wirklich Arbeitenden, die für die ersteren die hohen Kosten aufbringen müssen, schwer geschädigt und die Arbeitsmoral tief herabgedrückt. Es ist dringend notwendig, das Krankengeld wieder zu ermäßigen, es für die Sonn- und Feiertage in Fortfall zu bringen, eine gewisse Karenzzeit — vielleicht fünf Tage — vor Gewährung des Krankengeldes einzuführen und den Arbeitnehmern einen prozentualen Teil der Behandlungskosten aufzubürden. Das kann im einzelnen Fall einmal eine Härte bedeuten, würde aber der gesamten Rassenmitgliedschaft erhebliche Vorteile bringen.

Noch schlimmer ist die Rentenpsychose bei Unfallverletzten, am schlimmsten die unerhörte Ausbeutung der Arbeitslosenfürsorge durch Saisonarbeiter und durch künstliche Konstruierung eines Arbeitsverhältnisses nur zu dem Zweck, sich die Arbeitslosenunterstützung zu sichern. Die schwere Gefährdung der Reichsfinanzen hat selbst die sozialistischen Minister des Reichskabinetts (mit Ausnahme des Reichsarbeitsministers) bestimmt, dieser mißbräuchlichen Aus-

nutzung der Arbeitslosenversicherung auf dem Gesetzesweg entgegenzutreten. Ein schwerer Mißstand sind auch die überhohen Knappschaftsrenten, vor allem die Gewährung der Knappschaftsrente an jeden das fünfzigste Jahr erreichenden Bergmann, ohne Rücksicht darauf, ob er arbeitsunfähig ist oder nicht. Das hat bereits zu einem empfindlichen Mangel an älteren erfahrenen Bergleuten geführt.

Opulente Ausgabenwirtschaft.

Um wenigsten kann sich ein Land mit einer fast ständig steigenden Passivität der Zahlungsbilanz von bereits 4,6 Milliarden RM. eine solche verschwenderische Sozialpolitik leisten. Aber auch seine gesamte Ausgabenwirtschaft muß es einer ernstlichen Revision unterziehen. Dem bisher im Reich wie in den meisten Ländern und Gemeinden geübten Verfahren, Ausgaben für an sich recht erwünschte Zwecke zu beschließen und dann zu ihrer Deckung die Steuer- und Gebührenschraube stärker anzuziehen, ist auf die dankenswerte Initiative des Hansabundes wenigstens im Reichstag erstmalig ein Halt zugerufen worden. Freilich noch lange nicht energisch genug. Manche Ausschüsse — allen voran der sozialpolitische — nehmen nach wie vor keine Rücksicht auf die schwierige Finanzlage, wie denn auch der Sparsamkeitswille des Reichstags vor den sozialpolitischen Ausgaben haltgemacht hat. Nicht einer Wöchnerin wäre die Wochenunterstützung um 1 Pfennig gekürzt worden, wenn der Reichszuschuß von 25 Millionen RM. dafür gestrichen worden wäre, da die Finanzlage der Krankenkassen, die Jahr für Jahr viele Hunderte von Millionen thesaurieren — großenteils in sehr luxuriösen Verwaltungsgebäuden —, ihnen spielend erlaubt hätte, diese Ausgabe aus eigenen Mitteln zu leisten. Statt dessen hat man den Reichszuschuß noch um 7 Millionen RM. erhöht! Nicht zu verantworten ist auch die Zuführung des 1300 Mill. RM. übersteigenden Betrages der Lohnsteuer mit 75 Mill. RM. an die Knappschaftskasse und mit dem Rest an die Invalidenversicherung. Mit

der ersteren Zuweisung hat man durch Herabsetzung der Knappschäftsbeiträge der Bergarbeiter dem Lohnkonflikt im Ruhrgebiet zwar die Spitze abgebrochen. Es ist aber ein sehr bedenkliches Beispiel, wenn an einer Stelle unerfüllbare Lohnforderungen durch Reichszuschüsse befriedigt werden. Bei den ständig gestiegenen Löhnen ist zudem die Kontingentierung der Lohnsteuer (lex Brüning) angesichts der anderweiten überhohen, die Kapitalbildung verhindernden direkten und Realsteuern nicht zu verantworten.

Noch weit weniger als beim Reich hat sich der Wille zur Sparsamkeit bei den Ländern und besonders bei den größeren Gemeinden ausgewirkt. Was sie sich an Parks, Stadions, Schwimmbädern, Stadthallen usw. leisten, ist an sich gewiß begrüßenswert, steht aber mit unserer furchtbaren Verarmung, mit den ins Unerträgliche gesteigerten Gewerbe- und Grundstückssteuern in schreiendem Widerspruch. Man muß einmal damit die sparsame Verwaltungschweizerischer Städte — selbst der reichen Großstadt Zürich — vergleichen, wo der Ausgabendrang der Stadtväter wirksam dadurch gezügelt wird, daß jede 25 000 Fr. überschreitende Ausgabe ebenso wie jede Steuererhöhung der Volksabstimmung unterliegt.

Außere wie innere Kriegslasten haben unsere öffentlichen Ausgaben furchtbar anschwellen lassen. Um so mehr wäre höchste Sparsamkeit geboten. Der öffentliche Aufwand von Reich, Ländern und Gemeinden (ohne Sozialetat) belief sich 1928 auf 18 Milliarden gegenüber 7,2 Milliarden 1913. Allein der durch Steuern, Zölle und Verbrauchsabgaben zu deckende Teil des Finanzbedarfs ist für das laufende Rechnungsjahr auf 13 bis 14 Milliarden, das Dreifache des Vorkriegsbedarfs zu schätzen. 1927 beanspruchte der öffentliche Bedarf 367,31 RM. = 38,21 v. H. des auf 961,37 RM. je Kopf des geschätzten Volkseinkommens gegen 16,91 v. H. des 1913 auf 864,86 M. je Kopf des geschätzten Einkommens.*) Dazu tritt ein Sozialetat

*) Geschäftsbericht der Darmstädter und Nationalbank für das Geschäftsjahr 1928.

für 1929 von über 5 Milliarden, d. i. nahezu das Vierfache desjenigen von 1913. Nicht berücksichtigt dabei sind die etwa 3 Milliarden, die heute an Eisenbahnfracht- und Postgebühren mehr zu entrichten sind.

Das steuerfähige Vermögen.

Professor Julius Hirsch schätzt — meines Erachtens zu hoch — das Gesamtvermögen des deutschen Volkes auf 250 Milliarden RM., davon 50 Milliarden Besitz der öffentlichen Hand. Helfferich hatte es vor dem Krieg auf 330 Milliarden, davon 27—28 Milliarden der öffentlichen Hand geschätzt. Nach der Veranlagung der Reichsvermögenssteuer betrug 1927 das steuerfähige Vermögen der physischen Personen nur 64,3 Milliarden RM. Daß es inzwischen keine nennenswerte Vermehrung erfahren hat, geht aus dem weit hinter dem Voranschlag zurückbleibenden Steuerertrag in 1928 hervor, der gegen das Vorjahr nur um 1,3 v. H. höher war. Durch die willkürliche Höherbewertung des Hausgrundbesitzes um 26 Milliarden RM., die in den meisten Fällen eine völlig ungerechtfertigte Ueberbewertung darstellt und mit dem Ertragswert in schreiendem Widerspruch steht, findet eine Vermögenssteigerung nicht statt. Noch weit ungünstiger errechnet sich der Wert des steuerfähigen Vermögens an Hand der Schenkungs- und Erbschaftsanfälle, die 1927 nur 1089,63 Mill. RM. ausmachten. Selbst bei der Annahme, daß das Vermögen erst alle 35 Jahre die Hand wechselt, würde sich danach nur ein steuerfähiges Vermögen von $38\frac{1}{4}$ Milliarden ergeben. Fast $\frac{2}{5}$ des ererbten Vermögens blieben unter 20 000 RM., die Hälfte unter 30 000, über drei Viertel unter 100 000 RM. Nur 6,26 v. H. des Gesamtwerts der Erb- und Schenkungsanfälle kamen auf die Vermögen über 500 000 RM. In ganzen 954 Fällen betrug der Erbanfall über 100 000 RM. Das tief enttäuschende Ergebnis der Erbschaftssteuer in 1928, die nur 1,6 Mill. = 2,25 v. H. mehr brachte als im vorausgegangenen Jahr, ist ein weiterer Belag für die geringfügige

Vermögenszunahme. Die Erbansfälle der heutigen Klassen 2—5, die vor dem Krieg allein erbschaftssteuerpflichtig waren, betragen 1913: 819,34 Mill. M., 1927 dagegen nur noch 204,4 Mill. RM., sind also auf weniger als ein Viertel zurückgegangen, trotzdem ihre Ausdehnung auf kleinere Erbteile und der Fortfall zahlreicher Leibeserben durch die Kriegstodesfälle eher ein Anwachsen hätte erwarten lassen.

Aus diesen Vergleichen geht unser Vermögensverfall in erschreckender Deutlichkeit hervor. In Wirklichkeit ist er noch größer, weil völlig oder weitgehend entwertete Vermögensobjekte bei der Steuerveranlagung in voller Höhe des Nominalwerts bzw. eines nicht mehr vorhandenen Werts erfasst werden.

Anzureichende Kapitalbildung, Auslandsverschuldung und Zinsfuß.

Wie völlig unzulänglich die Kapitalbildung in Deutschland ist, um auch nur die für den Bevölkerungszuwachs erforderlichen Investitionen vorzunehmen, geht unter anderem daraus vor, daß wir von 1924 bis 1928 nicht weniger als 14,3 Milliarden RM. ausländische Kredite aufnehmen mußten. Die Konjunkturblüte von 1927 war — worauf von mir immer hingewiesen wurde — eine geborgte und mußte daher rasch welken. Die derzeit wichtigste volkswirtschaftliche, damit aber auch soziale Aufgabe Deutschlands ist, neues Produktivkapital zu bilden. Ihre Lösung wird aber durch eine die Rentabilität weitgehend, oft ganz aufzehrende Lohnpolitik und durch eine den Gewinn größtenteils wegnehmende, ja vor der Substanz nicht haltmachende Steuerpolitik verhindert. Durch die Doppelbesteuerung desselben Vermögens und Einkommens bei der juristischen und bei der physischen Person, durch die übertriebene Staffelung der Einkommensteuer, durch die exorbitanten Realsteuern wird das große gewerbliche bzw. aus körperschaftlichem Besitz herrührende Einkommen zu 60—70 v. H. weggesteuert. Selbst das trifft aber nur da zu, wo eine Rentabilität vorhanden ist. In zahllosen

Fällen muß die Steuer aus der Vermögenssubstanz bezahlt werden. Wenn auch die kleinen Einkommen in steigendem Maß an der Kapitalbildung beteiligt sind, wie sich aus der beträchtlichen Vermehrung der Sparkasseneinlagen um etwa 2 Milliarden M. im Jahr ergibt, so wendet sich dieses Kapital doch fast ausschließlich sicheren, fest verzinslichen Anlagen zu und entzieht sich der eigentlichen werteschaffenden Produktion. Diese bezog ihr Kapital stets aus den Ueberschüssen der mittleren und großen Einkommen, ganz besonders denen der Kapitalrente.

Von den großen Einkommen wird natürlich meist ein verhältnismäßig weit kleinerer Teil konsumiert, ein weit größerer der Kapitalbildung zugeführt, als das bei den kleineren und mittleren Einkommen geschieht bzw. möglich ist. Daran sind auch die Arbeitnehmer in hohem Grade interessiert; denn damit werden die Produktionsmittel für sie beschafft. Der Reiche, welcher 50 oder 80 v. H. seines Einkommens der Kapitalbildung zuführt, ist bezüglich dieses Teiles nur der Verwalter von Volkvermögen im Interesse der Volkswirtschaft. Selbst der sozialistische Staat ist auf solche Kapitalbildung angewiesen, aber der Staat hat in dessen Verwaltung eine weit ungeschicktere Hand als der private Unternehmer. Ohne die Kräftigung des letzteren muß es mit uns weiter bergab gehen. Richtig verstanden, besteht also bezüglich der Kapitalbildung eine Interessensolidarität zwischen Arbeitnehmer und Unternehmer. Ohne angemessene Rentabilität ist sie aber nicht möglich. Daß es an dieser fehlt, ist in den früheren Abschnitten eingehend dargetan. In den Vereinigten Staaten, in Großbritannien, in Frankreich usw. wird von den Arbeitern diese Interessensolidarität anerkannt. Sie wissen, daß nur eine gut rentierende Industrie gute Löhne zahlen kann.

Die Kapitalknappheit zieht hohe Zinssätze nach sich, was die Produktions- und Verteilungskosten erheblich verteuert. Nächst Warschau, Bukarest und Athen hat Deutschland den höchsten Diskontsatz, dessen weitere Erhöhung die Reichsbank nur durch die nicht viel weniger nachteiligen

Kreditrestriktionen noch zu vermeiden sucht. Jeder auch nur einigermaßen wirtschaftlich denkende Kopf muß sich sagen, daß die durch hohen Zinssatz und hohe Steuern überlastete Produktion nur in niedrigeren Löhnen einen Ausgleich finden kann. Je höher aber jene steigen, um so höhere Lohnforderungen werden gestellt. Die Folge ist vermindelter innerer Absatz und Ausfuhr, verschlechterte Zahlungsbilanz, vermehrte Arbeitslosigkeit, höhere Aufwendungen der öffentlichen Hand, also auch höhere Steuern oder Inanspruchnahme des Kapitalmarkts durch sie. Die entzieht aber wieder der Wirtschaft das dringend benötigte Kapital. Es ist die Schraube ohne Ende. Selbst im Reichskabinett tauchte in einem Anflug von Galgenhumor der Gedanke auf, dem Reichsarbeitsministerium zu seinem zehnjährigen Jubiläum als Symbol eine Schraube ohne Ende zu stiften.

Lurus.

Nach den Entbehrungen der Kriegs- und Inflationszeit machte sich freilich auch in Kreisen der Unternehmer wie mancher Beamten vielfach ein ungehöriger Lurus breit, der uns auch im Ausland schwer geschadet hat. Es war daher durchaus angezeigt, daß der Industrie- und Handelstag auf festliche Veranstaltungen bei seinen Tagungen verzichtet und sein Präsident zur Rückkehr zu einer unserer Verarmung entsprechenden einfachen Lebensweise und Geselligkeit gemahnt hat. Auch die Reichs- wie die preussische Regierung haben Zahl und Aufmachung ihrer festlichen Veranstaltungen wesentlich eingeschränkt.

Nicht ganz leicht zu entscheiden ist, ob der Lurus in der Ausstattung unserer Verkaufsläden und Restaurants, der seit der Stabilisierung der Mark Platz gegriffen hat, eine Notwendigkeit zur Heranziehung ausländischen Reiseverkehrs ist.

Zweifellos werden durch ihn die ohnehin bei uns sehr hohen Verteilungskosten noch weiter verteuert, wie das aus unserm sehr hohen Kleinhandelsindex von über 164 hervorgeht. Durch die dafür aufgewendeten Kapitalinvestitionen wird zudem der Wirtschaft an anderer Stelle dringend benötigtes Kapital entzogen. Es ist mir sehr zweifelhaft, ob diese schweren Nachteile durch den Vorteil größeren Fremdenverkehrs ausgeglichen werden, und ich fürchte, daß in Zeiten rückgängiger Inlandskonjunktur die hohen Laden- und Lokalmieten nicht mehr aufgebracht werden können, so daß sich ein erheblicher Teil der Aufwendungen dafür als Fehlinvestitionen erweisen werden. Dem Ausländer wird aber durch diese äußere Pracht ein gefährlicher, gar nicht vorhandener Wohlstand vorgetäuscht. Zuzugeben ist, daß die ebenfalls recht opulent ausgestatteten Warenhäuser sich bisher recht gut rentieren.

Hat sich die Lebenshaltung verschlechtert?

Von gewerkschaftlicher Seite wird behauptet, die Lebenshaltung der breiten Massen, insbesondere der Arbeitnehmer, bleibe noch erheblich hinter der Vorkriegszeit zurück.

Diese Behauptung ist zunächst bezüglich der Wohnung unrichtig. In 63,4 v. H. aller bewohnten Wohnungen kam nur eine Person auf den Wohnraum; in 31 v. H. zwei Personen; nur in 5,6 v. H. mehr als zwei! In den Großstädten waren durchschnittlich nur 5 v. H. aller Wohnungen mit mehr als zwei Personen je Wohnraum belegt. Mit Ausnahme von Breslau und Hannover hat in ihnen die Wohndichte gegenüber 1910 abgenommen. Bei Breslau ist das auf den Zuzug der aus den abgetretenen Ostmarken Abgewanderten zurückzuführen. Wenn auch heut noch die absolute Zahl der behelfsmäßigen Wohnungen etwas höher ist als vor dem Krieg, so spielen diese doch nach den amtlichen Erhebungen im Rahmen des Gesamtbestandes nur eine geringe Rolle. Die unter Zuhilfenahme öffentlicher Mittel massenhaft gebauten Wohnungen sind gerade

für den kleinen Mann meist besser als die vor dem Krieg erbauten. Durch die Mietszwangswirtschaft wird aber die Miete der vor 1919 gebauten Wohnungen auf 120 der Vorkriegsmiete begrenzt, während der Lohnindex auf über 180 steht.

Der Anteil der Kinder unter zwölf Jahren an der Gesamtbevölkerung ist gegen die Vorkriegszeit um mehr als 25 v. H. zurückgegangen, was eine wesentliche Minderausgabe für das Aufziehen der Kinder bedeutet, während andererseits dadurch die verheiratete Frau weit mehr in die Lage kommt, sich etwas zu verdienen. In noch höherem Maße ist das gegen früher bei den mit im Haus lebenden Töchtern von Beamten der Fall. Bei einer Bevölkerungsverminderung von über 5 Millionen gab es 1925 über 5 Millionen mehr Erwerbstätige.

Der Verbrauch hochwertiger Nahrungsmittel hat zugenommen. Im ersten Vierteljahr 1927 hatte der Fleischverbrauch je Kopf 99 v. H. des Durchschnitts von 1911/13 erreicht, im ersten Quartal 1928 aber 113 v. H.! Das hinderte damals die Gewerkschaften nicht, trotz der bereits entschieden rückgängigen Konjunktur, eine achtprozentige Lohnerhöhung durchzusetzen. Da der verarmte Mittelstand seinen Fleischverbrauch beträchtlich einschränken mußte, so muß der der Arbeiter noch weit stärker gestiegen sein, was auch durch in Hamburg an Haushaltsbüchern erhobene Vergleiche bestätigt wurde.

Obgleich Zahl und Milchergiebigkeit unserer Kühe den Vorkriegsstand wieder erreicht, ja sogar übertroffen hat, führten wir 1928: 1 265 534 dz Milchbutter und 537 100 dz Hartkäse gegen 542 390 dz Butter und 242 590 dz Hartkäse in 1913 ein. Unsere Eiereinfuhr stieg gleichzeitig von 1 667 510 dz auf 2 947 783 dz, und das, trotzdem die Zahl unserer Legehennen eine starke Zunahme erfahren hat.

Die Einfuhr von Bananen stieg von 450 560 dz auf 878 964 dz, die von Apfelsinen und Mandarinen von 1 452 610 auf 2 596 845 dz, die von Zitronen von 367 570 auf 558 867 dz, die von Rosinen von 181 330 auf

336 649 dz, die von Kakaobohnen von 528 780 auf 770 770 dz. Zurückgegangen ist die Einfuhr gesalzener Heringe von 1 298 119 auf 947 424 Faß. Das aber ist der Fleischersatz des armen Mannes. Der Rückgang ist also ein Zeichen wachsenden Wohlstandes. Gestiegen der Zuckerverbrauch von 19 auf 22 kg je Kopf. Stark gesunken ist der Branntweinverbrauch von 2,80 auf 1,35 l r. U. je Kopf; zum Teil bedingt durch den Verlust unserer Ostmarken, die einen besonders hohen Branntweinkonsum hatten. Erheblich zurückgegangen — wenn auch wieder im Ansteigen — ist der Bierkonsum von 102 auf 82 l je Kopf. Hier spielt aber die Verarmung des Mittelstandes, ebenso wie die Abstinenzbewegung wesentlich mit. Stark gestiegen — von 1,5 auf 2,1 kg je Kopf — ist dagegen der Tabakverbrauch.

Eine wesentliche Zunahme — namentlich beim weiblichen Geschlecht — hat der Kleiderluxus erfahren. Der lange kunstseidene Strumpf erscheint auch der Arbeiterin ein unbedingtes Toilettenersfordernis, ebenso der elegante Schuh. Das außerordentliche Anwachsen des Reiseverkehrs ist keineswegs allein auf die zunehmende Großstadtentwicklung zurückzuführen; auch die Bevölkerung der Mittel- und Kleinstädte, die leicht und bequem ins Freie kommen kann, empfindet heut ebenfalls das Bedürfnis nach Erholungsreisen. Riesenumfang hat der Besuch der Kinos angenommen —, und zwar nicht der mit belehrenden, sonder der der Unterhaltung dienenden Filmen.

Hält man all dies zusammen, so ergibt sich der unabweisbare Schluß, daß trotz des verlorenen Krieges, trotz unserer beispiellosen Kapitalverarmung die durchschnittliche Lebenshaltung unserer Arbeitnehmer eine starke Erhöhung erfahren hat. Das ist auch der Eindruck, den der Ausländer gewinnt, wenn er in Deutschland reist. Die Amerikaner, die über Frankreich nach Deutschland kommen, glauben aus der Kleidung, dem Leben, der Fülle der Vergnügungsorte, aus dem Zustand aller öffentlichen und privaten Bauten und Anlagen annehmen zu müssen, daß Deutschland viel reicher sei als Frankreich; letzteres

also sehr wohl berechtigt sei, hohe Reparationsforderungen an uns zu stellen. Es ist ihnen nicht klarzumachen, daß der Unterschied einesteils durch die größere Ordnungsliebe und Sauberkeit der Deutschen bedingt, andererseits aber der deutsche Wohlstand ein geborgter sei. Daß wir von der Substanz leben, während die Reparationsempfängerstaaten jahraus jahrein ihr Vermögen um Milliarden vermehrten. Wäre das richtig — halten uns Franzosen, Belgier und Italiener entgegen —, wie könnt ihr es dann verantworten, eure Beamten, Arbeiter und Kriegsinvaliden um 40—50 v. H. höher zu bezahlen, als wir es vermögen? Dem Hinweis auf unsere höheren Preise begegnen sie mit dem nicht ungerechtfertigten Einwand, daß diese doch nur die Folge unserer höheren Löhne und Sozialaufwendungen seien. Unsere Sachverständigen in Paris können ein trauriges Lied davon singen, wie ihnen diese Argumente ihre Stellung erschwert haben.

Raubbau an der deutschen Wirtschaft.

Rein gerecht Denkender und sozial Empfindender wird es den deutschen Arbeitnehmern verdanken, wenn sie ihre soziale Lage verbessern, den Arbeitnehmeranteil am Sozialprodukt heben wollen. Aber dieses Streben findet seine Grenze an den wirtschaftlichen Möglichkeiten. Es darf nicht die für die notwendige Fortbildung des Produktionsapparats erforderliche Kapitalbildung verhindern. Zum erstmaligen Wiederaufbau nach dem Zusammenbruch von verlorenem Krieg und Inflation waren große Auslandskredite unentbehrlich. Die deutsche Wirtschaft aber dauernd auf solche basieren, heißt sie überschulden, heißt ein Stück deutschen Volksvermögens nach dem andern in die ausländische Hand zu überführen; heißt das deutsche Volk zum Lohnsklaven ausländischen Kapitals zu machen. Solchen „Raubbau an der deutschen Wirtschaft“ treibt aber die heutige

Lohn- und Steuerpolitik, wenn sie ohne Rücksicht auf Preisbildung und Rentabilität, ohne Rücksicht auf die Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland, ohne Rücksicht auf die Schaffung vermehrter Arbeitslosigkeit bei jedem Ablauf von Arbeitstarifverträgen höhere Löhne oder kürzere Arbeitszeit fordert und mit Streikdrohungen und Hilfe der Regierung ganz oder teilweise durchdrückt. Kein noch so reiches Land der Welt gestattet sich das. In Amerika, in England, in Schweden usw. sind seit 1923 die Löhne in rückläufiger Bewegung oder wenigstens stabil. Mit fortschreitender Rationalisierung und niedrigem Zinsfuß können sie daher billiger produzieren als wir; bei uns wird die verbilligende Wirkung der Rationalisierung durch die steigende Lohn- und Zinskurve teils annulliert, teils ins Gegenteil verkehrt. Die 1928er gestiegene deutsche Ausfuhrziffer ist kein Gegenbeweis, da die Ausfuhr bei der stoßenden Inlandsnachfrage forciert werden mußte, auch wo sie nur zu Verlustpreisen möglich war.

Die furchtbaren Gefahren dieser Entwicklung werden kaum noch von einer Seite bestritten, die den Anspruch auf wirtschaftliches Verständnis erheben kann. Trotzdem vergeht kaum ein Tag, an dem nicht über eine durch Vergleich oder Schlichterspruch erfolgte erhebliche Lohnerhöhung berichtet wird. Nirgends besteht der Mut, solchen Forderungen einmal ein rundes Nein entgegenzusetzen. Wenn der Berliner Stadtverordnetenversammlung ein Lohnerhöhungsantrag vorgelegt wird, erhebt sich aus keiner Partei dagegen Widerspruch. Jede hat Sorge, sonst Wähler aus den Kreisen der Arbeiter, Angestellten und Beamten bei den Wahlen zu verlieren. Darüber ist das Verantwortlichkeitsgefühl verloren gegangen. Man hofft auf einen unerwarteten Glücksfall, der aus der Verlegenheit helfen soll. Statt der wirtschaftlich so hochgefährlichen Forderung der Lohnerhöhung der Eisenbahner klar entgegenzutreten, ermutigt man sie mit der Aussicht, ihr bei einer Ermäßigung der Reparations-

lasten näherzutreten. Die Zustimmung zu den Pariser Beschlüssen ließe sich nur dann rechtfertigen, wenn sie der deutschen Wirtschaft eine wesentliche Entlastung bringt. Die Ermäßigung der Reparationslasten zu Lohnsteigerungen in den öffentlichen Betrieben, denen die privaten dann zwangsläufig folgen müßten, zu verwenden, hieße ihre Selbstkosten weiter steigern, sie immer wettbewerbsunfähiger zu machen. Das wäre Katastrophopolitik. Mit ihr sägen die Gewerkschaften den Ast ab, auf dem sie selber sitzen.

Man fürchtet bei Nichterfüllung der Eisenbahner-Forderungen die Gefahr eines großen Streiks. Sie ist gewiß nicht zu unterschätzen und würde das ohnehin kranke deutsche Wirtschaftsleben weiter schwächen. Indessen, wenn es nicht gelingt die Arbeitnehmer zur Einsicht zu bringen, wie verhängnisvoll sich ihre Haltung schließlich für sie selber auswirken muß, so muß selbst diese gefährliche Eventualität einmal in Kauf genommen und der Kampf bis zum bitteren Ende durchgeföhrt werden. Von einer Niederlage der Streikenden würde dann eine Gefundung der Verhältnisse zu erwarten sein. Das war auch Eberts Ansicht, als im Frühjahr und Sommer 1919 überall wegen wichtigster Gründe gestreikt wurde.

Man muß auch einmal den Mut haben etwas zu riskieren, wenn sich nur dadurch gesunde Verhältnisse herbeiföhren lassen. Als im Frühjahr 1919 der Reichswehrminister Noske die Spandauer Werkstätten schloß, weil sie monatlich 30 Mill. M. Zuschuß erforderten und schon bei Fortzahlung der Löhne ohne Arbeitsleistung allmonatlich mehrere Millionen gespart wurden, wurden sie mir zur Umstellung auf Friedensbetrieb überwiesen. Nachdem ich 38 000 Arbeiter anderweit untergebracht hatte, erklärte ich in einem Anschlag, 7000 Arbeiter weiter beschäftigen zu wollen, aber nur solche, die bereit seien, für Afford geeignete Arbeiten in diesem zu übernehmen. Entsetzt fragte mich Noske, als er davon Kenntnis erhielt — und er war doch gewiß ein mutiger und energischer Mann — ob ich denn meine, daß er so viel

Militär habe, um den darüber in Spandau ausbrechenden Aufstand niederzuwerfen? Ich erklärte ihm, Spandau nicht in Ordnung bringen zu können, ohne die Akkordarbeit wieder einzuführen. Die vielstündigen Verhandlungen mit den Vertretern der Spandauer Arbeiter gehören zu den unerfreulichsten Stunden meines Lebens. Aber ich blieb fest. Und es kam weder zu einem Streik noch zum Aufstand. Ja wenige Tage später verlangten die Arbeiter in Kiel und Friedrichsort ebenfalls die Akkordarbeit einzuführen. Die von Siemens, der A. E. G., Borsig usw. wollten sie auch. Die Vernunft setzte sich durch.

Das würde sie auch jetzt tun, wenn die Regierung sich klar und fest für ein Stoppen der Lohnbewegung einsetzen wollte. Wenn sie den Arbeitern darlegte, wie jede Lohnerhöhung die Preise treibt und Arbeitslosigkeit schafft. Sie ist dabei in der glücklichen Lage, sich darauf berufen zu können, daß Großhandels- wie Lebenshaltungsindex z. B. im Rückgang begriffen sind. Daß dieser sich aller Wahrscheinlichkeit fortsetzen wird, wenn die Bewegung nicht durch Lohnsteigerungen aufgehalten oder gar ins Gegenteil verkehrt wird. Die Gewerkschaften haben immer erklärt, in Lohnreduktionen willigen zu wollen, wenn die Preise sanken. Keynes hat den Trade Unions freilich mit Recht auseinandergesetzt, daß die Löhne vorangehen müßten. Nun sinken bei uns sogar die Preise, trotzdem werden weitere Lohnerhöhungen gefordert und dekretiert. Bei einsetzenden Steuererleichterungen ließen sich mit Konsumvereinen, Warenhäusern, großen Spezialgeschäften, Innungen, Verbänden usw. Vereinbarungen treffen, gleichzeitig mit den Löhnen die Warenpreise zu senken. Schon um sich ihre Kundschaft zu erhalten, würden die anderen folgen. Das würde den Absatz beleben, den Reallohn günstiger gestalten als eine Lohnerhöhung. Das ist der Weg des Aufstiegs, der andere führt in den Abgrund.

Die großen Irrtümer der deutschen Lohnpolitik sind:

Die Ueberschätzung des Nominallohns.

Der Irrglaube, durch Lohnsteigerungen werde der Konsum belebt, die Beschäftigung

vermehrt, die Produktion verbilligt, während sie doch — wenn sie keine Leistungssteigerung nach sich ziehen — die Produktions- und Verteilungskosten, also auch die Preise, verteuern.

Das völlige Verkennen der Bedeutung der nicht Lohn empfangenden Volksteile für den Konsum wie für die Produktion.

Die Unterschätzung der für unser verarmtes, tief verschuldetes Land so unentbehrlichen Ausfuhr, die mit Erfolg zu bewerkstelligen davon abhängt, daß wir billigere und bessere Ware liefern als andere Länder.

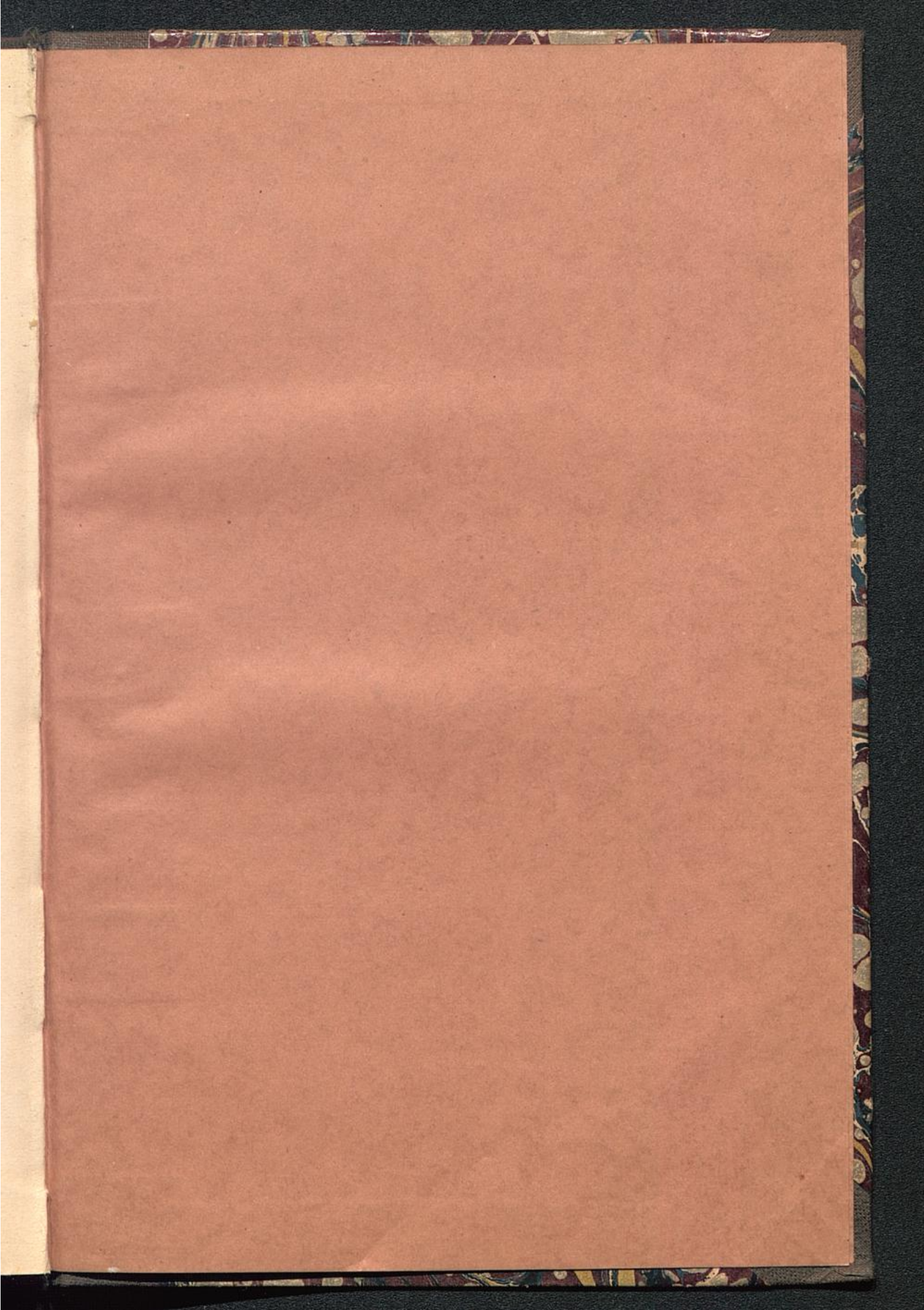
Das Unverständnis für die Notwendigkeit, Kapital zu bilden; für die Auswirkung des Kapitalmangels in verteuerten Zinssätzen, ungenügender Schaffung von Produktionsmitteln, Verteuerung der Herstellungskosten, vermindelter Wettbewerbsfähigkeit und vermehrter Arbeitslosigkeit.

Das Fehlen der Einsicht dafür, daß Kapital im wesentlichen nur aus Produktionsgewinnen gebildet werden kann.

Die Verständnislosigkeit dafür, daß die Lohnhöhe vom Gedeihen der Wirtschaft abhängt. Daß die daher auferlegten Steuer- und Soziallasten letzten Endes auf Löhne oder Preise abgewälzt werden müssen. Daß, wo das nicht möglich ist, das Produzieren, damit aber auch die Arbeitsmöglichkeit aufhört, daß der Lohn daher ein wirtschaftlicher sein muß und nicht ein politischer sein darf.

Es sind bittere Wahrheiten, die ich hier sage. Meine ganze politische Vergangenheit wird mich dabei nicht vor dem Vorwurf der Arbeiterfeindlichkeit schützen. Aber nicht der ist der wahre Freund der Arbeiter, der ihrer Begehrlichkeit schmeichelt,

sondern der, der sich nicht scheut, ihnen zu sagen, daß der Weg, den sie einschlagen, ins Verderben führt. Der ihnen einen zwar unbequemen, rauhen und steinigen Pfad weist, aber einen, der ins Freie, der in die Höhe führt. Nur die Liebe zum deutschen Volk hat mir zu diesen Ausführungen die Feder in die Hand gedrückt.



Wg 182

Sothief.

Der große Versuch der
dt. Sothiefpolitik

No. *MS.*

Nicht ausfüllen!

Sign.:

Act. 180a

Band:

Verf.:

Müller

Entl.:

*Hackenberger
Gottf.*

23. Feb. 1951

